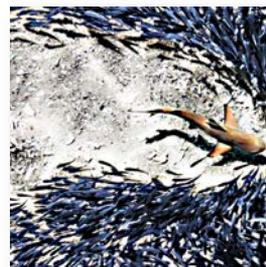




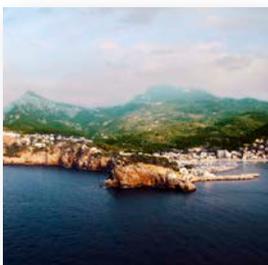
# HUMANE WIRTSCHAFT



**4** **Pat Christ**  
Gemeinsam  
mehr bewirken



**18** **Tom Atlee**  
The Unholy Majority



**12** **Michael Stolleis**  
Die Wunderinsel  
Barataria



**22** **Werner Peters**  
Anything goes –  
Politik als Popkultur

# HUMANE WIRTSCHAFT

## Für strukturelle Veränderungen

Die Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** wird vom gemeinnützigen „Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.“ mit Sitz in Essen herausgegeben.

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

**Gesell**  
**Dich doch dazu**

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

**Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.**

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <http://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de) oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

Die Seminarreihe „**Wirtschaft und Gesellschaft**“

geht am **26. und 27. Januar 2019** weiter mit dem Thema:

**Wem gehört die Erde? – Dimensionen einer Reform der Bodenordnung**

Sieben zusätzliche Termine stehen für das ganze Jahr 2019 bereits fest.

**Details dazu finden Sie auf den Seiten 22 und 23 in dieser Ausgabe.**

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. (Details und Anmeldung auch auf unserer Webseite)

Die Seminare werden geleitet von Fritz Andres, Jobst von Heynitz und David Fiedler vom Sffo e. V.

## Anything Goes

»Fake News« wurde zu einem, wenn nicht sogar zu dem Begriff des Jahres 2018. Der mächtigste Mann der Welt trug maßgeblich dazu bei, dass die gesamte Medienwelt in einem nie für vorstellbar gehaltenem Chaos versinkt. Gesetzgeber sehen sich veranlasst, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie man dagegen vorgehen kann, dass jeder veröffentlichten und für sich in Anspruch nehmen kann, die Wahrheit zu präsentieren. Journalisten schliddern in die gravierendste Imagekrise, seit es den Beruf gibt. Wenn jeder alles sagen, schreiben und gleichzeitig dem widersprechende Meldungen als gefälscht (gefaked) darstellen kann, was bedeutet das für die Wahrheitsfindung? Sind wir auf uns alleine gestellt? Können wir Filmberichten trauen, die wir nicht selbst gedreht haben? Die Digitalisierungsmöglichkeiten setzen Bestrebungen, Fakten zu manipulieren, noch die Krone auf. Geraten wir zunehmend in eine Realität, die keine mehr ist? Sind wir Beobachter, Akteur oder Opfer? Oder alles zusammen? Am meisten gelegen kommt es uns doch, wenn wir eine Meinung, die wir längst gebildet haben, von Dritten bestätigt bekommen. Die Fake News, die unser Urteil bekräftigen, sind uns doch die erwünschtesten? Erlaubt ist, was gefällt. Vielleicht müssen wir nur entspannter werden und uns intensiver mit unserem direkten Umfeld befassen? Auf Vertrauen aufgebaute Bande mögen ihre Tücken haben, sie sind auf lange Sicht aber die bessere Option, wenn man durchs Leben kommen will, ohne verrückt zu werden.

Eine Auswahl an News habe ich nach meinem Gusto für Sie zusammengestellt. Bedienen Sie sich daraus, wie es Ihnen beliebt. Sie wären überrascht, wie viel davon wahr ist, bzw. sein wird.

### Geheimnisvolle Wellen

»Ich glaube nicht, dass ich so etwas jemals gesehen habe.«, sagt Göran Ekström, Seismologe an der Columbia Universität. Was er meint, ereignete sich am 11. November. Zwischen dem afrikanischen Festland und Madagaskar kam es zu einer Wellenentwicklung im Meer, die normalerweise nur von Erdbeben ausgehen. Ein solches wurde jedoch nicht wahrgenommen. Die Wellen wurden rund um den Erdball registriert, aber kein Wissenschaftler kann sich einen Reim darauf machen, was sie ausgelöst haben könnte. »Die Wellen sind zu faszinierend und zu perfekt, um natürlichen Ursprungs sein zu können.«, sagt Helen Robinson von der Universität in Glasgow.

### Killer Code entdeckt

Jede menschliche Zelle besitzt die Fähigkeit, die eigene Selbstzerstörung in Gang zu setzen, wenn sie nur dazu angeregt wird. Diese Anregung kann mittels einer Boten-RNA (mRNA) ausgelöst werden. Man wird also schon in absehbarer Zukunft Nukleinsäuren im menschlichen Körper mit der Botschaft an Krebszellen aussenden können, sie mögen sich bitte selbst zerstören. Das würde das Aus für die Chemotherapie bedeuten.

### Der Unitarischen Kirche gehört im 25. Jahrhundert die ganze Welt

Der Multimillionär Jonathan Holdeen legte 1930 insgesamt 2,8 Millionen Dollar in einen zinstragenden Trust an, dessen

Ertrag bei Auszahlung nach 500 Jahren der unitarischen Kirche zugutekommen soll. Mit der Kraft des Zinseszinses wollte der Superreiche die Religionsgemeinschaft zur mächtigsten Kraft der Welt machen. Diese als »Methusalem-Trust« benannte Geldanlage wird voraussichtlich 2,5 Billionen Dollar (2.500 Milliarden oder 2,5 Millionen Milliarden) ausschütten. Nach Berechnungen eines Ökonomen, würde das dann der Kirche zur Verfügung stehende Geldvermögen dazu führen, dass es keinerlei wirtschaftlichen Austausch mehr gäbe, der nicht zu einem Zufluss in die Kassen der Kirche führte. Holdeen schnitt sich zeitlebens aus Sparsamkeitsgründen die Haare selbst, aber bezüglich Geldanlagen war er wohl ein Fuchs.



### Trampoline für Höhenflüge in den Wohlstand

»Auch die Reichen gehören zur Gesellschaft. Millionäre sind Mittelstand und dürfen nicht länger stigmatisiert werden. Privatjets sind kein Luxus und Aktien sollten Bestandteil des Anlage-Portfolios jedes Obdachlosen oder Hartz-IV-Empfängers sein. Mit Trampolinen lassen sich Höhenflüge für Arme simulieren. Mithilfe einer staatlichen Subvention wollen wir sie in jeden Schrebergarten bringen.«

Bundeskanzler Habeck und Vizekanzler Merz in einer Presseerklärung unmittelbar nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl.

### Immer Ärger mit der Mauer

»Die Mauer ist hässlich, das Essen grauenhaft und die Lokalnachrichten ein einziger Wust an Falschmeldungen.«

Donald T., Insasse im ADX-Florence Bundesgefängnis in Colorado, USA.

### Vollkommen unnütze Vollkommenheiten

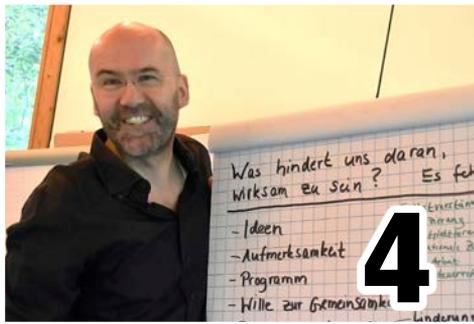
»Es gibt gewisse Vollkommenheiten, welche größere Unvollkommenheiten nach sich ziehen. Wenn sich jemand z.B. sein ganzes Leben damit beschäftigte, das Geld anderer Leute spekulativ am Kapitalmarkt zu platzieren, so wäre das zu beurteilen, wie Erbsen gegen Nadeln zu werfen, um zu lernen, ihre Öhre nicht zu verfehlen, nach dem Vorbilde dessen, dem Alexander der Große zur Belohnung einen ganzen Scheffel Erbsen geben ließ. So würde dieser Mensch zwar zu einer gewissen Vollkommenheit gelangen, die aber sehr winzig ist und mit so vielen anderen sehr nötigen Vollkommenheiten, die er würde versäumt haben, nicht in Vergleich gestellt werden kann.«

Leibniz, Fabrikant von Keksen mit Buttergeschmack, 1873 in seinem Werk »Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand«

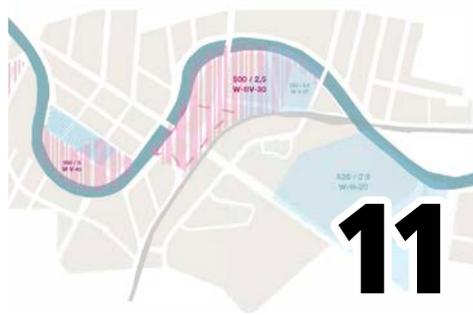
Ein Jahr voller guter Nachrichten wünscht Ihnen

Andreas Zangemann

# INHALT



4



11



18



8



12

Adressdaten unserer Geschäftsstelle:

**HUMANE WIRTSCHAFT**

Luitpoldstr. 10

91413 Neustadt a. d. Aisch

Tel.: (09161) 87 28 672

Fax: (09161) 87 28 673

E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de)

## Gemeinsam mehr bewirken 4 *Pat Christ*

Ein Treffen von Vertreterinnen und Vertretern freiwirtschaftlicher Organisationen fand im September in Wuppertal statt. Es ging darum, übergreifende Aufgabenfelder zu ermitteln und die Zusammenarbeit zu stärken. Ein Bericht.

## Fakten zum Wörgler Freigeld 8 *Veronika Spielbichler*

„Das Wunder von Wörgl“ wurde in Österreich als Fernsehfilm produziert und findet Gefallen beim Publikum. Die deutsche Ausstrahlung steht noch aus. Wir erfahren, was Fiktion ist und was Wirklichkeit war.

## Grundsteuerreform 11 „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ informiert

Grundsteuer: Bodenwertmodell ermöglicht einfache und gerechte Reform – Es bleibt spannend bei der Entwicklung hin zu einem neuen Grundsteuermodell. Wir bleiben für unsere Leser am Ball.

## Die Wunderinsel Barataria 12 *Michaël Stölleis*

Unter einem Pseudonym veröffentlichte Silvio Gesell eine Geschichte, die auf einem fiktiven Eiland spielt. Welche Zusammenhänge es dort zu Sancho Panza, dem Knappen Don Quijotes, gab, ist spannend und aufklärend zugleich.

## The Unholy Majority – Die unheilige Mehrheit 18 by Tom Atlee übersetzt von Andreas Bangemann

Warum eine Mehrheitsdemokratie nicht der menschlichen Weisheit letzter Schluss sein muss; wie wir das Ganze und uns selbst retten. Zusammengefasst in einem Gedicht

## Termine 2019 21 Unsere Termine, mal NICHT in der Heftmitte.

**Gesell**  
 Dich doch dazu



22



28



42



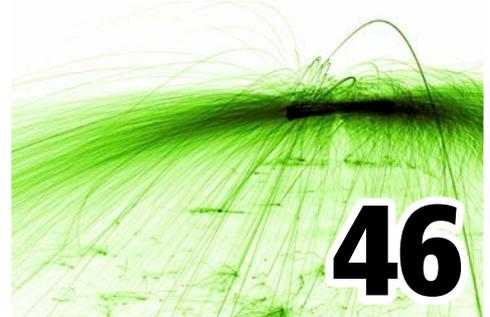
24

TITELBILD:

2019

ANYTHING GOES

Idee: Andreas Bangemann  
Umsetzung: Martin Bangemann



46

**„Wirtschaft und Gesellschaft“ – Neustart 2019** 22  
Redaktion

Die Grundlagenseminarreihe geht in eine neue Runde. Wissen über wirtschaftliche, gesellschaftliche und ordnungspolitische Zusammenhänge erlangen, die in dieser Form an keiner Hochschule gelehrt werden. Die ersten Abgänger des Jahrgangs 2018 haben ein Alumni-Netzwerk gegründet. Jetzt anmelden!

**„Anything goes“ – Politik als Popkultur** 24  
Werner Peters

Erlaubt ist, was gefällt. Angesichts der zunehmenden medialen Verkrampfung im Hinblick auf die weltweit spürbaren Entwicklungen hinzu demokratisch gewählten Populisten an der Spitze der Macht, ist es an der Zeit, für eine erweiterte Betrachtung der Geschehnisse. Populär im positiven Sinne zu werden, stünde sowohl der Politik als auch seiner Vertreter gut an.

**Der Fluch der Globalisierung** 28  
Gerò Jenner

Ob sie am Ende gut oder schlecht für die Menschheit ist, weiß noch keiner genau. Sicher scheint nur: man hat sich mehr von ihr versprochen. Was läuft schief? Was lässt sich noch verändern?

**Als Finanzminister hatte ich Hunger – als Mönch bin ich satt** 32

Silvio Gesells Verteidigungsrede und Prozessprotokoll. Die Münchner Räterepublik entstand in den Nachkriegswirren des 1. Weltkriegs. Sie fügte der Geschichte eine spannende Episode hinzu, die für die Beteiligten Chancen und Gefahren barg.

**Phänomen Massenmigration** 42  
Günther Moewes

Darf man überhaupt von einer „Debatte“ sprechen, wenn alle etwas beitragen, aber niemand genau erklärt, worüber gerade geredet wird?

**Problemfall Deutschland – Buchrezension** 44  
Dietrich Heißenbüttel

Wird die Masse der Menschheit durch Globalisierung und Digitalisierung überfordert? Heiner Flassbeck sucht nach Antworten in seinem neuen Buch.

**Distributed Ledger-Technologie** 46  
Shaàn Ray

Blockchain, Kryptowährungen, Distributed Ledger. Neue Begriffe, die immer mehr Leute nutzen und in kühnsten Zukunftsträumen schwelgen. Noch bleibt unklar, welche Entwicklungen der digitalen Welt unsere Zukunft prägen werden. Um so wichtiger ist, zu verstehen, worüber man redet.

**Leserbriefe** 47  
Unsere Leser kommen zu Wort

**Impressum – Kontakt – Shop** 48

**Gesell**  
Dich doch dazu

# Gemeinsam mehr bewirken

## FreiwirtschaftlerInnen verstärken ihre Kooperation

Pat Christ

2018 gab es erstmals keine Jahresfeier der **HUMANEN WIRTSCHAFT** in Wuppertal. Stattdessen luden Akteure der freiwirtschaftlichen Szene zu einem „Vernetzungstreffen“ in die Silvio-Gesell-Tagungsstätte ein. Wie das kam? Immer häufiger wurde in Mailings und Sozialen Medien deutlich, wie groß der Wunsch in der diversifizierten „Szene“ ist, sich besser zu vernetzen und auszuloten, inwieweit zu bestimmten Aufgabengebieten eine Zusammenarbeit zweckdienlich für alle ist.

Daraus resultierte das „Werkstatt-Treffen freiwirtschaftlicher Organisationen“ im September, das als ein offenes „Experiment“ angelegt war. Vorbereitet wurde es von der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO), dem Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland (FJVd), dem Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung sowie dem Seminar



Um künftig wirksamer zu sein, wurden beim Vernetzungstreffen konkrete Kooperationen auf den Weg gebracht. Holger Kreft vom Vorbereitungsteam setzt sich dafür ein, dass das Gemeinsame zwischen den verschiedenen freiwirtschaftlichen Initiativen deutlicher wird.

Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ. Außer „Stuhlkreis im Vortragssaal“ (l. u.)

für freiheitliche Ordnung. Namentlich Andreas Bangemann, Andreas Berner, Beate Bockting, David Fiedler, Matthias Klimpel und Holger Kreft waren für die Planung verantwortlich.

Im Mittelpunkt des dreitägigen Treffens stand die Frage, was denn alle Akteure gemeinsam mit der Freiwirtschaft bewirken wollen und welche konkreten nächsten Schritte wichtig wären. Das betrifft zum Beispiel die internationale Zusammenarbeit mit freiwirtschaftlichen

Initiativen aus anderen Ländern sowie den Ausbau der Forschung zum Thema „Freiwirtschaft“. In Bezug auf die eigenen Finanzen ist es notwendig, eine verlässliche Basis für die anstehende Arbeit zu schaffen. Die Gründung einer neuen Stiftung könnte dafür eine Lösung bieten. In einer Workshop-Gruppe lotete man die Chancen und Risiken aus. Eine Sache wurde inzwischen angepackt: Seit dem Treffen wird an einer gemeinsamen Internet-Plattform als erste Anlaufstelle für Interessenten getüftelt.

Überall im Bundesgebiet existieren Gruppen, Grüppchen oder einzelne Personen, die auf verschiedene Weise darauf aufmerksam machen, dass etwas mit unserem Geldsystem und mit unserer Bodenordnung nicht stimmt. Die einen bekommen das aufgrund ihres Berufs mit. Andere aufgrund ihrer Forschungen. Wieder andere haben sich in ihrer Freizeit sehr viel Wissen zu diesem Thema angeeignet. Und setzen sich nun in größeren oder kleineren Organisationen dafür ein, dass sich wirtschaftlich und gesellschaftlich endlich etwas ändert. Manche engagieren sich dort, wo sie leben, für Regionalwährungen. Andere befassen sich mit der Sozialen Dreigliederung nach Rudolf Steiner.



Beim Stuhlkreis im Vortragssaal fand ein reger Austausch unter den Teilnehmern der Veranstaltung statt. Foto: Andreas Bangemann

## Die Mieten explodieren



Vor allem das Thema „Bodenordnung“ gewann in jüngster Zeit an Brisanz, werden Grund und Boden doch immer knapper. Vermehrbar ist er nicht, dennoch wird Boden, anders als das wichtigste Lebensmittel Wasser, nicht als ein Allgemeingut behandelt. Deshalb kam und kommt es zur Explosion der Bauland- und Mietpreise mit der Folge, dass Wohnen inzwischen für viele Menschen unbezahlbar geworden ist. Schätzungsweise 1,2 Millionen Menschen in Deutschland haben keine eigene Wohnung mehr. Sie leben in Verfügungswohnungen, werden in Einrichtungen beherbergt, schlüpfen bei Bekannten unter oder schlafen auf der Straße.

Inzwischen kann die freiwirtschaftliche „Szene“ auf eine fast 100-jährige Geschichte zurückblicken. Viele, die sich heute engagieren, tun dies schon seit 50 oder 60 Jahren. Doch der Durchbruch der Idee „Freiwirtschaft“ lässt noch immer auf sich warten. Die Chance, endlich etwas im großen Stil zu ändern, scheinen aktuell sogar eher zu schwinden als zu steigen. Obwohl viele wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen nach Veränderung schreien.

Mehrere freiwirtschaftlich orientierte Gruppen klagen darüber, dass sie Mitglieder verlieren. Mancher fühlt sich dort, wo er sich einbringt, völlig allein gelassen mit der ganzen Arbeit. Veranstaltungen ziehen nicht selten nur wenige Interessierte an. Regionalwährungen dümpeln vor sich hin oder müssen eingestellt werden.

„Was hindert uns daran, wirksam zu werden?“ Diese Frage stand am Beginn



Kathrin Latsch von Monneta.



Andreas Bangemann, Vorsitzender der freiwirtschaftlichen Organisation „Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.“

der Tagung. Antworten zu finden, war in der Eröffnungsrunde nicht schwer. Man muss sich doch nur mal die Übermacht der „Gegenseite“ anschauen! Während vor Ort in kleinen Runden diskutiert wird, wächst die Macht der Oligopole ins schier unermessliche. Thilo Bode hat das in seinem Buch „Die Diktatur der Konzerne“ genau analysiert. Vor allem mit Blick auf unsere Demokratie warnt er vor der Zerstörungsgewalt globaler Unternehmen.

## Die Macht der anderen



Die „Übermacht der Gegenseite“ ist zweifellos ein wichtiger Faktor. Dennoch ist zur Kenntnis zu nehmen, dass andere Gruppierungen in der langen Zeit, in der Geld- und BodenreformerInnen für ihre Ideen kämpfen, mit ihren Anliegen den Durchbruch geschafft haben. Es gelang zum Beispiel, Millionen von Menschen zu überzeugen, sich ganz oder überwiegend vegetarisch zu ernähren. Auch gehört fair gehandelter Kaffee heute zum guten Ton. Oder, um ein ganz anderes Thema ins Feld zu führen: Die noch in den 70er Jahren übliche, oft sogar als positiv bewertete Gewalt gegen Kinder ist heute nicht nur tabu, sondern geächtet und gesetzlich verboten.

Das alles ist gut und in seinen Erfolgen nicht zu schmälern. Doch angesichts einer global äußerst bedrohlichen Entwicklung muss das Engagement darüber hinausgehen. Mehren sich doch die Warnzeichen, dass die Welt auf die nächste große Krise zusteuert. Das treibt FreiwirtschaftlerInnen, egal, wel-

cher Gruppe sie zugehören, aktuell um. Mit Recht – vor allem auch mit Blick auf die fragile finanzielle Situation. Global waren wir noch nie so stark verschuldet wie dieser Tage. Die Schulden sollen inzwischen 165 Billionen US-Dollar betragen. Das ist etwa doppelt so viel wie die globale Wirtschaftsleistung, die sich heuer wahrscheinlich auf 87,5 Billionen US-Dollar belaufen wird.

Das weltweite Wachstum wird auch nach Aussage des IWF immer schuldenintensiver. Es scheint nur eine Frage kurzer Zeit zu sein, bis wieder alles crasht. Für jedes Prozent Wachstum müssen immer mehr Kredite aufgenommen werden. Das wird dann zum Problem, wenn die Zinsen neuerlich steigen. Ein Prozess, der in den USA bereits begonnen hat. Wer nun neue Kredite benötigt, muss dafür deutlich mehr zahlen. Was die Existenz von Unternehmen und Staaten bedrohen und abermals eine weltweite Kettenreaktion auslösen könnte.

## „Wir sind Teil des Systems“

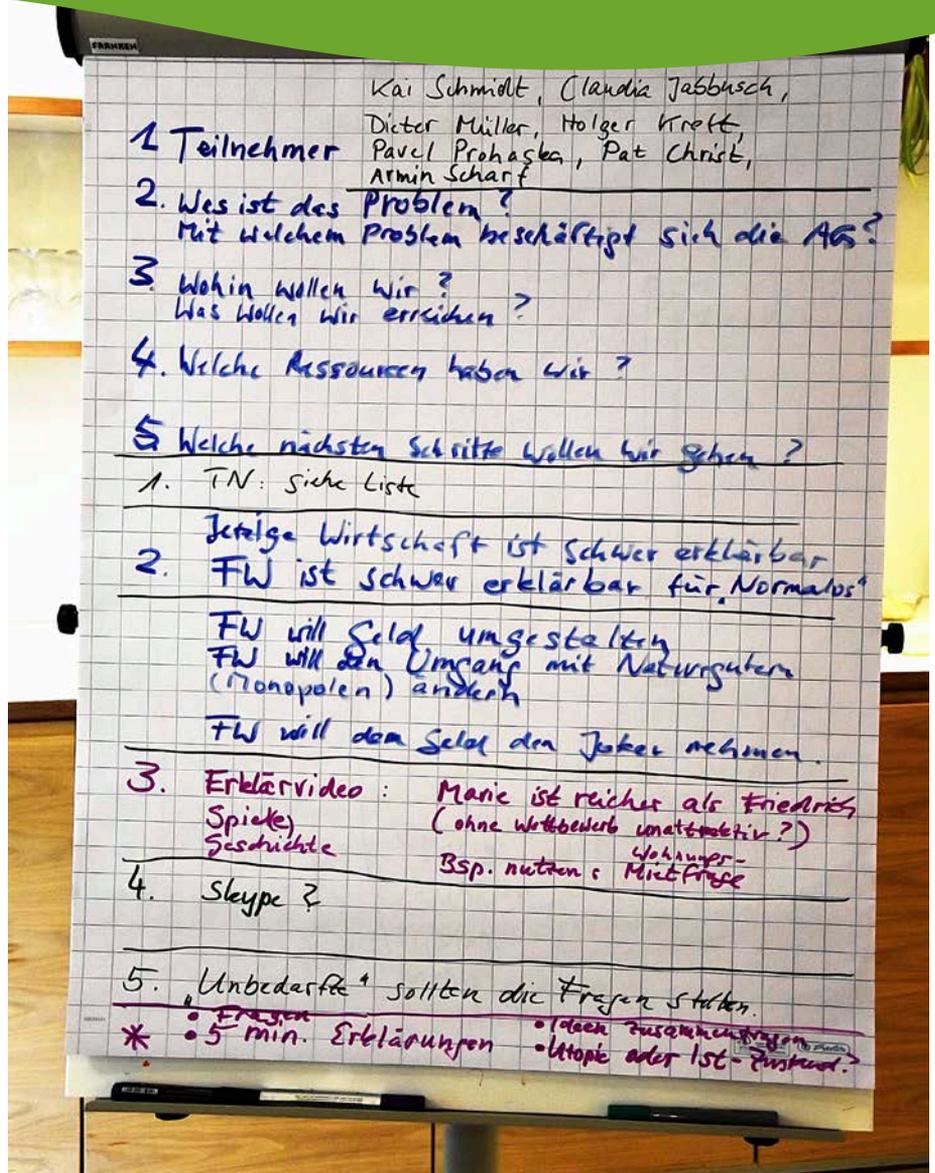


In China sollen die Unternehmensschulden mit derzeit 20 Billionen Dollar einen Wert von 160 Prozent des chinesischen BIP erreicht haben. Viele Kredite wurden über neue, sogenannte „Private Debt Funds“ unabhängig von Banken aufgenommen. Gleichzeitig gibt es einen Run auf sogenannte „Distressed Funds“, die in ausfallgefährdete Kredite notleidender Firmen investieren, um sie später mit Gewinn wieder zu verkaufen.

Überall, konstatierte Holger Kreft, sind sich selbst verstärkende, negative Prozesse zu beobachten: „Und wir sind Teil des Systems.“ Eben das muss als Handicap, zumindest aber als Herausforderung verstanden werden. Denn Geld und Boden zu reformieren, gelingt nicht so einfach wie die Umstellung der Ernährung. Wer Vegetarierin wird, kann von heute auf morgen auf Fleisch verzichten. Freiwirtschaftlerinnen können zwar Alternativen in Form von Komplementärwährungen entwickeln. Aber sie kommen erst mal nicht aus dem herrschenden System heraus.

Und dann ist die Thematik „Geld“ auch noch so schwer zu vermitteln. „Es fehlt hierfür an kreativen Ideen und es fehlt ein gemeinsames, klares, einfaches Programm“, so Kreft. Also eine Art „Freiwirtschaft für Anfänger“. Nicht zuletzt fehlte es bisher an dem einen „Strang“, an dem alle ziehen. In Wuppertal wurde an allen drei „Baustellen“ intensiv gearbeitet.

So wird es in den kommenden Monaten eine gemeinsame Internetplattform geben. Derzeit versucht jede Organisation, eine Homepage zu pflegen. Das macht viel Arbeit, die Reichweite des Internetauftritts ist meist vergleichsweise gering. Auch ist es



Eines der Ziele für die nächste Zeit besteht darin, Neulingen eine leicht verständliche Einführung in die Thematik „Freiwirtschaft“ anzubieten.



Fritz Andres gehört der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 an und ist Vorsitzender der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“

bisher noch nicht gelungen, soziale Medien ausreichend in die vorhandenen Webpräsenzen zu integrieren.

Die neue Plattform, für die aktuell ein Domainname gesucht wird, soll einen zentralen Newsletter versenden und über einen YouTube-Kanal verfügen. Gleichzeitig soll ein Intranet aufgebaut werden, um alle AkteureInnen virtuell miteinander zu vernetzen. Das erleichtert zum Beispiel die Organisation von Veranstaltungen. Sinnvoll wäre es, auch Inhalte in englischer Sprache einzustellen, da sich die Freiwirtschaftsszene gern internationalisieren würde.

Wohltuend war es, in Wuppertal zu spüren, wie groß der Wunsch ist, zusammenzurücken, Hürden, die der Unterschiedlichkeit der einzelnen Gruppen geschuldet sind, zu überspringen und intensiver zu kooperieren. Daran haperte es in den vergangenen Jah-

ren – eben weil es Gruppen oder einzelne Menschen gab, deren höchstes Ziel es war, sich mit den eigenen Ideen durchzusetzen. Die Botschaften, wurde in Wuppertal reflektiert, vermittelt teilweise nach außen: „Wir wissen was wahr ist, und wir wissen, wie es besser werden kann.“ Kreft: „Doch Heilsversprechen kommen bei den Menschen sehr unangenehm an, sie schrecken viele ab.“

**Gemeinsame Projekte**

In Wuppertal wurden eine ganze Reihe gemeinsamer Projekte und Kampagnen beschlossen. So soll es 2019, einem historisch bedeutsamen Jahr, mehrere Kooperationsveranstaltungen geben. Die werden an die Weimarer Nationalversammlung am 6. Februar 1919 erinnern. Kurz darauf, am 28. Juni 1919 wurde der Versailler Vertrag unterschrieben. In München entstand eine Revolutionsregierung.

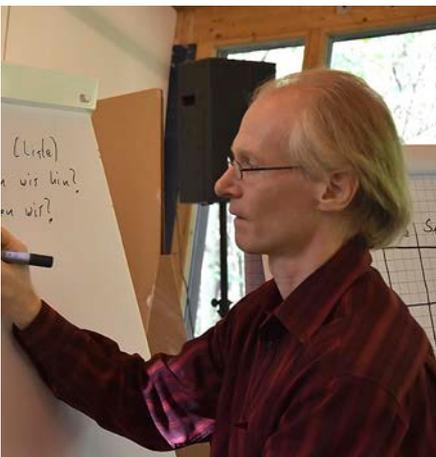


Beate Bockting ist stellvertretende Vorsitzende der freiwirtschaftlichen „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO).

Silvio Gesell gehörte ihr, wenn auch nur wenige Tage, als „Volksbeauftragter für Finanzen“ an. Nach dem Ende der Räterepublik wurde Gesell für mehrere Monate inhaftiert. Im Juli 1919 sprach man ihn aufgrund seiner Selbstverteidigungsrede in einem Hochverratsprozess vor einem Münchner Standgericht frei.

Aktuell müssen schließlich dringend neue Lösungen her, was die Grundsteuer anbelangt. Hat doch das Bundesverfassungsgericht die geltende Regelung für verfassungswidrig erklärt. Der Grund: Die Werte, auf denen die Steuer basiert, sind völlig überaltert. Das ist, so die Richter, ungerecht und verstößt gegen das grundgesetzliche Prinzip der Gleichbehandlung.

Das Gericht urteilte, dass der Gesetzgeber bis Ende 2019 eine verfassungskonforme Neuregelung verabschieden muss. Gleichzeitig gibt es eine Frist bis Ende 2024, um die rund 35 Millionen Grundstücke in Deutschland neu bewerten zu können. Der Bund hält sich in dieser Angelegenheit zurück, da es letztlich die Kommunen sind, die von der Grundsteuer profitieren. Er fordert, dass sich



Matthias Klimpel von der „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO).

die Länderfinanzminister einigen sollen. Die meisten Länder sind sich auch einig, allerdings scherten bisher Hamburg und Bayern aus.

In den Länderfinanzausschüssen der Parteien wird im Moment über verschiedene Möglichkeiten diskutiert, die Grundsteuer zu reformieren. Die INWO schickte bei zwei Briefaktionen Schreiben an Mitglieder dieser Ausschüsse sowie an Ministerien. „Bisher hat allerdings nur ein Landtagsabgeordneter reagiert“, berichtete Matthias Klimpel. Die Gruppe würde sich wünschen, dass die Politikerinnen und Politiker nicht ausschließlich von der INWO Brief erhalten, in denen sie auf die Lösungsvorschläge der Kampagne „Grundsteuer zeitgemäß!“ aufmerksam gemacht werden.

Eigentlich müsste gerade dieses Thema den Nerv der Zeit treffen, gibt es doch in immer mehr Städten Protestbewegungen gegen die explodierenden Mieten. Doch die Verknüpfung mit dem Thema „Grundsteuer“ ist laut Beate Bockting noch immer nicht gelungen: „Viele Leute haben nach wie vor noch nichts von unserer Kampagne gehört.“ Was Andreas Bangemann zu dem Appell führte: „Nutzt jede Gelegenheit im täglich Leben, um Infos zu streuen.“

Auch könnten Mitglieder der im Grundsteuer-Bündnis vertretenen Organisationen versuchen, Einladungen zu Bürgermeisterdienstbesprechungen zu erhalten. Die finden in jedem Landkreis monatlich statt. In einem Fall gelang es bereits, Bürgermeister darüber zu informieren, welche Vorteile es hätte, die bisherige Besteuerung auf eine Bodenwertsteuer umzustellen. Optimistisch stimmt, dass es durchaus Politiker gibt, die die Ideen der Kampagne sehr weitgehend mittragen. So fasste die Südhessen-SPD einen beachtenswerten Beschluss zur Grundsteuerreform. 

#### Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

#### Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

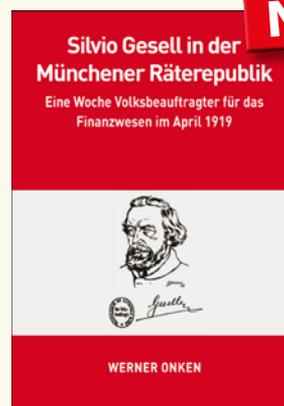
### Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik –

Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“ Oldenburg 2018, 110 Seiten, Softcover

€ 16,00 ISBN 978-3-933891-31-0

Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert,



**NEU**

wie Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könnten seine Geld- und Bodenreformvorschläge angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

**Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über**

**Dieter Fauth**, Betzengraben 5, 97299 Zell.  
E-Mail: post@dieterfauth.de  
(Lieferung frei Haus).

# Fakten zum Wörgler Freigeld

Veronika Spielbichler



Die Salzburger Straße in Wörgl – Foto: Unterguggenberger Institut Archiv

**Was ist fiktiv und was entspricht den historischen Ereignissen rund um die Wörgler Freigeld-Aktion? Der Spielfilm „Das Wunder von Wörgl“ wirft Fragen nach historischen Fakten auf, deren Beantwortung dem Unterguggenberger Institut am Herzen liegt. Die begleitende Universum Historien-Doku „Der Geldmacher – das Experiment des Michael Unterguggenberger“ von Drehbuch-Autor Thomas Reider liefert den zeitgeschichtlichen Kontext und zusätzliche Infos zur Wörgler Nothilfe-Aktion.**



Autoren, SchauspielerInnen und Team mit Veronika Spielbichler (l. v. d. Mitte) beim Kino-Preview für den TV-Spielfilm „Das Wunder von Wörgl“ am 15. 11. 2018 im Cineplexx Wörgl. Foto: Christian Spielbichler

**A**uf großes Publikumsinteresse stießen der Spielfilm „Das Wunder von Wörgl“ und die danach ausgestrahlte, dazugehörige Doku, wie die Einschaltquoten widerspiegeln: Bis zu 638.000 Zuseher sahen am 8. Dezember 2018 auf ORF2 „Das Wunder von Wörgl“, durchschnittlich verfolgten das TV-Drama 570.000 Zuseher. Die ORF-Doku „Der Geldmacher – Das Experiment des Michael Unterguggenberger“ erreichte bis zu 400.000 (durchschnittlich 358.000) Zuschauer.<sup>[1]</sup>

Der Spielfilm weicht naturgemäß zugunsten von Dramaturgie, Spannungsaufbau und Einbindung der Zeit in etlichen Punkten von den tatsächlichen historischen Fakten ab. Hier die gravierendsten dramaturgischen Kunstgriffe:

**War der Vater-Sohn-Konflikt real? Nein**, er ist erfunden. Michael Unterguggenberger hatte aus erster Ehe die

<sup>1</sup> Der Termin für die Ausstrahlung im Deutschen Fernsehen stand bei Drucklegung noch nicht fest. Die Red.

beiden Söhne Hans und Michael. Die Spielfilmhandlung ist frei erfunden.

**Gab es den Nazi-Metzger Toni Walder tatsächlich in Wörgl? Nein** – diese Figur wurde eingeführt, um die NS-Zeit und ihre Ideologie in die Film-Story zu bringen.

**War Unterguggenberger Vegetarier? Nein** – vegetarisch gekocht wurde allerdings, wenn der katholische Gelehrte DDDr. Johannes Ude, der sich zur Freiwirtschaft bekannte, im Haus Unterguggenberger zu Gast war.

**Wurde die Bürgermeisterversammlung in Wien von der Polizei aufgelöst? Nein** – sie fand ungestört statt, Zeitungen berichteten darüber. Unterguggenberger hielt vielfach Vorträge über die Wörgler Aktion, die nicht von der Exekutive gestört, allerdings z. B. in Linz untersagt wurden. In der Schweiz erhielt Unterguggenberger Einreiseverbot, nachdem

in der Schweiz die Freiwirtschaftsbewegung aufgrund des Erfolges in Wörgl immer mehr Zulauf gewann.

**Wurde Michael Unterguggenberger vor Gericht gestellt? Nein** – es war genau anders herum. Die Marktgemeinde Wörgl beschritt den Rechtsweg, um gegen das Verbot zu klagen. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes richtete sich nicht gegen den Bürgermeister als Person, Unterguggenberger wurde nicht verurteilt. Erst das Verbot der Linksparteien im Februar 1934 führte zu seiner Amtsenthebung, da der bekennende Freiwirt Unterguggenberger der sozialdemokratischen Fraktion im Gemeinderat angehörte. Und in dieser Funktion war er 1919 bereits Vizebürgermeister, als der österreichische Staat die Gemeinden ermächtigte, Notgeld auszugeben. Diese regional gültigen Geldscheine waren allerdings kein Schwundgeld. Das Ersatzgeld musste mit Stichtag gegen Nationalwährung eingewechselt werden und war völlig legal.



Karl Markovics als Unterguggenberger in „Der Geldmacher“ ©epo-film – Foto: © ORFIAPA/Jan Hetfleisch

**Wirkte das Wörgler Schwundgeld inflationär? Nein** – damit befassten sich schon Zeitgenossen Unterguggenbergers. Inflation bedeutet Aufblähung der Geldmenge ohne realen Gegenwert. Hinter jeder Freigeld-Transaktion stand allerdings ein realer wirtschaftlicher Vorgang – ob Lohnzahlung, der Kauf von Konsumgütern, die Erbringung von Dienstleistungen oder die Bezahlung von Steuern und Abgaben. Die Parallelwährung kurbelte den regionalen Wirtschaftskreislauf erfolgreich an, von Preissteigerungen ist nichts bekannt.

**Konnten mit dem lokal gültigen Freigeld ausschließlich Produkte aus dem Ort gekauft werden? Nein.** Die AB-Scheine konnten gegen Bezahlung einer Wechselgebühr in Schillinge gewechselt werden. Damit war der Außenhandel jederzeit möglich und funktionierte auch.

**Das Wörgler Freigeld-Experiment 1932/33**

Die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre traf Wörgl besonders hart. 1932 waren in der Region 1500 Menschen arbeitslos, im 4.200 Einwohner zählenden Markt Wörgl 400 Menschen – wovon 200 bereits keine staatliche Unterstützung mehr erhielten und der Armenfürsorge der Gemeinde zufielen. Die Gemeindekasse war aber leer, Steuerrückstände der Bürger nicht einbringbar.

In dieser aussichtslosen Lage entwarf Michael Unterguggenberger mit seiner 1931 gegründeten Wörgler Freiwirtschaftsgruppe das Wörgler Nothilfe-Programm, mit dem unter Verwendung von Freigeld ein Infrastruktur-Bauprogramm durchgeführt wurde. Die Not der Stunde ließ die Menschen trotz gegensätzlicher Weltanschauungen zusammenrücken – der Gemeinderat fasste alle Beschlüsse einstimmig!

Zur Durchführung der Wörgler Nothilfe gibt der Wohlfahrtsausschuss der Gemeinde Arbeitswertbestätigungen im Wert von einem, fünf und zehn Schilling heraus. Vorbild für die Aktion war das erste Schwundgeld nach der Idee von Silvio Gesell in Deutschland, die WÄRA. Eine monatliche Abwertung um ein Prozent dient als Umlaufsicherung. Durch Aufkleben von Stempeln behält der Schein seinen vollen Wert. Um einem Verbot wie bei der WÄRA entgegenzuwirken, hinterlegt der Wohlfahrtsausschuss den Wert der ausgegebenen Arbeitswertbestätigungsscheine in Schillingen als Deckung bei der örtlichen Raiffeisenkasse, die in die Abwicklung der Aktion eng eingebunden ist.

Sämtliche Einnahmen aus der Freigeldausgabe sind eine zweckgebundene, soziale Gemeindesteuer, die für den Armenfonds und Arbeitsbeschaffung verwendet wird: Dazu zählen die Erlöse aus den Klebmarken zur Aufwertung der AB-Scheine, die als bargeldloses Zahlungsmittel deklariert

werden. Eine Umwechslungsgebühr verhindert, dass die Arbeitswertbestätigungsscheine sofort wieder in Schillinge rückgetauscht werden. Diese fließt ebenso in die Gemeindekasse wie Zinsen für Darlehen, die Wörgler Geschäftsleute aus der Deckung erhalten, um Waren von auswärts einzukaufen – diese kurzfristigen Kredite waren mit 6 % verzinst.

Insgesamt werden Arbeitswertbestätigungen im Wert von 32.000 Schilling gedruckt. In Wert gesetzt werden sie aber erst mit Hinterlegung der Deckung, was durch einen Prägestempel auf dem Schein angezeigt wird. Im Lauf der Aktion werden allerdings nicht mehr als 8.500 Schilling hinter-



Verena Altenberger und Karl Markovics in „Der Geldmacher“ – Foto: © ORFIAPA/Jan Hetfleisch



1, 5, und 10-Schilling „Arbeitswertbestätigungsscheine“ (AB-Scheine) mit Notabgaben in Klebmarken. Foto: Unterguggenberger Institut Archiv



Bei den Dreharbeiten v. l. n. r.: Aaron Friesz/Hauptdarsteller, Verena Altenberger/Hauptdarstellerin, Urs Eggerl/Regisseur, Karl Markovics/Hauptdarsteller – Foto: © ORF/APA/Jan Hetfleisch

legt, die nicht einmal in vollem Umfang benötigt werden. Die rasche Zirkulation ist der Erfolg, nicht die ausgegebene Geldmenge. Geld für die Deckung kommt aus Zuweisungen von Land und Bund für Straßenbau, „produktive Arbeitslosenfürsorge“ und „freiwilligen Arbeitsdienst“. Als Treuhänder bürgen der Finanzreferent der Gemeinde Dr. Georg Stawa und Pfarrer Riedelsperger.

Im Juli 1932 beginnt die Gemeinde mit der Durchführung von Bauprogrammen, die Straßensanierungen, Kanalisation, Straßenbeleuchtung, den Bau einer Brücke, einer Sprungschanze, eines spektakulären Schluchtensteiges sowie von Wanderwegen umfassen. Die Arbeiter werden mit Arbeitswertscheinen entlohnt, kaufen in Wörgler Geschäften ein, diese liefern damit Abgaben und ihre Steuern – meist sogar erhebliche Rückstände – an die Gemeindekasse ab und schon steht wieder Geld für neuerliche Baumaßnahmen zur Verfügung.

Um den Kauf der Stempelmarken zum Ausgleich des Schwundes zu vermeiden, werden die AB-Scheine rasch weitergegeben und zirkulieren 9 bis 10 Mal schneller als die Nationalwährung Schilling. Während der 13,5 Monate Dauer des Geldexperimentes, das auf Druck der Nationalbank 1933 auf dem Behördenweg verboten wurde, ging die Arbeitslosenrate in Wörgl um 16 % zurück, während sie in Österreich im selben Zeitraum um 19 % anstieg. Von den 400 Arbeitslosen konnten bis zu 100 beschäftigt werden, je nach Umfang der Bauprogramme. Die Gemeinde richtete zudem eine Notstandsküche ein, um Menschen ohne Einkommen zu unterstützen.

Im Juni 1933 wollten rund 200 österreichische Gemeinden wie Wörgl regional gültiges Schwundgeld zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ausgeben. Bürgermeister aus ganz Österreich verfassten eine Resolution an die Regierung, diese Form der Not-



Rosa und Michael Unterguggenberger – 1932  
Foto: Unterguggenberger Institut Archiv

hilfe auch gesetzlich zu verankern. Da das Parlament seit März 1933 ausgeschaltet war, kam das nicht mehr zustande. Wörgl legte gegen das Verbot aufgrund des Banknotenmonopols der Nationalbank beim Verwaltungsgerichtshof Einspruch ein, mit dem Argument, dass die Deckung in Schilling hinterlegt sei, der Arbeitswertschein bargeldloser Zahlungsverkehr, also de facto ein Gutschein auf Geld ist. Schon vor der Gerichtsverhandlung, bei der Wörgl im November 1933 nicht Recht bekam und das Verbot damit aufrecht blieb, mussten die Scheine unter Androhung von Polizeieinsatz im September 1933 eingezogen werden. Das bedeutet, dass sie aus der hinterlegten Deckung wieder in Schillinge eingewechselt wurden.



Die Raiffeisenkasse in Wörgl – Foto: Unterguggenberger Institut Archiv



Die „Freigeld-Brücke“ in Wörgl – Foto: Unterguggenberger Institut Archiv

**Zur Person Michel Unterguggenberger:**

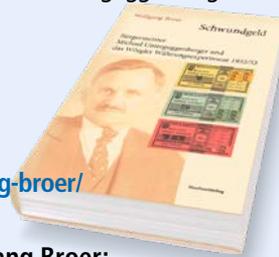
Michael Unterguggenberger kam am 15. August 1884 in Hopfgarten als Kind einer Arbeiterfamilie zur Welt. Nach seiner Lehrzeit als Mechaniker und Schlosser in Imst lernte er auf der Gesellenfahrt durch die österreichische Monarchie die Gewerkschaftsbewegung kennen. 1905 trat er als Lokführer bei der Bahn in Wörgl in den Dienst. Er baute die Gewerkschaftsbewegung von 100 auf 800 Mitglieder aus. 1919 wurde er Vizebürgermeister für die Sozialdemokraten und blieb das bis zur Wahl zum Bürgermeister 1931. Diese erfolgte aufgrund der Stimmgleichheit des bürgerlichen und sozialdemokratischen Lagers durch Losentscheid.

Unterguggenberger wurde im Zuge der Februar-Aufstände 1934 vom Amt des Bürgermeisters enthoben. In zahlreichen Vorträgen versuchte er weiterhin, die Menschen vom richtigen Weg, der in Wörgl eingeschlagen wurde, zu überzeugen. Am 19. Dezember 1936 starb er im Alter von 52 Jahren entmutigt und durch ein langjähriges Lungenleiden entkräftet an Herzversagen. Er hinterließ seine Frau Rosa mit drei Kindern und zwei Kinder aus der ersten Ehe mit seiner 1917 verstorbenen Frau Maria. 2007 wurde Michael Unterguggenberger vom Gemeinderat posthum zum Ehrenbürger von Wörgl erklärt.

Weiterführende Info: <https://unterguggenberger.org>

**Buchtip "Schwundgeld":**

<https://unterguggenberger.org/literatur/authors/wolfgang-broer/>



**Interview mit dem Historiker und Buchautor Dr. Wolfgang Broer:**

<https://unterguggenberger.org/ein-rebell-im-herzen-aber-realpolitiker/>

**Zur Autorin**

Veronika Spielbichler



Die Obfrau des Unterguggenberger Instituts in Wörgl ist seit ihrer Geburt 1963 in Wörgl zuhause, verheiratet, und hat zwei Söhne. Nach Abschluss der Handelsakademie Wörgl war sie über 20 Jahre lang als Redakteurin einer Bezirkswochenzeitung tätig.

Seit 2005 freie Journalistin und freie Redakteurin, Aufbau eines persönlichen Journalistenportals für Regionalnachrichten im Internet unter:

<https://vero-online.info>

Seit 2003 Leiterin/Obfrau des gemeinnützigen Unterguggenberger Institut Wörgl e. V.:

<https://unterguggenberger.org>

und Mitarbeit in der Lokalen Agenda 21 in Wörgl, u. a. als Leiterin der Projektgruppe zur Entwicklung der Jugendkomplementärwährung I-MOTION und Mitarbeit in der Initiative Neues Geld.



Der bundesweite Aufruf „**Grundsteuer: Zeitgemäß!**“ lehnt die Reformvorschläge von Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Ganzen ab und fordert den Minister und die Finanzministerkonferenz auf, sich nun endlich dem schon lange auf dem Tisch liegenden Bodenwertmodell zuzuwenden.

Das von Bundesfinanzminister Olaf Scholz favorisierte Modell ist mit der Erfassung von Nettokaltmiete, Baujahr und Größe jeder einzelnen Wohnung viel zu kompliziert, aufwendig und würde dennoch niemals zu einer gerechten Besteuerung führen. Welche Aussagekraft hat z. B. das Baujahr 1918, wenn das Gebäude im Jahr 2018 komplett saniert wurde? Scholz' Modell bedeutet außerdem, dass Neubauten und bauliche Investitionen steuerlich bestraft und das Nichtstun und Brachliegenlassen von baureifen Grundstücken steuerlich begünstigt würden. Das Ergebnis

wären eine künstliche Angebotsverknappung und steigende Mieten. Ähnliches gilt für eine reine, wertunabhängige Flächensteuer, die gleich große Wohnungen und Häuser in unterschiedlichen Stadtlagen gleich hoch besteuern würde und somit schon allein an der Gerechtigkeitsfrage scheitert.

„**Grundsteuer: Zeitgemäß!**“ schlägt vor, die Grundsteuer in eine reine Bodensteuer zu vereinfachen. Berechnungsgrundlage wären ausschließlich die bereits flächendeckend vorliegenden Bodenrichtwerte und die bereits erfassten Grundstücksgrößen. In den Bodenrichtwerten kommt die mögliche bauliche Ausnutzbarkeit eines Grundstücks zum Ausdruck, unabhängig davon, ob die Bebauung bereits realisiert wurde oder nicht. Die Mehrheit der Mieter und Kleineigentümer würde durch eine Bodensteuer entlastet. Zudem wirkt sie sich angebotssteigernd und allgemein dämp-

„**Grundsteuer: Zeitgemäß!**“ informiert

fend auf Bodenpreise und Mieten aus. Eine reine Bodensteuer ließe sich innerhalb kürzester Zeit umsetzen.

Weitere Argumente für eine Grundsteuer ohne Gebäudekomponente sowie gegen eine reine Flächensteuer unter:

<http://www.grundsteuerreform.net/kompakt>

Die Initiative **Grundsteuer: Zeitgemäß!** ist ein 2012 gegründeter bundesweiter, überparteilicher Aufruf zur Reform der Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer. Zu den Unterstützern zählen bislang über 50 Bürgermeister, zahlreiche Verbände und Organisationen, darunter der NABU, der BUND, die IG BAU, das Institut der deutschen Wirtschaft, der Bund Deutscher Architekten und der Deutsche Mieterbund sowie mehr als 1.000 Privatpersonen.

Mehr Infos: [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net)

**Ansprechpartner:** Prof. Dr. Dirk Löhr  
Dr. Ulrich Kriese  
Henry Wilke

Telefon: +49 172 623 99 42  
Telefon: +49 176 875 99 511  
Telefon: +49 30 284 984 1628

E-Mail: [D.Loehr@umwelt-campus.de](mailto:D.Loehr@umwelt-campus.de)  
E-Mail: [Ulrich.Kriese@NABU.de](mailto:Ulrich.Kriese@NABU.de)  
E-Mail: [Henry.Wilke@grundsteuerreform.net](mailto:Henry.Wilke@grundsteuerreform.net)

# Die Wunderinsel Barataria

## Sancho Panza und die Kunst des Regierens\*

Michael Stolleis

\* Für Thomas und Mercedes Duve

Foto von Rosan Harmens auf Unsplash

I. Wer in der Nähe von Buenos Aires, nördlich von Mar del Plata, Urlaub machen will, kann zu dem in Mode gekommenen Küstenstädtchen und Seebad Villa Gesell reisen, den Boulevard Silvio Gesell entlangfahren, sich der Hochseefischerei oder den Badefreuden widmen oder Ateliers von Künstlern besuchen. Wo sich heute in der Saison zigtausend Touristen treffen, war noch in den dreißiger Jahren ein wüstenartiges Gelände, es gab Dünen und Sandstürme.



Carlos Gesell erhielt 1971 von Gustav Heinemann das Bundesverdienstkreuz. (Foto: Sonja Gesell)

Carlos Gesell, Miteigentümer einer Kinderwagenfabrik, kaufte diesen 1600 Meter breiten und zehn Kilometer langen Küstenstreifen. Durch hartnäckige Bemühungen, die in den dreißiger Jahren mit Experimenten zur Bepflanzung des Sandes mehrmals scheiterten und Carlos Gesell den Namen „Verrück-

ter der Dünen“ einbrachten, gelang es schließlich mit Strandhafer, die Dünen zu befestigen und anderen Pflanzen den Boden zu bereiten. Menschen siedelten sich in dieser kargen Kolonie an und unterwarfen sich den von Gesell erlassenen Verboten des Rauchens und des Glücksspiels sowie einem nur an Festtagen gelockerten Alkoholverbot. Das waren, alteuropäisch gesprochen, Policeyordnungen zur inneren Festigung eines autonomen Gemeinwesens, möglicherweise auch um eine Alternative zum florierenden Spielbetrieb des größeren Badeorts Mar del Plata zu bieten. Als Carlos Gesell 1977 starb, war aus seiner Siedlung längst ein normaler Touristenort geworden und ihr Gründer, eine Art eigenwilliger und sendungsbewusster Gouverneur eines öden Landstrichs, hatte seine ursprüngliche Mission aufgegeben. Der utopische Ansatz war vom realen Kapitalismus eingeholt und verschlungen worden.

Carlos Gesell war ein Sohn von (Johann) Silvio Gesell (1862–1930), einem autodidaktischen Finanztheoretiker und Sozialreformer, (Neo-)Physiokraten und Anarchisten. Er selbst bevorzugte das Wort *Akrat*. Er kämpfte für eine Abkoppelung der Währung von den wirtschaftlichen Zyklen und vom Goldstandard („Freigeld“), für ein Verschwinden des Zinses und für eine Sozialisierung des Bodens („Freiland“). Das „Freigeld“ stellte er sich als umlaufgesicherte internationale Währung vor. Er bejahte Eigennutz und Wettbewerb, solidarische Hilfe, freie Verträge und freie Liebe, und er schrieb gegen Staat, Schulzwang, Impfwang, Krieg und Kapitalismus. Sein Hauptwerk, begleitet von zahlreichen Broschüren, war „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1916). Es erlebte neun Auflagen. Gesell verband sozialdarwinistische und anarchistische Züge und



Carlos Gesell und seine Familie fingen 1930 an, Sanddünen zu bepflanzen. (Foto: Museum Villa Gesell)

Kritik an Marx mit Sozialutopien, in denen die vorgeschlagenen Lösungen experimentell erprobt werden sollten. Von 1887 bis 1892, von 1907 bis 1911 und nochmals 1924 bis 1927 lebte er in Argentinien. Dort kaufte er ein großes Grundstück und eine Insel am La Plata. Später wohnte er meist auf der Obstbaugenossenschaft Eden in Oranienburg bei Berlin, zu deren Gründern auch der „freiheitliche Sozialist“ Franz Oppenheimer gehört hatte. 1922 veröffentlichte Gesell unter dem Pseudonym *Juan Acratillo* eine Broschüre „Der verblüffte Sozialdemokrat“, die in späteren Auflagen dann in „Der verblüffte Sozialist“ oder „Marxist“ umgetauft wurde, aber auch den Namen „Die Wunderinsel“ bekam. In der Sache war es eine Sozialutopie des Finanz- und Gesellschaftssystems. Der Text erschien gleichzeitig mit Fernando Pessos fiktivem Gespräch „*Banqueiro anarquista*“, in dem ein mit dubiosen Mitteln reich gewordener „wissenschaftlicher Anarchist“ erklärt, wie er die für die bürgerliche Gesellschaft fundamentale „Fiktion Geld“ bezwungen und als radikaler Individualist sich selbst befreit habe. Das ist nicht nur ein Abkömmling von Max Stirners „Der Einzige und sein Eigentum“ (1845), sondern auch eine passende Parallelfigur für Silvio Gesell, der mit seinem „Freigeld“ zur anarchistischen Befreiung von Staat und Kapitalismus ansetzte.

Gesell beginnt seine „Wunderinsel“ mit den bei Utopien üblichen Versteckspielen der Autorschaft und der Lagebestimmung von Barataria. Sie liege, sagt er augenzwinkernd, „auf dem gleichen Breitengrad wie Utopia und genau 360 Grad ostwestlich dieser Insel“. „Barato“ heiße „billig“ und man bekomme dort für wenig Arbeit viel Ware. Die Insel sei 1612 durch 500 spanische Familien kolonisiert, dann aber von der Außenwelt abgeschnitten und vergessen worden. Ihre Hauptstadt heiße Villapanza. Die Baratonen hätten zwar im ersten Jahrzehnt kommunistisch gewirtschaftet, seien aber dann zu einem privatwirtschaftlichen System übergegangen, bei dem die Währung zunächst durch Kartoffelvorräte in den Kellern, später aber (weil die Kartoffeln faulten) durch die erbsengroßen Nüsse eines Geldbaums (*pinus moneta*) gedeckt wurde. Vom falschen Propheten Carlos Marquez (Karl Marx) verführt, seien die

Baratonen dann wieder davon abgewichen und zu einer neuen Garantie der Währung durch Hohlmaße, der Lehre vom Mehrwert, übergegangen. Nun erzeugt die Angst vor Inflation eine Deflation, Spekulanten machen sich breit, Banken und Zinsen kehren zurück, der Kapitalismus siegt, der auch den Kommunismus in seinen Dienst nimmt. Endlich wird die Insel von Engländern entdeckt, die voll Anerkennung sagen, es sei alles auf Barataria wie zu Hause in England: Reichtum und Armut nebeneinander, Klassenkampf und Repression, nun müsse man den Goldstandard einführen. Am Ende setzt sich aber Diego Martinez wieder durch, „Karl Marx“ gibt nach, das Zinsproblem ist gelöst, der Wohlstand kehrt zurück. Barataria ist die Wunderinsel, auf der es gesichertes Geld, keine Zinsen und keine Bodenspekulation gibt.

Die Insel Barataria hatte ihren Namen freilich von einem ganz anderen Vorbild, das der Spanisch sprechende Autor ohne Zweifel kannte, jener Insel nämlich, als deren Statthalter Sancho Panza im Zweiten Teil des „Don Quijote“ von Miguel de Cervantes Saavedra (1547 – 1616) agiert. Dass Gesell, ohne Cervantes zu nennen, mit diesem berühmten Namen spielt, geht auch klar aus dem Namen der Hauptstadt „Villapanza“ hervor. Bald wird deutlich, dass es sich in dieser „Panza-Stadt“ darum handelt, weise Verordnungen zum Wohl des Volkes und Landes zu erlassen, nicht anders als Sancho Panza es tat, nachdem er durch den Umgang mit Don Quijote und dessen Lehrbriefe im Stil von Fürstenspiegeln auf sein Regententamt vorbereitet worden war.

So haben wir drei sozialutopische „Inseln“ vor uns, deren Gemeinsamkeiten kurz benannt seien, bevor wir uns Sancho Panza genauer zuwenden. Vater und Sohn Gesell sind auf je ihre Weise besessen von Ideen, die sie in die Praxis umsetzen wollen. Der eine kaufte sich u. a. eine Insel, lebte in der landreformerischen und vegetarischen Kommune „Eden“, wurde in der Münchner Räterepublik für sieben Tage Minister („Volksbeauftragter“) der Finanzen, dabei kurzzeitig verhaftet, aber nach überzeugendem Plädoyer in eigener Sache freigesprochen. Kurz nach seinem Tod kam es während der Weltwirtschaftskrise zu

einigen Aktionen mit dem von ihm propagierten „Freigeld“, die aber, dem geltenden Währungsrecht entsprechend, verboten wurden. Viele andere Gemeinden gaben solche Versuche daraufhin auf. Auch die 1995 in Argentinien während des Kapitalmangels entstandene Parallelwährung „*Crédito*“ verschwand wieder ab 2002/2003, sobald der Peso als Landeswährung wieder verfügbar war. Die bis heute – bei den „Grünen“ oder bei „Attac“ – virulenten Ideen Silvio Gesells mit ihrem antikapitalistischen und antistaatlichen Akzent gehören offenbar zu denjenigen halb anarchistischen, halb dirigistischen Utopien, die immer wieder neu entworfen, erprobt und von wirtschaftswissenschaftlichen Autoritäten unterstützt werden, ohne je eine reale Chance zu bekommen. Das gleiche lässt sich für die Obstbau-Kommune sagen, in der Gesell zeitweise lebte. Die Grundidee freilich, auf der Grundlage regionaler Solidarität eine Komplementärwährung einzuführen, die eine gewisse Unabhängigkeit von Bankkrediten schafft, hat sich immer wieder bewährt, etwa durch Gründung von Gutscheineringen, in Form von Notgeld, Regiogeld oder umlaufgesichertem Parallelgeld.

Ähnlich erging es dem Versuch des Sohnes Carlos Gesell, eine Art Strand-Kommune zu errichten, die Natur durch intensive Kulturarbeit zu bändigen und auf dem Territorium als Gesetzgeber besonders „schützend“ tätig zu werden. Dass dieser Schutz nur durch Repression gegenüber den Rauchern, Alkohol- und Spielfreunden erzeugt werden konnte, belegt das uralte Problem aller Utopien, mit „abweichendem Verhalten“ fertig werden zu müssen, sei es durch sanftmütige Erziehung oder durch Zwang. Auch das Erfolgsmodell von Carlos Gesell wurde vom eigenen Erfolg verschlungen. Nicht anders erging es dem Urbild Sancho Panza. Er regierte nur in der kurzen Zeitspanne einer Woche, zwar durchaus erfolgreich, musste aber sein Regiment wieder aufgeben und in den Dienst seines Herrn zurückkehren. So durchdringen sich die literarischen Utopien samt ihren Parodien mit den realen Versuchen, die Utopien auf der Erde herzustellen. Alle sind gute Menschen, Silvio und Carlos Gesell ebenso wie der fiktive Sancho Panza. Sie wollen das Gute, strengen

sich an, und am Ende war es vergebens. Freilich ist das „Scheitern“ der Utopien nur sehr einseitig ein solches; denn Silvio Gesell wird, wie man sieht, in einigen Punkten seiner Theorien durchaus ernst genommen, Carlos Gesell hat aus dem Nichts tatsächlich einen florierenden Badeort geschaffen, und Cervantes führt uns durch Sancho Panza anschaulich vor, wie man weiser und unbestechlicher Richter und vernünftiger Gesetzgeber sein und sich ohne Groll wieder ins Privatleben zurückziehen kann.

**II.** Die richterliche und gesetzgeberische Tätigkeit von Sancho Panza auf der Insel Barataria ist von spanischen Rechtshistorikern längst bemerkt und analysiert worden. Erst neuerdings aber werden die europäischen Dimensionen der frühneuzeitlichen Normsetzung im Bereich der Guten Policey sichtbar. In ihnen erhalten auch die gleichzeitigen portugiesischen und spanischen Bemühungen um ein „*buen gobierno*“ oder „*policía*“ ihren Platz. Johannes-Michael Scholz hat gezeigt, wie in Spanien frühmoderne Staatsbildung und Zentralisierung der Verwaltung mit örtlichen Autoritäten zusammenstießen, welche Materien von der „*policía*“ erfasst wurden: Bekämpfung des Luxus, etwa durch Kleiderordnungen oder Importverbote, weiter des Müßiggangs, des Bettelns und der Vagabondage samt der Ausgrenzung der „Zigeuner“, Förderung guter Sitten und Erhaltung des geordneten Familienlebens, Eindämmung der Spielleidenschaft, Erhaltung der ständischen Ordnung, Sorge für Sauberkeit, gutes Wasser, ordentliche Straßen, für Ärzte und Hebammenwesen und vieles andere. Dabei hat er auch auf die Durchsetzungsdefizite oder die Auslagerung bestimmter Aufgaben an die Kirche hingewiesen. Im Vergleich zu den Anstrengungen aller anderen europäischen Obrigkeiten weicht Spanien nicht von der Generallinie ab, zeigt aber doch charakteristische Unterschiede. Die Generallinie lautet, dass die lokalen, regionalen und zentralen Autoritäten aller europäischen Länder seit ungefähr der Mitte des 15. Jahrhunderts begannen, durch Gebote oder Verbote regulierend einzugreifen. Im kirchlichen und weltlichen Bereich wuchs der Bedarf an Reformen (Reformationen). Städte, lokale

Machthaber und Grundherren, Landesherrn und monarchische Zentralen schalteten sich in diesen Regulierungsprozess ein, teils von den Untertanen und Ständen unterstützt, teils gegen deren Widerstand – je nach Materie und Interessenlage. Im 16. Jahrhundert tauchten die ersten, ganze Territorien erfassenden Policey-Ordnungen auf, in Deutschland sogar „Reichspolizeiordnungen“, die wiederum als Muster auf die Territorien zurückwirkten.

Man ist sich heute einig, dass die damit verbundene, sich rasch vermehrende Gesetzgebungstätigkeit weder einseitig obrigkeitlichem Reformwillen „von oben“ („Sozialdisziplinierung“) noch der Partizipation der Untertanen oder der Stände „von unten“ zugeschrieben werden kann. Vielmehr geht man von einem Modell vielfacher Verflechtung ökonomischer, sozialer, kirchlicher und ideeller Interessen und Bestrebungen aus, die im Parallelogramm der Kräfte bestimmte Normierungen hervorbrachten, aber auch ihre Implementation fördern oder hindern konnten. Je mehr in diesem Prozess die Gesetzgebungsgewalt vom Absolutismus monopolisiert wurde, was bekanntlich nirgends modellhaft rein gelang, desto mehr erschien die Masse der Mandate, Gesetze oder Verordnungen als Produkt des „Polizeistaats“, den man dann im 19. Jahrhundert als den Staat des Misstrauens gegenüber den Bürgern, der „Vielregiererei“ und der Knebelung der ökonomischen Kräfte des Bürgertums kritisierte. Mit dem Ende des Ancien Régime, wie es sich in ganz Europa um 1800 abzeichnete, verschwanden diese Normen entweder im politischen und wirtschaftlichen Liberalismus oder verwandelten sich, soweit sie unentbehrlich waren, in Administrativ- oder Verwaltungsrecht. Hält man sich diesen epochalen Vorgang der europäischen Rechtsgeschichte bewusst, kann man umso leichter die vergnügliche Lektüre des Don Quijote fortsetzen. Bekanntlich gewinnt Don Quijote schon bei der ersten Begegnung mit Sancho Panza diesen als „Knappen“ durch das Versprechen, er solle nur mit ihm ziehen, denn vielleicht könnte ihnen bald ein Abenteuer begegnen, bei dem „er in einem Schnapp ein Eiland gewinne, zu dessen Gubernator er ihn ernennen wolle“ (I, 7).<sup>1</sup> Diese Hoffnung flackert nun ständig vor Sanchos Augen. Er tröstet sich über jedes Missgeschick hinweg, verspricht auch seiner Frau Reichtümer und Ehren, sobald er nur Statthalter der Insel sei. Und von Anfang an ist er auch kraft seines praktischen Sinnes und Selbstvertrauens der Meinung, er sei in der Lage, das Eiland zu gubernieren, „wie groß es auch sein mag“. Gewiss ist er auch bequem und furchtsam, seiner Herkunft und Sitten bewusst, außerdem kennt er als Analphabet seine Defizite, die aber andererseits wieder durch unerschöpflichen Mutterwitz und Sprichwörtermanie, Schlagfertigkeit und Neigung zu Kalauern ausgeglichen werden. Außerdem ist er trotz der klaren Einsicht, dass er einem Narren folgt, außerordentlich treu und bescheiden. Konkreter wird die Hoffnung auf die Erlangung der Statthalterschaft einer Insel seit der Begegnung mit der schönen Jägerin, der Herzogin (II, 30). Von nun an dienen der „Löwenritter“, wie sich Don Quijote inzwischen nennt, und Sancho Panza unfreiwillig der Unterhaltung des Landadels, eines Herzogspaares, „deren vollständigen Titel man bis heute nicht kennt“. Sancho erhält eine Zusage, Statthalter einer Insel zu werden, die dem „Herzog“ gehört und gerade nicht vergeben ist. Er agiert nun als „erwählter Gubernator“, allerdings in der für ihn typischen Mischung von Selbstbescheidung und Stolz, Bauernschläue und pragmatischer Einschätzung der Lage. Bereits die Herzogin testet seine Fähigkeiten zum Amt und er antwortet mit der klassischen Formel, er werde die Guten belohnen, die Schlechten bestrafen und die Armen unterstützen (II, 33). Als die Sache immer sicherer zu werden scheint, schreibt Sancho an seine Frau Teresa, eine geborene Gutierrez, „Du bist eines Statthalters Frau“, es dauere nur noch ein paar Tage, dann werde er Geld machen und sie beide würden reich. Unterzeichnet ist der Brief mit „Dein Gatte, der Gubernator, Sancho Panza“ (II, 36).

Vom 42. Kapitel an scheint der Traum Wirklichkeit zu werden. Versprochen wird Sancho „ein tadelloses Eiland,

1 Zitate (Band, Kapitel) aus „Don Quijote von der Mancha“ Band I und II – Roman von Miguel de Cervantes Saavedra – Die Zitate folgen überwiegend der neuen Übersetzung von Susanne Lange, München 2008

wie es im Buche steht, rund und drall und über die Maßen fruchtbar und üppig, und wenn er sich geschickt anstellt, kann er dort mit den Reichtümern der Erde die des Himmels erlangen“ (II, 42). Zugleich wird Sancho durch den Herzog in den elementaren Dingen unterwiesen, zunächst was die Kleidung angeht. Er müsse aussehen, heißt es, halb wie ein Gelehrter, halb wie ein Hauptmann, „denn auf dem Eiland, das er von mir bekommt, werden die Wissenschaften so nötig gebraucht wie die Waffenkunst und die Waffenkunst so nötig wie die Wissenschaften“ (II, 42). Letzteres ist offenbar eine Anspielung auf die Redewendung „Rom als Mutter der Waffen und Gesetze“, genauer auf die Vorrede zu den Institutionen Justinians vom 21. November 533: „Die kaiserliche Majestät muss nicht allein mit Waffen geschmückt, sondern auch mit Gesetzen gerüstet sein. Dann vermag sie zu jeder Zeit, im Krieg wie im Frieden, gut zu regieren ...“. Entsprechend oft drückt sich das Herrscherlob der frühneuzeitlichen Fürstenspiegel in allegorischen Hinweisen auf die Vorbilder Solon und Justinian aus. Der Fürst, so heißt es, sei nicht nur polemikós, sondern auch nomotetikós, aber das Friedenswerk der Gesetzgebung verdiene den Vorrang vor dem Krieg.

Der ideale Herrscher ist jedoch am Ende des 16. Jahrhunderts nicht nur Gesetzgeber im Sinne der neuen Souveränitätsdoktrin, sondern ebenso auch Richter, wie er es während des ganzen Mittelalters gewesen war. Don Quijote als der intellektuell und standesmäßig Überlegene gibt hier Sancho eingehend Unterricht. Der gute Richter müsse gottesfürchtig sein, müsse sich selbst und seine eigenen Befangenheiten erkennen, mild und freundlich sein, die eigene Herkunft – sei sie auch niedrig – nicht vergessen und insgesamt auf dem Pfad der Tugend bleiben; denn nur die Tugend verleihe wahren Adel. Auch später betont Don Quijote, wie unwürdig es für eine Amtsperson sei, sich in adelige Rangstreitigkeiten einzumischen (II, 43). Weiter muss der Richter vor allem unparteiisch sein, niemals emotional entscheiden, auch nicht den Tränen schöner Frauen nachgeben, sondern sich stets nach der Billigkeit richten, aber letztlich, wie es schon das römi-

sche Recht (Digesten 48.19.42) lehrt, eher von Milde als von Strenge leiten lassen. „Solltest Du das Recht einmal beugen“, sagt Don Quijote zu Sancho, „dann niemals unter dem Gewicht eines Geschenkes, sondern nur unter dem der Barmherzigkeit“. Zu dieser Milde gehört auch der gute Rat, den körperlichen Strafen, die schon schwer genug zu ertragen sind, nicht auch noch verbale Schmähungen hinzuzufügen.

Diesen generellen Bemerkungen zum Leitbild des guten Richters fügt Don Quijote aber noch andere an, die das gute Benehmen, die in der Frühmoderne so wichtige Conduite, das würdige Auftreten betreffen (II, 43). Alle Richter- und Regentenspiegel der Zeit enthalten solche Vorschriften. Sancho soll, wenn er seine Frau ankommen lässt, darauf achten, dass auch sie sich entsprechend verhält; im Übrigen gilt es ebenfalls als würdig, sich als Höhergestellter der Verwandtschaft anzunehmen. Der Richter soll eine sparsam bemessene Dienerschaft halten und auch sie gut kleiden, früh aufstehen, Körperpflege betreiben, nicht ungepflegt herumlaufen, aber sich auch nicht als Richter „in Flitter und Prunk werfen oder wie ein Soldat anziehen“, sondern die richtige Amtstracht, „solange sie nur sauber und ordentlich ist“ (II, 51). Dazu gehört weiter: Keinen Knoblauch und keine Zwiebeln, mäßig bleiben im Essen und Trinken, nicht mit beiden Backen kauen, sich gemessen, aber ohne Ziererei bewegen und die Reitkunst beherrschen. Ein letzter Rat betrifft die öffentliche Rede: Gegen ein gelegentlich gut eingeflochtenes Sprichwort sei nichts zu sagen, aber bei der ihm eigentümlichen Sprichwörtermanie solle sich Sancho beherrschen – eine für diesen fast übermenschliche Forderung. Alle diese Lehren Don Quijotes werden zum Überfluss für den des Lesens und Schreibens unkundigen Sancho noch einmal aufgeschrieben. Er soll sie sich vorlesen lassen (II, 43).

Nach diesen erzieherischen Vorarbeiten kann nun Sancho endlich zu seiner Insel abreisen, und zwar „in Gelehrtentracht gekleidet“ und er ist dabei „so glücklich in seiner (des Esels) Gesellschaft, dass er nicht mit dem Kaiser von Deutschland hätte tauschen mögen“ (II, 44). Er wird zum „Eiland

Barataria“ gebracht, „entweder weil das Dorf Baratario“ hieß oder „weil er das Gubernament so billig auf die Hand bekommen hatte, bar und ohne langes Tarieren“ (II, 45). Nach dem Gottesdienst zur Amtseinführung mit der gesamten Bürgerschaft, der Übergabe der Stadtschlüssel und der Einsetzung auf dem Richterstuhl beginnt sofort die praktische Arbeit. Sancho werden wahre oder fingierte Fälle und Fangfragen vorgelegt, wie sie auch in zeitgenössischen Schwanksammlungen vorkommen. Er erwirbt sich dabei rasch Ansehen; denn er beweist vorzügliche Beobachtungsgabe und Mutterwitz (II, 45, 47). Auf einem Rundgang durch die Stadt, den er mit seinem Anhang macht, er selbst „stolzerte mit seinem Amtsstab in ihrer Mitte“, sorgt er durch ambulante Gerichtsbarkeit für Ordnung. Immer neue Fälle tauchen auf, Streitigkeiten in Spielhäusern, nebenbei auch eine Anregung, diese ganz abzuschaffen, weiter ein Flüchtiger, der sich verdächtig macht, aber sich eloquent aus der Schlinge zieht, zwei halbwüchsige Geschwister, die in Verkleidung die Stadt durchstreifen (II, 49). Auch später muss er noch einmal fiktive Probleme lösen, wobei er der Regel Don Quijotes folgt, die auch in der juristischen Literatur zu finden ist, „nämlich wenn es beim Richten Zweifel gebe, solle ich mich immer für Barmherzigkeit und Gnade entscheiden“ (II, 51).

Alles in allem ist es nichts Ernsthaftes, verglichen mit dem großen Vorsatz, den Sancho bei Amtsantritt ausspricht, nämlich „das Eiland von allem Unrat zu säubern, von Herumtreibern, Faulenzern und Stromern“, und „Den Bauern will ich helfen, den Huidalgos ihre Vorrechte lassen, die Tugendhaften belohnen und vor allem Religion und Würde der Kirchenmänner achten“ (II, 49). Im Grunde ist Sancho willig, seine richterliche und administrative Arbeit zu tun, aber er stellt die Bedingung, dass man ordentlich für seinen Esel Sorge und ihn selbst nicht vernachlässige: „Gebt mir nur zu essen, dann kann es so viele Fälle und Fragen regnen, wie es will, ich knacke sie noch in der Luft“ (II, 51).

Doch Sancho Panza ist nicht nur Richter, der den „Stab der Gerechtigkeit“ trägt, sondern auch neuzeitlicher Gesetzgeber. Schon zuvor war er von

Don Quijote in die Regeln der Gesetzgebung eingeführt worden: „*Verordne nicht zu viele Erlasse, oder sieh wenigstens zu, dass es gute sind und man sie auch einhält und befolgt, denn Erlasse, die nicht eingehalten werden, verdienen ihren Namen nicht, sondern stehen dafür, dass der Fürst, der so viel Klugheit und Macht besaß, sie zu erlassen, nicht die Kraft hatte, sie durchzusetzen, und Gebote, die drohen, aber nicht angewandt werden, sind am Ende wie der Klotz, den man den Fröschen zum König gab: zu Anfang jagte er ihnen Angst ein, doch bald verachteten sie ihn und hüpfen auf ihm herum*“ (II, 51), letzteres ein Konzentrat von Äsops Fabel.

In diesem Sinne geht Sancho nun vor, beantwortet den Brief Don Quijotes, berichtet von der Besichtigung der Märkte und seinen ordnenden Eingriffen und verbringt dann den Nachmittag mit „*ein paar Erlasse zum rechten Gubernieren dessen, was er für ein Eiland hielt*“ (II, 51). Er untersagt das Aufkaufen von Lebensmitteln, gibt eine Wein-Kennzeichnungsordnung samt Verfälschungsverbot, er setzt im Interesse der Armen den Preis aller Fußbekleidung herab, besonders den der Schuhe, gibt eine Lohntaxe für die Dienstboten, weil deren Löhne „*munter auf dem Weg des Eigennutzens galoppierten*“. Er verbietet das Absingen „*liederlicher, geiler Lieder, ob bei Tag oder bei Nacht*“, „*desgleichen den Vortrag gereimter Wundergeschichten durch Blinde*“, „*wenn er nicht einen unumstößlichen Beweis der Wahrheit erbringe, da ihm die meisten dieser Blindenlieder falsche Wunder zu besingen schienen und somit den wahren schadeten*“, er setzt einen Armenvogt ein, mit der Aufgabe zu untersuchen, ob es wahre oder vorgebliche Arme sind. „*Kurzum, er entwarf so treffliche Erlasse, dass man sie in dem Ort bis zum heutigen Tag noch einhält, wo sie den Namen tragen: „Die Verordnungen des großen Gubernators Sancho Panza“*“ (II, 51). Wie die hier mitgeteilte Forschungsliteratur zeigt, bewegte sich Sancho Panza mitten im weiten Feld obrigkeitlicher Regulierungen, wie sie überall von Städten und Landesherren vorgenommen wurden. Sie alle wurden legitimiert durch die gängigen Topoi der guten Policy, die ihrerseits vom aristotelischen, über die Scholastik vermittelten Ideal des „guten Lebens“ getragen waren. Spanien und die südamerikanischen Ter-

ritorien verfolgen hier keinen Sonderweg, sondern es zeigen sich allenfalls solche Abweichungen, die mit den speziellen Verfassungsbedingungen im 16. und frühen 17. Jahrhundert sowie mit der besonders dominanten Stellung der Kirche zusammenhängen. Sancho Panza ist nach einer Woche angestrebter Tätigkeit erschöpft „*vom Richten, Beurteilen, vom Erlassen der Gebote und Dekrete*“ (II, 53). Die Adelsgesellschaft, die sich seiner zu ihrem Amusement bedient, führt ein rasches Ende herbei. Es wird ein Überfall der Feinde der Insel inszeniert, Sancho wird noch einmal gepeinigt und verhöhnt, man inszeniert einen Sieg über die Feinde. Aber der Statthalter will nicht mehr. Er zieht seine alten Kleider an, geht zum Stall, sattelt den Esel und hält eine Abschiedsrede:

„*Zur Seite, liebe Herren, entlasst mich in meine frühere Freiheit, damit ich mein altes Leben suche, das mich von dem Tod hier auferstehen lassen soll. Ich bin nicht zum Gubernator geboren und um Eiländer oder Städte gegen angreifende Feinde zu verteidigen. Besser verstehe ich mich aufs Ackern und Hacken, aufs Beschneiden von Rebholz und Setzen von Stecklingen als aufs Dekreterlassen und Provinzen- und Königreichverteidigen*“ (II, 53). Er zieht sich zurück, voller Würde, Selbstachtung und Bescheidenheit. Zwar verlangt der Haushofmeister noch zum Schein „*Rechenschaft über die zehn Tage, da Ihr das Gubernament innehattet. Danach zieht mit Gott und in Frieden*“ (II, 53), was an die Pflicht im italienischen Syndikatsprozess erinnert, jährlich schriftlich Rechenschaft abzulegen, aber Sancho lehnt das ab. Er sei arm gekommen und gehe wieder ebenso arm. „*Der Ansicht schlossen sich alle an*“ (II, 53).

Die verworrene Geschichte von der Wunderinsel Barataria mit ihren Ausprägungen in Literatur, Nationalökonomie, „Freigeld“-Versuchen in der Weltwirtschaftskrise und realer Stadtgründung am argentinischen Sandstrand zeigt, wie Literatur, politische Utopie, fiktive und reale Gesetzgebung auf „Inseln“, in einzelnen Gemeinden oder auf privatem Grund einander durchdringen können. „Reformgesetzgebung“, wenn eine adelige Gesellschaft um des Juxes willen einen Narren mit Herrscherqualitäten machen lässt, was er will, kann in partiell närrischen reformgeneigten

Kreisen zu kleinen örtlichen Erfolgen führen. Reformgesetzgeber auf privatem Grund wie Carlos Gesell schließlich zerstören ihr eigenes Werk, wenn sie es für den allgemeinen touristischen Zugang öffnen. Alle Pläne funktionieren nur unter zwei Bedingungen. Die eine lautet: scharfe Inklusion und Exklusion, also ein Experiment auf einer fernen „Insel“, die ein geschlossenes System ohne externe Irritationen darstellt. Die andere Bedingung lautet: Der Mensch ist gut, also wird er in einem Experiment unter den Bedingungen der Isolation auch Gutes produzieren. Diese zweite Bedingung aber bedeutet die Austreibung des alten Adam, sei es durch Erziehung oder durch Gewalt. Auf beiden Wegen ist diese Austreibung bisher nicht gelungen.

**III.** Sancho Panza, so will uns scheinen, ist ein wackerer Politiker. Es war nicht sein Lebensplan, in die Politik zu gehen, aber seit er das Ziel ins Auge gefasst hatte, zum Statthalter aufzusteigen, hat er es mit Ausdauer verfolgt. Am Ende war er „oben“ und begann zu regieren. Und er machte es ganz gut, wenn man dem Urteil seiner Umwelt folgt. Aber gehörte dieser Narr, der einem Narren diente, nicht einer politischen Klasse an, die sich einbildet, die Welt zu regieren, während hinter ihrem Rücken ganz andere Personen die Fäden ziehen? Die jüngste Finanzkrise legt solche Fragen nahe. Nicht nur die gefoppten braven Bürger müssen mit ihren Mitteln zu Hilfe eilen, wenn der imaginäre Feind sich nähert, auch die Regierungen geben sich – wie Sancho Panza – die größte Mühe, das Unheil vom Gemeinwesen abzuwehren. Am Ende scheint die Krise abgewehrt und der erschöpfte Regierungschef zieht sich klugerweise zurück, bevor man ihn absetzt. Aber hat sich wirklich etwas verändert? Kaum sind die Wolken dabei sich aufzulösen, beginnen die Spekulationen aufs Neue, die Börsen schöpfen Atem, das Spiel hebt wieder an. In der nächsten Krise werden neue Regierungschefs bereitstehen und an die Solidarität der einfachen Bürger appellieren, die Defizite gemeinsam zu tragen. Diejenigen, die alles inszeniert und ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, sehen keinen Anlass, es nicht noch einmal zu versuchen. Noch eine Bemerkung zu Silvio Gesell und seinem Traum von der Abschaffung des Kapitalismus bei gleichzeitiger Erhaltung privater Interessenverfolgung: Vor dem Hintergrund

einer geplatzten Spekulationsblase und dreister Bonuszahlungen aus den gerade zur Rettung der Banken überwiesenen Staatsmitteln drängt sich die Frage auf, ob es nicht sinnvoll wäre, die gefährliche Idee einer uferlosen Geldvermehrung ohne Ankoppelung an das reale Wirtschaftswachstum durch die ebenso närrisch erscheinende Idee des zinslosen Geldes zu ersetzen. Viele scheinen das zu glauben, etwa die viel beachtete Autorin Margrit Kennedy. Indem sie auf funktionierende „Regionalwährungen“ hinweist, gewinnen diese Hoffnungen auch an Plausibilität. Doch beruhen die Regionalwährungen auf begrenztem solidarischem Verzicht und auf Netzwerken, deren Kapital „Vertrauen“ heißt. Daran scheitert ihre Übertragbarkeit auf größere, notwendig ins Anonyme führende Räume. Außerdem wird man nicht an der Frage vorbeikommen, worin das Motiv liegen könnte, Geld in größerem Umfang zu erwerben und altruistisch zu verleihen, wenn es nicht „arbeiten“, also keinen Zins abwerfen und dem Geldge-

ber nutzen soll. Schon die Einrichtung einer dauerhaften Stiftung, die von ihren Zinserträgen lebt, würde daran scheitern. Schließlich spricht alle historische Erfahrung gegen Zinsverbote, sowohl im christlichen Abendland wie im Islam. Stets wurden entweder funktional gleichwertige Ersatzkonstruktionen zur Verfügung gestellt, um den Zins durch die Hintertür doch wieder einzuführen, oder man benutzte Zwischenhändler, deren Religion kein Zinsverbot enthielt. In jedem Fall ist der Zins, gesetzlich beschränkt oder nicht, das uralte Antriebsmittel für den Geldverkehr, der den Warenverkehr entlastend und anfeuernd begleitet. Anzunehmen, die Weltwirtschaft könne kollektiv zur Naturalwirtschaft zurückkehren, grenzt an Absurdität. Es bleibt nichts anderes übrig, als der Abkoppelung des Geldverkehrs vom Warenverkehr international, europarechtlich und national Schranken zu setzen. Alles andere würde zu Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen führen. 

Michael Stolleis' Essay erschien zuerst in der „Zeitschrift für Ideengeschichte“, Heft 5/1 Frühjahr 2011:

<https://www.z-i-g.de/>

**Zum Autor** Prof. em. Dr. Dr. h. c. mult.  
Michael Stolleis



Er war 1975 – 2006 Professor für Öffentliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und 1992 – 2009 Direktor am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte.

Er wurde ausgezeichnet 1992 mit dem Leibniz-Preis, 2000 mit dem Balzan-Preis, ist Träger der Ehrendokorate von Lund, Padua, Toulouse und Helsinki sowie des Ordens Pour le mérite (2014).

Vom Autor erschien u. a.: „Margarethe und der Mönch – Rechtsgeschichte in Geschichten.“ Verlag C. H. Beck, München 2015.

Lizenz zum Autorenfoto: CC BY-SA 3.0 de PD Dr. Christiane Birr - Ausschnitt entnommen von [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michael\\_Stolleis\\_\(2013\).JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michael_Stolleis_(2013).JPG)

#### Literaturhinweise:

Miguel De Cervantes: „Don Quijote von der Mancha“, 2 Bände, Herausgeberin und Übersetzung: Susanne Lange, 1.487 Seiten, Erscheinungsdatum: 10. 09. 2008, ISBN 978-3-446-23076-7, Verlag Hanser, München, 6. Auflage

#### Michael Stolleis: „Margarethe und der Mönch – RECHTSGESCHICHTE IN GESCHICHTEN“

Verlag C.H.Beck oHG, München, Oktober 2015, 352 S., mit 23 Abbildungen, Hardcover (In Leinen)

€ 24,95 ISBN 978-3-406-68209-4

#### Verlagsinfo:

Der renommierte Rechtshistoriker Michael Stolleis versammelt in diesem Buch kuriose Geschichten aus Recht und Literatur vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart. Menschen geraten aneinander, geben ihrer Streitlust nach, prozessieren jahrelang – Stoff für amüsante oder melancholische Betrachtungen aus rechtsgeschichtlicher Perspektive.

Das Spektrum reicht von einer Prozessgeschichte aus dem alten Reval des 15. Jahrhunderts, in der ein Prophet auftritt, für den sich Luther interessierte, über einen Kleinkrieg in Sachsen-Meiningen, der eine Hofdame ins Gefängnis bringt und einen Toten fordert, bis hin zu einem

bühnenreifen Frankfurter Prozess zwischen Dr. Johann Wolfgang Textor und seinen Gläubigern, unter ihnen Schneidermeister Goethe. Der Kampf ums Erbe des Armenadvokaten Firmian Stanislaus Siebenkäs im Reichsmarktflecken Kuh schnappel spielt eine Rolle, ebenso wie der Mordprozess Heinze und die Bekämpfung von Unsittlichkeit in Berlin um 1880. Der Stoff dieser Geschichten stammt aus Archiven und Akten sowie aus der wissenschaftlichen Literatur, aber auch von Autoren, die sich die Freiheit nehmen, Juristen nicht allzu ernst zu nehmen.

**Auch als e-Book erhältlich:**

<https://www.chbeck.de/stolleis-margarethe-moench/product/14858548>



# The Unholy Majority – Die unheilige Mehrheit

by Tom Atlee

übersetzt von Andreas Bangemann

**Hinweis:** Der blaue Gedankenstrich "—" im unten abgedruckten Text ist im Original ein Zeilenumbruch. Diese Art der Umsetzung wurde aufgrund der Länge des Beitrags gewählt.

In the red light of sunset, — few people see  
that — In our majoritarian system — the majority don't rule.

In the falling dusk, — we need to observe more closely  
and keep peeling away the layers  
of this thing we call democracy — to see inside.

On the first layer of "majority rules"  
we find that — whoever controls the majority  
(at any given time, on any given issue) — rules.  
Success in that game involves  
strategy, manipulation, attack, mobilization, noise...

Meanwhile, there is a deeper layer,  
where there is far less noise — and less light.  
At that level,  
Those who control the "majority rule" game — rule.  
They cultivate majorities and minorities for their own ends  
and reap a bountiful harvest, — whoever wins the wars.

Deeper yet we find — the "majority rule" game, itself,  
shapes what is possible and what is not, — for everyone.  
At this level, — even those who control the game — are trapped.

This is where things are stuck.  
This is where change will make a difference.  
The "majority rule" game, itself,  
shapes what is possible and what is not.

Getting unstuck means changing the game.  
Changing the game means understanding the game  
from the outside in.

A friend showed me a key:  
Of all the interests battling in the "majority rule" game,  
the least well served is the general interest, the common good,  
We the People, — the whole US.  
In fact, lost in vast deep sadness,  
We the People is nothing but a ghost.  
And I don't mean We the Common People.  
I mean We the Everyone, the Whole.

But Why? I said.

Because the majoritarian system is intrinsically adversarial,  
divisive, corrosive of the Whole.

In the competition to control or become a majority,  
each viewpoint and voice can only be heard as a special interest.  
And any general interest  
— health, prudence, compassion, clean air —  
must become a warrior  
and strive noisily for victory against The Dark Side, the Other —  
or be rendered invisible, — unheard, — unreal, — a dream...

The system demands — that the whole become parts,  
and that the parts masquerade as the whole —  
that each special interest acts like it is The General Interest.  
And the system demands, as well,  
that when a part wins, when it is a majority,  
we acknowledge it as the Whole, as US.

Im roten Licht des Sonnenuntergangs, — sehen nur wenige,  
dass — In unserem Mehrheitssystem — die Mehrheit nicht regiert.

In der Abenddämmerung — müssen wir genauer beobachten  
und Schicht um Schicht abschälen  
von der Idee, die wir Demokratie nennen, — um hineinzusehen.

Auf der ersten Schicht des „Mehrheit herrscht“-Spiels  
erkennen wir, — wer auch immer die Mehrheit kontrolliert  
(zu jeder Zeit und jedem vorgegebenen Thema), — der herrscht.  
Erfolg bei diesem Spiel erfordert  
Strategie, Manipulation, Angriff, Mobilisierung, Lärm...

Währenddessen gibt es eine tiefere Schicht,  
wo es viel weniger Lärm gibt — und weniger Licht.  
Auf dieser Ebene herrschen diejenigen,  
die das „Mehrheit herrscht“-Spiel kontrollieren.  
Sie kultivieren Mehrheiten und Minderheiten für ihre eigenen Zwecke  
und fahren reiche Ernte ein, — wer auch immer die Kriege gewinnt.

Tiefgehend erkennen wir: — das „Mehrheit herrscht“-Spiel selbst  
gibt vor, was möglich ist und was nicht, — und zwar für alle.  
Auf dieser Ebene — sind selbst die gefangen, die das Spiel kontrollieren.

Da steckt die Karre fest.  
Ebenda wird Wandel einen Unterschied machen.  
Das „Mehrheit herrscht“-Spiel selbst,  
gibt vor was möglich ist und was nicht.

Diesen Stillstand zu beenden, erfordert, das Spiel zu verändern.  
Das Spiel zu verändern bedeutet, das Spiel zu verstehen,  
von außen nach innen.

Ein Freund erklärte mir:  
Von allen Interessen, die im „Mehrheit herrscht“-Spiel kämpfen,  
wird das Allgemeininteresse, das Gemeinwohl, am schlechtesten  
bedient — Wir das Volk, — das ganze WIR.  
Genau genommen, verloren in großer tiefer Traurigkeit,  
Sind Wir, das Volk, nichts als ein Geist.  
Und ich meine nicht Wir, das gemeine Volk.  
Ich meine, Wir, Jedermann, das Ganze.

Aber warum? Fragte ich.

Weil das mehrheitliche System an sich kontraproduktiv ist,  
spaltend und zersetzend für das Ganze.

Beim Wettbewerb, Mehrheit zu werden, oder sie zu kontrollieren,  
kann jeder Standpunkt und jede Stimme nur als Einzelinteresse  
wahrgenommen werden. — Und jedes Allgemeininteresse  
— Gesundheit, Besonnenheit, Mitgefühl, saubere Luft —  
muss zum Krieger werden — und lautstark nach einem Sieg gegen die  
Dunkle Seite, das Andere streben —  
oder unsichtbar werden, — ungehört, — unwirklich, — ein Traum...

Das System fordert, — dass das Ganze zu Teilen wird  
und dass sich die Teile als Ganzes tarnen — — sodass jedes  
Einzelinteresse so tut, als wäre es das Allgemeininteresse.  
Und das System verlangt auch,  
dass, wenn ein Teil gewinnt, wenn es eine Mehrheit ist,  
wir diese als das Ganze, als UNS anerkennen.

It is all fantasm, — all a lie, I tell you –  
The Emperor's New Clothes –  
a loudly proclaimed virtual nothing  
that drains into part-isanship  
all the energies and gifts we could use  
to co-discover our wisdom together  
as whole communities,  
as a healed and healthy world.

So the majoritarian system consumes and digests  
the righteous passions of our well-divided interests,  
motivating and shape-shifting and battling  
in its search for majority support  
and thus victory  
and thus the dominance and resources  
of concentrated power controlled by the victor,  
forcing other interests into loser status  
of "minority"  
so they will fight to win back the reins.

And thus the battle rages back and forth.

Or at least seems to.

Meanwhile those who own and benefit from the game itself  
(who support both sides to maintain access to  
the public treasury, — the natural wealth of The Commons,  
and the game-shaping activity — of deciding public policy)  
continue to design the game to be losable  
only by the players, — not the owners,  
and in the process lose their own access to heaven  
for the eye of the needle is far too small  
to admit their heavily laden camels.

Meanwhile the general interest, the common good,  
not only loses  
but is not even part of the game, part of the conversation,  
except insofar as all sides claim it as theirs.

With "God on our side"  
the partisan parts abscond with the holy whole.

God only knows,  
this won't change  
until the players stop playing the game  
and change it.

And if the Whole could speak, it might well say  
that changing the game is not confined to  
changing the rules of majoritarianism — so that  
the Rule of the Biggest Part — is more legitimately seen as  
the Rule of The Whole.  
No.

Changing the game is about enabling the Rule of the Whole.

Changing the game may require helping majoritarianism  
work fairly for real majorities, yes,  
but only as a stepping stone –  
because it IS only a stepping stone.

Ultimately, changing the game is not about the majority.  
It is about the real Whole,  
about the wisdom that arises from turning  
towards each other  
instead of against each other — or away.  
It is about striving — towards the rule of, by and for The Whole,  
a whole which includes Them — and Us  
Together.

The Rule of the Whole  
is a horizon, an invitation, an adventure.  
We will never reach it, it is not a place to stop.  
It is so deep, so wide,  
so ever-changing into newness  
that we can only live it as a journey  
or a conversation.  
When we seek it, when we travel it,  
when we accept that we are pioneers of life's emergent wisdom,  
we meet each Other — and we hear — and are heard  
and new things become possible  
that were never possible before.

Es ist ein einziges Trugbild, — eine einzige Lüge, sage ich dir –  
Des Kaisers neue Kleider –  
ein laut verkündetes, virtuelles Nichts  
ein System, das mit Part-eilichkeit  
all unsere Energien und Gaben aufzehrt, mit denen wir  
gemeinsam unsere Weisheit entdecken könnten  
als ganze Gemeinschaften,  
als geheilte und gesunde Welt.

Dadurch verzehrt und verdaut das mehrheitliche System  
redliche Leidenschaften unserer zu Recht geteilten Interessen,  
anstachelnd und haltungsverändernd und kämpfend  
auf seiner Suche nach Mehrheitsunterstützung,  
und damit nach dem Sieg  
und damit der Dominanz und Ressourcen  
konzentrierter Macht, kontrolliert vom Sieger,  
der andere Interessen in den Verliererstatus  
der „Minderheit“ zwingt,  
damit sie kämpfen, um die Zügel zurückzugewinnen.

Und so tobt der Kampf hin und her.

Oder zumindest scheint es so.

Inzwischen fahren diejenigen, die das Spiel selbst besitzen und  
davon profitieren — (sie, die beide Seiten unterstützen, um Zugriff  
zu erlangen — auf die Staatskasse, — den natürlichen Reichtum  
der Commons — und die spielgestaltende Aktivität der öffentlichen  
Ordnung), damit fort, — das Spiel so zu gestalten, dass es — nur von  
den Spielern verlierbar ist, — nicht von den Besitzern,  
und verlieren dabei ihren eigenen Zugang ins Himmelreich,  
denn das Nadelöhr ist viel zu klein,  
um ihre schwer beladenen Kamele hindurchzubekommen.

Das Allgemeininteresse, das Gemeinwohl,  
verliert zwischenzeitlich verliert nicht nur,  
sondern ist nicht einmal mehr Teil des Spiels, Teil des Gesprächs,  
außer insofern, als alle Seiten es für sich beanspruchen.

Mit „Gott an unserer Seite“ — stehlen sich die Vetternwirtschaftler mit  
dem heiligen Ganzen davon.

Nur Gott weiß,  
das wird sich nicht ändern  
bis die Spieler aufhören, das Spiel zu spielen  
und beginnen, es zu ändern.

Und wenn das Ganze sprechen könnte, würde es sagen,  
dass die Veränderung des Spiels nicht darauf beschränkt sein darf, das  
Gesetz des Mehrheitsprinzips zu ändern, — jene Regel des größten  
Teils, aus der man glaubt, die Regel für das Ganze zu legitimieren. —  
Nein.

Bei einer Änderung des Spiels geht es darum, die Herrschaft des  
Ganzen zu ermöglichen.

Um das Spiel zu ändern, könnte es erforderlich sein, dem  
Mehrheitswahlrecht zu verhelfen, mit echten Mehrheiten einigermaßen  
zu funktionieren, ja, — aber nur als Hilfsmittel, —  
weil es ja nur Hilfsmittel IST.

Letztendlich geht es bei einer Änderung des Spiels nicht um die  
Mehrheit. — Es geht um das echte Ganze,  
um die Weisheit, die sich  
aus der Hinwendung zueinander ergibt,  
anstelle des Gegeneinanders, — oder des voneinander weg.  
Es geht um das Streben — hin zur Herrschaft des Ganzen, durch  
und für Das Ganze, — ein Ganzes, das Die — und Uns einbezieht —  
Gemeinsam.

Die Herrschaft des Ganzen  
ist ein Horizont, eine Einladung, ein Abenteuer. — Wir werden es nie  
erreichen, es gibt dort kein Ende.  
Es ist so tief, so breit,  
sich ständig erneuernd,  
daher können wir es nur als eine Reise erleben  
oder ein Gespräch.  
Wenn wir es suchen, es bereisen, — wenn wir uns als Pioniere der  
aufstrebenden Weisheit des Lebens akzeptieren,  
treffen wir einander — und wir hören — und werden gehört  
und neue Dinge werden möglich,  
die vorher nie möglich waren.

Because when our differences are heard  
our diverse parts discover their kinship  
and their power to dance creatively together.

Then the Whole can find its voice — and its will.

And it will —  
if it is given a form to manifest in,  
if it is given a wiser democratic system,  
one that brings us together  
and taps the font of our buried co-creativity.  
The system that holds us in thrall  
is built on not hearing each other  
so that we will remain a  
part.  
The system that frees us  
will be built on hearing each other  
so that we can expand  
through each other's eyes and lives  
to see more and become  
ever more truly whole — together.

So the sacred secret strategy is this:  
The game of the whole — cannot be won by any part  
but only by the Whole. — That is the only game  
that We the People — can win.

Truly, as sure as the sun is setting:  
That is the only game — that We the People  
can win.

On that path, — control and rightness  
cease to claim our passion.  
Instead, — our hearts, minds and spirits  
dedicate themselves together to create  
not just a world that works for all,  
but the means by which the world can create  
a world that works for all, — over and over again,  
born from the gifts of all,  
evolving forever from the lives of all  
toward the dreams of all,  
knowing that — It is All that Matters.

For the sake of the sunrise — we are called:

We are All.  
In this.  
Together.

Denn wenn unsere Differenzen zu hören sind,  
entdecken unsere vielfältigen Teile ihre Verwandtschaft  
und ihre Energie, kreativ miteinander zu tanzen.

Dann kann das Ganze seine Stimme finden — und seinen Willen.

Und das wird es —  
wenn es eine Form erhält, in der es sich manifestieren kann,  
wenn es ein weiseres demokratisches System erhält,  
eines, das uns zusammenbringt  
und die Quelle unserer verschütteten Ko-Kreativität erschließt.  
Das System, das uns in Leibeigenschaft hält  
basiert darauf, sich nicht gegenseitig anzuhören,  
damit bleiben wir nur ein  
Fragment.  
Das System, das uns befreit,  
wird auf der Fähigkeit gegenseitigen Zuhörens errichtet sein,  
damit wir wachsen können,  
durch die Augen und das Leben des anderen,  
um mehr zu sehen,  
wahrhafte Ganzheit zu erlangen — Gemeinsam.

Die heilige Geheimstrategie ist also diese: — Das Spiel des Ganzen —  
kann nicht von einem Teil gewonnen werden,  
sondern nur vom Ganzen. — Das ist das einzige Spiel,  
das Wir, das Volk — gewinnen können.

Wahrlich, so sicher, wie die Sonne untergeht:  
Das ist das einzige Spiel — das wir, das Volk  
gewinnen können.

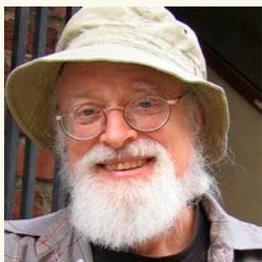
Auf diesem Weg — hören Kontrolle und Rechthaberei  
auf, unsere Leidenschaft einzuschränken.  
Stattdessen, — verschreibt sich unser Herz, Verstand und Geist  
nicht nur der gemeinsamen Erschaffung einer Welt, die für alle  
funktioniert, — sondern auch den Möglichkeiten, mit denen die Welt  
selbst eine Welt erschaffen kann, die für alle funktioniert,  
immer und immer wieder,  
geboren aus den Gaben aller,  
sich für immer aus dem Leben aller ergebend  
hin zu den Träumen aller,  
in dem Wissen, dass — dies Alles ist, was zählt.

Um des Sonnenaufgangs willen — werden wir gerufen:

Wir alle.  
Sitzen im selben Boot.  
Gemeinsam.

## Zum Autor

Tom Atlee (\* 1947)

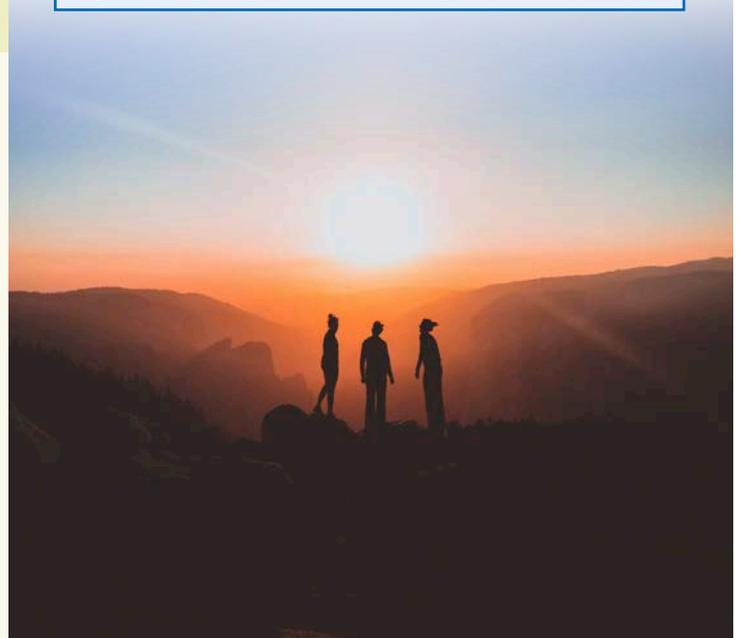


der US-amerikanischer Aktivist und Autor für Soziales, Frieden und Umwelt wurde in einer intellektuellen, aktivistischen Familie von Quäkern geboren und erlebte schon früh soziale Veränderungen. Im Jahr 1968 brach er das Antioch College ab, um einen Widerstand gegen den Vietnamkrieg zu organisieren.

Von 1989-1994 war Atlee Herausgeber von Thinkpeace, einer nationalen Zeitschrift für Friedensstrategie und -philosophie. 1991 ging er nach Belize und in die Tschechoslowakei als Berater für ökologischen sozialen Wandel und Gemeinschaftsbildung. Von 1991 bis 1992 war Atlee Vorstandsmitglied des Ökologiezentrums (Berkeley). 1996 gründete er das Co-Intelligence Institute, eine gemeinnützige Organisation, die Selbstorganisation, kollektive Intelligenz, partizipatorische Regierungsformen und kollaborative Demokratie fördert und erforscht. <http://co-intelligence.org/>

(Übersetzt aus dem englischen Wikipedia-Eintrag)

Originalbeitrag: <http://www.tomatleeblog.com/archives/175327447>



## Gesprächs- und Leserkreise

Alle Terminangaben ohne Gewähr

Kontakt über unsere Geschäftsstellenleiterin **Frau Erika Schmied** in unserer Geschäftsstelle in **Neustadt a. d. Aisch**.

### Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

#### Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis

Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.  
Kontakt: Mark Brill E-Mail: [dortmund@humane-wirtschaft.de](mailto:dortmund@humane-wirtschaft.de)

### Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag, 19 Uhr Diskussionsrunde, Wichtel in Böblingen  
(Kurzlink zur Anfahrt: <https://t1p.de/wichtel>)

Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, in Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: [stuttgart@humane-wirtschaft.de](mailto:stuttgart@humane-wirtschaft.de)

### Jeden ersten Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen

Stammtisch/Leserkreis • Im Malzhaus • Alter Teich 7

- 08527 Plauen • Kontakt: Andreas Wunderlich
- E-Mail: [plauen@humane-wirtschaft.de](mailto:plauen@humane-wirtschaft.de)

E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de)

Telefon: (09161) 87 28 672

### Wuppertal, jeden dritten Mittw. im Monat, 17 - 19 Uhr

Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <http://lernort-wuppertal.de>

### Biberach a. d. Riß, jeden dritten Dienstag im Monat

#### Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“

Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.

Ort: **TG-Heim Restaurant, Adenauerallee 11, 88400 Biberach a. d. Riß** Infos: S. Späth 01 76 - 61 50 74 53

E-Mail: [Sebastian.Spaeth@bund.net](mailto:Sebastian.Spaeth@bund.net)

Informationen im Internet: <http://t1p.de/bund-biberach>

## Wuppertal, Sa. 26. und So. 27. Januar, sowie Sa. 23. und So. 24. Februar 2019

### Seminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen

zum Thema: **„Wem gehört die Erde“ – Dimensionen einer Reform der Bodenordnung** (Details s. S. 22/23 und online)

Die bedrohlichen Entwicklungen im Umweltbereich, insbesondere das Klimaproblem, auf der einen Seite und die vielfältigen, sich offensichtlich vermehrenden Konflikte zwischen den Menschen, Gruppierungen und Staaten andererseits machen es notwendig, sich grundsätzlicher als bisher Gedanken zu machen über die Ordnung des Verhältnisses der Menschheit zur Erde sowie des Verhältnisses der Menschen untereinander.

## Berlin, 1. bis 2. Februar 2019

### 1st International European Modern Monetary Theory conference –

Geld ist wichtig. – Geld wird geschöpft, Geld wird vernichtet. – Geld wird ausgegeben, Geld wird eingenommen.

Geld wird geliehen, Geld wird verliehen. – Geld ist Verschuldung, welche Einkommen erzeugt.

Geld trennt uns, Geld bringt uns zusammen. – Geld ist eine soziale, eine politische und eine juristische Beziehung.

Wir können ihm nicht entfliehen.

Diese internationale Konferenz bietet eine Einführung und fachliche Vertiefung zum Thema aus der Sicht der "Modern Money Theory".

Mehr Informationen, Programm und Registrierung: <https://1st-international-european-mmt-conference-20199.webnode.com/>

## Wuppertal, Sa. 23. und So. 24. Februar 2019

Seminarreihe **„Auswirkungen einer Bodenreform“** (s. S. 22 und 23 in dieser Ausgabe, sowie online)

## Wuppertal, Sa. 23. und So. 24. März 2019

**63. Müндener Gespräche „Krieg und Frieden“** – Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Informationen und Anmeldung unter: <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

## Vormerken! Seidenstetten (Österreich), 26. Bis 28. April 2019

„Seidenstettner Tage der Fülle“ – Seit 2015 kommen jährlich ExpertInnen, VertreterInnen von NGOs und Menschen, die an der Finanzordnung interessiert sind, nach Seidenstetten, um sich untereinander über Hoffnungen und Wege zu mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt auszutauschen.

Anmeldung für die Teilnahme und organisatorische Fragen: **Josefa Maurer, Tel.: +43 (0) 7477 44731** ([maurerjosefa@gmx.at](mailto:maurerjosefa@gmx.at))

## Vormerken! Wien (Österreich), 24. Juli bis 9. August 2019

„Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS) Summer school 2019“

Weitere Informationen und Anmeldung: <https://summer-university.net/registration-is-open-2/>

## Vormerken! Wuppertal, 11. bis 13. Oktober 2019

**2. Vernetzungstreffen der Freiwirtschaft** – Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Informationen unter: <http://humane-wirtschaft.de/2-ernetzungstreffen>

# „Wirtschaft und Gesellschaft“ – 2019

**Jetzt anmelden!**

**Neustart der Seminarreihe zur Vermittlung  
und Erarbeitung von Grundlagenwissen**

Redaktion

**Suchen Sie nach dem Rüstzeug für eine fundierte Beurteilung politischer Fragen? Hier könnten Sie fündig werden!**

Welche Rolle spielen Geld und Boden? Warum brauchen wir eine Geldreform? Was könnten wir durch eine Grundsteuerreform erreichen?... In dieser Seminarreihe in Wuppertal werden Probleme und Lösungsvorschläge zum Geld- und Finanzsystem, der Boden- und Ressourcenordnung sowie weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend behandelt. An dem Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V., Bad Boll, sind auch der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V., Essen, und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e. V. beteiligt. Die Seminare werden geleitet von Fritz Andres, Jobst von Heynitz und David Fiedler vom SffO.

Schulungsmaterial, Abschluss-Zertifikat und die Möglichkeit zum Besuch weiterer Aufbaukurse werden geboten. Die Teilnahmegebühr beträgt pro Wochenende 50,- €, für Schüler und Studenten 25,- €.

Ermäßigungen sind auf Anfrage möglich.

Das Komplett-Verpflegungspaket während des gesamten Seminars (alle Mahlzeiten am Samstag und Sonntag, sowie alkoholfreie Tagungsgetränke, heiß und kalt) kostet 39,- €. Zusätzlich können preiswerte Übernachtungen in der Tagungsstätte gebucht werden. Anreise am Freitag ist möglich. Nähere Informationen siehe Anmeldeformular.

**Veranstaltungsort:**

Silvio-Gesell-Tagungsstätte  
Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal  
<https://sgt-wuppertal.de>

Nähere Informationen und Anmeldung unter:  
<https://lernort-wuppertal.de> und  
<https://humane-wirtschaft.de>

**Infotelefon: 0 20 53 - 42 37 66**

**E-Mail: [redaktion@humane-wirtschaft.de](mailto:redaktion@humane-wirtschaft.de)**

**Themen und Termine**

**der ersten beiden Wochenend-Veranstaltungen:**

- 26. – 27. Jan. Wem gehört die Erde? – Dimensionen einer Reform der Bodenordnung
- 23. – 24. Febr. Auswirkungen einer Bodenreform

**Nach diesen beiden Auftakt-Seminaren sind ab März 2019 weitere, zum Teil darauf aufbauende Seminarwochenenden geplant:**

- 30. – 31. März Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft
- 25. – 26. Mai Auswirkungen einer Reform der Geldordnung
- 29. – 30. Juni Die Zukunft der Unternehmensverfassung nach der Geldreform
- 7. – 8. Sept. Die Zukunft des Bildungswesens jenseits von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz
- 19. – 20. Okt. Herkunft und Zukunft des Ordoliberalismus
- 30. Nov. Querschnittsbetrachtungen,  
bis 1. Dez. Überblicke und Methodenfragen



Fritz Andres und Jobst von Heynitz

Die bedrohlichen Entwicklungen im Umweltbereich, insbesondere das Klimaproblem, auf der einen Seite und die vielfältigen, sich offensichtlich vermehrenden Konflikte zwischen den Menschen, Gruppierungen und Staaten andererseits machen es notwendig, sich grundsätzlicher als bisher Gedanken zu machen über die Ordnung des Verhältnisses der Menschheit zur Erde sowie des Verhältnisses der Menschen untereinander.

Dabei kommt der Betrachtung des Verhält-

**26. und 27. Januar 2019**

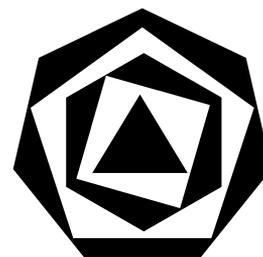
**Auftaktveranstaltung: Wem gehört die Erde? 🌍**

nisses der Menschen zur Erde (Bodenordnung im weiteren Sinne) eine zentrale Stelle zu, und zwar nicht nur aus Gründen der Ökologie und des Ressourcenschutzes, sondern auch, weil es bei den Konflikten zwischen den Menschen sehr häufig um den Besitz und die Verfügung über natürliche Ressourcen geht.

Welche Antworten sind den Aufgaben, die sich uns damit stellen, angemessen? In welchen Dimensionen müssen wir dabei denken? Was kann eine Bodenreform dazu beitragen? Wie muss sie aussehen, damit sich die notwendigen Erfolge einstellen?

Sie sind eingeladen, sich an diesen Überlegungen zu beteiligen, durch die die Idee einer Bodenreform wieder und neu zu einer Bewegung werden soll, die das Zeug hat, die Welt zu verändern.

**Referenten:** Jeweils Einführungsreferate von **Fritz Andres** und **Jobst von Heynitz** oder **David Fiedler**, (alle SffO, Bad Boll).



**SEMINAR FÜR  
FREIHEITLICHE  
ORDNUNG e. V.**

**Das Programm 26. und 27. Januar 2019:****Freitag, 25. Januar 2019**

Möglichkeit zur Anreise, Zeit für Gespräche vor der Tagung, Zeit, um gemeinsame Pläne zu schmieden.

(Übernachtungsmöglichkeiten von Freitag auf Samstag sind gegeben)

**Samstag, 26. Januar 2019**

- 9:30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros
- 10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema: Die Erde als Erbe der ganzen Menschheit
- 11:00 Uhr Die individuellen Nutzungsrechte – ihre Notwendigkeit und ihre Problematik
- 12:30 Uhr Gemeinsames Mittagessen in der Tagungsstätte
- 14:00 Uhr Kaffeeangebot im Tagungsraum
- 14:30 Uhr Erhebung und Verwendung der Entgelte für die Bodennutzung

- 16:00 Uhr Die Zusammenhänge der drei Ebenen der Bodennutzung
- 16:30 Uhr Die Erde – Scheibe oder Kugel?
- 18:00 Uhr Abendessen
- 20:00 Uhr Die Dominanz der Vergangenheit über die Gegenwart in der heutigen Bodenordnung und ihre Bereinigung durch die Bodenreform

**Sonntag, 27. Januar 2019**

- 9:00 Uhr Bodenreform und Frieden
- 10:00 Uhr Pause
- 10:15 Uhr Die Stellung der Bodenreform in der Menschheitsgeschichte
- 10:45 Uhr Wert und Unwert von Visionen
- 11:15 Uhr Rückblick auf die Tagung und Ausblick
- 12:00 Uhr Tagungsabschluss

**23. und 24. Februar 2019**

Der Boden spielt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Wissenschaft und Politik kaum noch eine Rolle. Die Volkswirtschaftslehre spricht zwar von drei Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital – sieht im Boden aber doch nur ein Kapitalgut, das keine besondere Beachtung verdient. Die Fragen rund um den Boden, die schon immer ein heißes Eisen waren, bleiben daher nicht nur ungelöst, sondern – schlimmer noch – sie werden gar nicht mehr gestellt.

Der Zusammenhang vieler besorgniserregender Phänomene und Ereignisse mit den Fehlern unserer Bodenordnung wird dementsprechend nicht durchschaut. Verdrängte Probleme gären aber weiter und verschaffen sich ungeordnet Luft: Das ist im sozialen Ganzen nicht anders als beim Einzelnen.

**Auswirkungen einer Bodenreform** 

Das Tableau der Problemfelder ist vielfältig:

- Armut und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, die weitgehend auf der ungerechten Verteilung des Bodens und der übrigen natürlichen Ressourcen beruhen,
- Landgrabbing als moderne Form des internationalen Kriegs um knapper werdende Natur-Ressourcen
- die ökologische Handlungs lähmung der Staaten und der Menschheit insgesamt trotz unübersehbar fortschreitender Zerstörung ihrer natürlichen Daseinsgrundlagen
- die internationalen Streitigkeiten um Land, Wasser und Rohstoffe
- die Immobilienkrisen der letzten Jahre, die die Notwendigkeit einer Trennung von Bodenmarkt und Kapitalmarkt veranschaulichen
- die Probleme der Entwicklung unserer Städte und des Wohnungsmarktes usw.

Die Vielheit der Missstände, die unsere heutige Bodenordnung hervorruft, zeigt die Vielfalt der Auswirkungen, die von einer Reform der Bodenordnung erwartet werden können. Der Einsatz für eine Reform der Bodenordnung lohnt sich also! 

**Referenten auch hier:**

**Fritz Andres** und **Jobst von Heynitz** oder **David Fiedler**, (*alle SffO, Bad Boll*).

**Begleitende Schriften der „Fragen der Freiheit“ können während der Veranstaltung erworben werden.**

**Nächster Termin: 30./31. März 2019**  
Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

**Das Programm 23. und 24. Februar 2019:**

Auch hier Anreise und Unterkunft bereits Freitag 22. Februar möglich.

**Samstag, 23. Februar 2019**

- 9:30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros
- 10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema: Auswirkungen einer Bodenreform
- 10:30 Uhr Erhebung und Verwendung der Entgelte für die Bodennutzung
- 11:15 Uhr Pause
- 11:45 Uhr Erbbaurecht und Bodenwertsteuer als Wege zur Reform der Bodenordnung
- 12:30 Uhr Gemeinsames Mittagessen in der Tagungsstätte
- 14:30 Uhr Kaffeeangebot im Tagungsraum
- 15:00 Uhr Die Bodenreform erleichtert die Stadtplanung
- 16:30 Uhr Pause

- 17:00 Uhr Die Bodenreform macht den Staat ökologisch handlungsfähig
- 18:00 Uhr Abendessen
- 20:00 Uhr Bodenreform und Gerechtigkeit

**Sonntag, 24. Februar 2019**

- 9:00 Uhr Ohne Reform der Bodenordnung keine internationale Friedensordnung
- 10:00 Uhr Pause
- 10:15 Uhr Bodenreform und Staatsbild
- 10:45 Uhr Bodenreform und Menschenbild
- 11:15 Uhr Was können wir tun – auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene? Tagungsrückblick
- 12:00 Uhr Tagungsabschluss

# „Anything goes“ – Politik als Popkultur

Werner Peters

So richtig hat man es bis heute nicht realisiert, dass mit dem politischen Aufstieg Donald Trumps und der inzwischen erfolgten Konsolidierung seines Einflusses auf das amerikanische Wahlvolk ein fundamentaler Umschwung stattgefunden hat in Bezug auf das Selbstverständnis von und den Umgang mit Politik. An die Stelle einer rationalen, wenn auch oft heftigen Debatte unterschiedlicher Positionen, manchmal auf der Suche nach einer gemeinsamen Lösung, oft auch die eine Seite die andere überwältigend, aber immer noch in einer Art von Dialog, hat sich jetzt ein System etabliert von „facts and alternative facts“, und es ist den Menschen überlassen, welche „facts“ ihnen zusagen.

Das ist Politik als Popkultur: „anything goes“ – so lange es gefällt.

Mit meiner Einschätzung amerikanischer Politik im Zeitalter von Trump als einer Form der Popkultur will ich zunächst einmal überhaupt kein Werturteil verbinden. Ich stelle Popkultur keineswegs – wie das viele Europäer und auch manche Amerikaner tun – auf eine niedrige und weniger achtenswerte Stufe innerhalb gesellschaftlicher Errungenschaften. Popkultur ist nicht die arme Verwandte der Hochkultur. Sie ist ein kulturelles Phänomen eigener Prägung, das seinen eigenen Gesetzen folgt. Popkultur ist nicht nur völlig unabhängig von der Hochkultur, sie ist, wie jeder Beobachter der modernen Gesellschaft zugeben wird, ein kulturelles Phänomen, das alle Aspekte des modernen Lebens durchzieht und bestimmt: Kunst, Mode, Unterhaltung, Lebensart. Und jetzt auch Politik?

## Die Ausgangslage

Man muss sich, um diesem Gedanken nachzugehen, erst einmal von dem schockierenden Gefühl frei machen, dass eine Angelegenheit, die so ernst und wichtig für das Wohlergehen der Gesellschaft ist, assoziiert sein könn-



(CCBY-SA 3.0) Illustr.: Martin Bangemann, inspiriert von Andy Warhols „Shot Marilyns“ auf Basis des Trump-Fotos von Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51025646>

te mit etwas so Unruhigem, Ungeregeltem, irgendwie undefinierbarem, wie wir Popkultur in ihren bekannten Erscheinungsformen erleben. Über diesen Eindruck muss man hinwegkommen, man muss sich freimachen von diesen Assoziationen und in das Wesen von Popkultur eintauchen.

## Was ist Popkultur und wie konnte sie jetzt auch in der Politik zu einem bestimmenden Faktor werden?

Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, zu der eben zitierten Phrase „anything goes“ zurückzukehren; denn diese Aussage führt zum Wesenskern der Popkultur: was sie ist und vor allem wie sie funktioniert. Mancher mag bei diesem Ausdruck an das gleichnamige Musical von Cole Porter aus den Dreißiger Jahren denken, und vielleicht hat es den Mann angeregt, der das

„anything goes“ zum Kern seiner Philosophie gemacht hat. Sicherlich wird er aber beeinflusst worden sein von der Erfahrung mit den Studentenunruhen in den Sechzigern an der Universität Berkeley, wo er damals lehrte. Das wichtigste Buch des österreichischen Philosophen Paul Feyerabend „Against Method“ (deutsch: Wider den Methodenzwang) kreist um die These, dass es keine bindenden Regeln und Gesetze gebe, die Wissenschaft, Erfahrung, Verhalten bestimmen – weder für das Individuum noch für die Gesellschaft – sondern „anything goes“.

Was aber ist die Beziehung zwischen dieser philosophischen Theorie und dem Phänomen Popkultur, und wie erklärt sich der Einbruch der Popkultur in die Politik? Popkultur ist eine Abkürzung für Populäre Kultur, und das heißt nichts anderes als Kultur, die ihre Wurzeln im Volk hat und ihre

Energie aus dem Volk erhält. Auf den ersten Blick scheinen sich Kultur und Volk nicht so richtig zu vertragen. Ist nicht Kultur etwas Abgehobenes, Edles, Verfeinertes, irgendwie Perfektioniertes, womit es sich abhebt vom Alltagsleben und banalem Verhalten? Das ist in der Tat der ursprüngliche Charakter von Kultur, etwas das – wie das Wort sagt – „kultiviert“ wird, aus einem Rohzustand in Form gebracht wird nach bestimmten festgesetzten Regeln. In diesem Sinne, als Hochkultur, bezieht sie sich auf viele Bereiche der Kunst und des Geschmacks.

Aber neben dieser Art von Kultur, und unabhängig von ihr, hat sich der Begriff Kultur ausgebreitet in viele Bereiche menschlicher Aktivitäten. Man spricht von Esskultur, Baukultur, Stadtkultur, Redekultur, Wohnkultur, und vielem mehr. Kultur ist „demokratisiert“ worden, sie ist nahezu allgegenwärtig in der modernen Gesellschaft. All diese Formen von „-kultur“ tragen aber diesen Namen zu Recht, weil sie mit der Hochkultur den einen wichtigen Aspekt gemeinsam haben, die Kreativität. Sie geben einem Aspekt alltäglicher Aktivität eine gewisse Form, die von der Gesellschaft allgemein akzeptiert wird und sich damit sozusagen als Standard etabliert. Der entscheidende Unterschied zur Hochkultur besteht darin, dass popkulturelle Standards nicht stabil und dauerhaft sind, weil sie nicht auf festen Regeln und Gesetzen von außerhalb beruhen, sondern ihre Wurzeln in Geschmack und Wünschen des Volkes haben. Sie sind in ständiger Bewegung und dem Wechsel des Geschmacks unterworfen, wie man an den Strömungen der Mode, des Lebensstils, der Unterhaltung, der Kunst beobachten kann, weil Popkultur keinen festen Regeln folgt, sondern nur ein Gesetz kennt: es muss dem Volk gefallen, aus dem heraus es sich entwickelt.

### „Anything goes“



Aus diesem Exkurs zum Charakter von Popkultur wird deutlich, dass Paul Feyerabends „anything goes“, ohne direkt dieses Phänomen anzusprechen, die perfekte Erklärung für die Omnipräsenz von Popkultur in unserer Gesellschaft ist. Es gibt keine Regeln, keine Gesetze, keine Grenzen, nach denen entschieden wird, was richtig und was

falsch ist, was akzeptabel und was nicht, was wertvoll ist und was einfach nur Schrott, es gibt nur einen Faktor, der darüber entscheidet, ob etwas sich durchsetzt bei dem Bemühen, den Ton (zumindest für eine Weile) anzugeben für einen bestimmten Bereich der Gesellschaft: es muss eine ausreichend große Menge von Gefolgsleuten anziehen. „Anything goes“, solange es einer ausreichend großen Gruppe von Leuten gefällt, ihm zu folgen: „Mach was Du willst“. Solange Leute es gut finden, hast Du eine Chance, Erfolg zu haben und Deinen Geschmack, Deine Sicht der Welt, Dein Wertesystem zur allgemeinen Norm zu machen.

Und nun Trump! Hatte er einen Plan, Popkultur in die Politik einzuführen oder die Politik den Regeln der Popkultur zu unterwerfen? Natürlich nicht. Aber indem er nach den Regeln der Popkultur agierte, gelang es ihm, diese in die Politik einzuführen und einige der grundlegenden Elemente des politischen Lebens auszuhebeln: Erfahrung, Rationalität, Zurückhaltung, Verantwortungsbewusstsein, Integrität, Verlässlichkeit. Dabei verfolgte er keinen finsternen Plan. Er schaffte das einfach, indem er nur er selbst war. Donald Trump ist die Verkörperung von Popkultur. Sein ganzes Erwachsenenleben hat er an einem Bild von sich gearbeitet, sich zu einer Person von öffentlichem Interesse und Bewunderung stilisiert, indem er sich all der Mittel bediente, die Popkultur zur Verfügung stellt. Er wollte ein „Star“ werden, und er wurde einer, indem er die Medien ununterbrochen mit demselben Futter bediente, das die Popstars nutzen, um das Interesse ihrer Gefolgschaft wach zu halten: das Prahlen mit seinem Reichtum und seinem Luxusleben, die Jagd nach Frauen als Trophäen, sein Engagement für proletarische, aber populäre Sportarten wie Show-Ringen („Wrestling“), seine gelegentlichen empörenden politischen Kommentare und ganz besonders seine Karriere als Mittelpunkt einer reality-Fernseh-Show. Er erschuf sich selbst als „The Donald“, indem er alle etablierten Regeln brach, keine Grenze der Scham akzeptierte, prahlte und angab mit seiner Fähigkeit, alle Probleme lösen zu können, dabei immer unberechenbar und ständig von einer Position zur entgegengesetzten schwenkend. Sein übersteigerter Stil in den Reden und Botschaften, der von

Superlativen, oft mit dem Gebrauch von Großbuchstaben verstärkt wird, ist die Sprache der Werbung, die selbst ein Geschöpf der Popkultur ist: „*the worst trade deals ever made by any country on earth ever in history*“. Dazu passend seine nichtssagenden, abgenutzten Kommentare: „SAD“, „No good“.

Als er sich schließlich ernsthaft in die politische Arena begab, überraschte er alle damit, dass er seinem Stil und Auftreten treu blieb, das ihn bekannt und berühmt gemacht hatte, aber auch gering geschätzt und verlacht als den Auftritt eines großmäuligen Immobilienmaklers aus New York. Wie war es möglich, dass er nicht dahinwelkte und unterging unter dem Gewicht seiner Unerfahrenheit und Inkompetenz als Politiker? Ganz einfach: er änderte die Regeln. Besser gesagt, er akzeptierte die etablierten Regeln nicht, sondern führte seine eigenen ein, die er sich nicht von einer äußeren Autorität herleitete, sondern die er in sich selbst fand. Ganz nach Paul Feyerabends Grundsatz „anything goes“, etablierte er seine eigene Wahrheit, und statt sie in einem ernsthaften Diskurs zu erklären, sendete er sie aus in kleinen Schnipseln via Twitter und wiederholte sie unermüdlich, bis sie sich bei einer empfängnisbereiten Gefolgschaft festsetzte. Er beleidigte seine Mitbewerber persönlich und öffentlich in einer Weise, die selbst in Wahlkämpfen unerhört war. Er brach alle ungeschriebenen Gesetze und Regeln wie z. B. die Verpflichtung, als Kandidat für das Präsidentenamt seine Steuererklärung offen zu legen, oder er erklärte dreist, dass er das Ergebnis der Wahl (wenn es gegen ihn ausfiele) nicht anerkennen werde.

Aber statt dass er wegen eines solch unerhörten Auftretens abgestraft wurde und unterging, versagten die etablierten Regeln und Umgangsformen der Politik und erwiesen sich als wirkungslos gegen diesen neuen politischen Stil. Den Sieg Trumps in den republikanischen Vorwahlen und schließlich bei der Präsidentschaftswahl verdankt er der Tatsache, dass die alte politische Ordnung ganz schwach und instabil geworden war, weil ein breites Segment der Bevölkerung das politische Establishment als korrupt empfand und als weder willens noch fähig, sich für die brennenden Probleme der Gesellschaft einzusetzen. Die Menschen waren ent-

täuscht von dem üblichen Trott der Politik, es bedurfte tatsächlich nur einer Person, die frech und von sich überzeugt genug war, um seine eigenen Regeln, seine eigene Ordnung dem politischen Geschäft aufzudrängen und abzuwarten, ob es den Leuten nicht gefallen würde.

### „Fake News“ und Twitter

So wurde Trump, wenn auch nicht mit Mehrheit, so doch auf der Basis seiner eigenen Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt. Dann kam die nächste Überraschung für viele, die ihn gewählt und erwartet hatten, dass er sein Verhalten aus dem Wahlkampf nun ablegen würde und sich im Amt gerieren würde, wie man es vom Präsidenten des mächtigsten Landes der Erde erwartet. Das geschah nicht, und im Rückblick muss man sich fragen, warum hätte es passieren sollen? Donald Trump verdankt seinen Sieg der Tatsache, dass er sich über alle konventionellen Wahrheiten hinwegsetzte und die etablierte politische Ordnung zertümmert hat. Warum sollte er das jetzt aufgeben? Es war erfolgreich, indem es ihm eine Anhängerschaft von loyalen, geradezu glühenden Gefolgsleuten verschafft hat, die Tag für Tag von Trumps Twitter-Nachrichten angefeuert werden und Nacht für Nacht von seinen Sykophanten bei Fox News bestärkt werden. Die Etablierung seiner eigenen Wahrheit hat bemerkenswert gut funktioniert, bis zu dem Punkt, dass wir es in der Welt der Politik inzwischen mit Fakten und alternativen Fakten zu tun haben. Alles, was der „Wahrheit“ von Trump widerspricht, wird als „Fake News“ denunziert, und diese Sicht der Welt wird unablässig wiederholt, bis die Menschen es müde sind, dagegen zu argumentieren.

Falls man angenommen hatte, dass Donald Trump, der niemals ein politisches Amt innegehabt hatte und völlig unerfahren war in der Leitung einer großen Behörde, sich bei den Regierungsgeschäften auf den Rat erfahrener Fachleute und Verwalter verlassen würde, so hatte man das Phänomen Trump und den radikalen Umschwung, den sein popkultureller Stil in die Politik gebracht hatte, immer noch nicht richtig begriffen. Donald Trump ist mit Recht davon überzeugt, dass er seinen Sieg der Tatsache verdankt, dass er seinen

Instinkten gefolgt ist und sich nicht hat beirren lassen in seinen ungezügelter Angriffen gegen Mexikaner, Einwanderer, Minderheiten (vermutlich gegen wohlmeinende Ratgeber in seiner Wahlkampf-Organisation). Warum sollte er also dieses fast übermenschliche Talent aufgeben und nun Expertenwissen zur Grundlage seiner Politik machen? Donald Trump hält sich selbst für ein Genie. Er ist stolz darauf, kein normaler Politiker zu sein, der an bestimmte Regeln und Üblichkeiten gebunden ist, seine Vorstellung von Regieren hat ihr Zentrum und ihre herrschenden Prinzipien in der Person Donald Trump. Zweifellos gibt es im Weißen Haus Diskussionen mit den Beratern, es werden weiterhin politische Expertisen verfasst und ihm vorgelegt, aber am Ende entscheidet Trump nach seinem Instinkt. Er braucht keinen Rat, wie er mit dem nordkoreanischen Diktator zu verhandeln hat, vom ersten Moment der Begegnung weiß er, wie er mit ihm umgehen muss. Mit Vladimir Putin dasselbe. Seine persönlichen Eins-zu-Eins-Begegnungen mit den Großen der Welt werden dafür sorgen, dass sich die meisten Probleme der Menschheit in Luft auflösen. Donald Trump hat es bis zur Spitze gebracht, indem er es auf seine Art gemacht hat. Warum sollte jetzt er an seinen Talenten zweifeln? Er wird es weiter so machen, das Land führen wie ein Popstar „*doing it my way*“.

### Was bedeutet das für die zukünftige Politik?

Diese Frage ist nach zwei Aspekten zu differenzieren. Zum einen: wie geht man um mit einem Präsidenten, der popkulturelles Verhalten zum Markenzeichen seiner Politik macht? Die andere, weit gewichtigere Frage ist: wird Popkultur sich festsetzen als Teil der politischen Kultur, oder ist sie nur eine temporäre Verirrung, die einer solch ungewöhnlichen Person wie Donald Trump anhängt und mit seinem Abtritt von der politischen Bühne ebenfalls wieder verschwindet?

Bevor wir uns der ersten Frage zuwenden, sollte noch einmal deutlich gemacht werden, was Popkultur in und für die Politik bedeutet. Man sollte sich nicht einfangen lassen von dem so unschuldig klingenden Wort Popkultur. Popkultur in der Politik stellt einen fundamentalen Umsturz alles dessen dar,

was das Wertesystem und das institutionelle Gerüst der Demokratie ausmacht. Und Trump, die Verkörperung von Popkultur, zeigt diese Umkehr in seinem Verhalten, seinen Äußerungen, seinen Handlungen: er praktiziert Politik in einer irrationalen, ichbezogenen, narzisstischen Weise und erklärt seine unberechenbare und sprunghafte Führung der Staatsgeschäfte zum neuen Wahrzeichen einer Politik der Stärke und der Staatskunst.

Seine Auftritte und Reden dienen nicht der Information oder gar Aufklärung der Bürger, sondern der Unterhaltung eines Publikums (Politik als entertainment). Statt eines rationalen Austauschs von Meinungen dämonisiert er seine politischen Gegner und hetzt seine Gefolgsleute gegen sie auf („sperrt sie ein“, der Schlachtruf im Wahlkampf gegen Hillary Clinton).

Mit seinen haltlosen Angriffen auf die Presse und die Justiz untergräbt er das Vertrauen des amerikanischen Volkes in diese Säulen der Demokratie.

Mit den Parteigängern der Republikaner als seinen unbeirrbar Gefolgsleuten ist er dabei, sich zu einem autoritären Führer aufzuschwingen, der das geradezu geheiligte System der „*checks and balances*“ und das Prinzip der begrenzten Macht aushebelt.

Indem er sein eigenen Tatsachen und Wahrheiten etabliert, schafft er eine separate Welt, die immun ist gegenüber Argumenten von außen. In einer Rede vor den „*Veterans of Foreign Wars*“ rief er aus (indem er gleichzeitig die Pressevertreter im Raum als „*Fake Press*“ bezeichnet hatte): „*Was Ihr seht und was Ihr hört, ist nicht das, was passiert*“. Ein Kommentator fühlte sich an einen Satz aus George Orwells 1984 erinnert: „*Die Partei hat Euch aufgefordert, das Zeugnis Eurer Augen und Ohren zurückzuweisen*.“

Diese Liste von Abweichungen von jeder politischen Norm dürfte deutlich machen, dass Popkultur in der Politik kein harmloses Spiel ist, sondern eine äußerst gefährliche Entwicklung für das Wohlergehen einer Gesellschaft. Aber sie kann nicht aufgehalten oder gar zurückgedreht werden mit konventionellen Mitteln. Man kann gegen Trump nicht mit den Waffen der Vergangenheit

angehen: rationale Auseinandersetzung, Bestreitung der Fakten, Demaskierung der Unwahrheiten, Aufklärung.

Das Beste wäre, ihm so wenig Aufmerksamkeit schenken wie möglich, einfach so viel wie möglich von dem, was er sagt und tut, einfach ignorieren, in der Hoffnung, dass das einzige Gesetz der Popkultur – nämlich dass es dem Volk gefällt – irgendwann sich gegen ihn wendet, weil die Leute endlich von seinen Sprüchen die Nase voll haben. Statt wie der Sender CNN Nacht für Nacht mit einer Reihe prominenter Fachleute jede Äußerung von ihm zu diskutieren, sollte sich die noch gesunde Hälfte der amerikanischen Bevölkerung darauf konzentrieren, auf die zahlreichen ernststen Probleme des Landes hinzuweisen, die jahrelang von der Politik vernachlässigt worden sind und in der Trump-Regierung nur noch weiter verschärft werden.

Die Kongresswahlen haben eine zarte Hoffnung aufblühen lassen, dass zumindest der Weg zu einem autoritär geführten Staat blockiert wurde, indem sie Präsident Trump seine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses beschnitten haben. Es bleibt abzuwarten, wie weit damit die bereits weit fortgeschrittene Erosion des demokratischen Prozesses aufgehalten wird.

Das bringt uns zu der zweiten Frage: Wird Popkultur als Politik mit Trump verschwinden? Wie gesagt, ist der Erfolg Trumps im Umsturz der politischen Ordnung nicht dem grandiosen Einsatz eines Revolutionärs zu verdanken. Er passierte eher zufällig. Trump attackierte die geltende Ordnung mit seinem popkulturellen Verhalten und, möglicherweise zu seinem eigenen Erstaunen, sie gab nach, sie brach ein, weil sie innerlich ausgehöhlt war. Popkultur hat nun eine Basis in der Politik gefunden, und es ist inzwischen offensichtlich, dass Trump eine Menge Gefolgsleute gefunden hat, die nicht nur politisch mit ihm übereinstimmen (wie nahezu alle Republikaner im Kongress), sondern auch seinen Stil übernommen haben:

Nur ein paar Beispiele:

- Der Ausdruck „fake news“, den Trump geprägt hat, ist inzwischen zu einem Allgemeinbegriff geworden und wird nach Belieben als Argument (oder besser: statt eines Arguments) verwendet, wenn man

nicht übereinstimmt mit der Ansicht eines anderen.

- Trump hat es fertiggebracht, Twitter als ein gültiges Kommunikationsinstrument in einer Demokratie zu etablieren – indem er die gesunkene Aufmerksamkeitsspanne von Menschen bedient, die in einer popkulturellen Atmosphäre aufgewachsen sind.
- Seine vulgäre und brutale Sprache, von der man sich anfangs abgestoßen fühlte und die als Gossensprache nicht geeignet schien für die Auseinandersetzung auf politischem Niveau, beginnt langsam, aber unaufhaltsam Akzeptanz zu finden als neuer politischer Stil.
- Seine erfolgreiche Usurpation der republikanischen Partei, die er sich gefügig gemacht hat, indem er ihr das lieferte, was ihre politischen Herzensanliegen waren, hat ihm eine nahezu unbegrenzte Machtfülle gegeben, wie sie im krassen Gegensatz zu Geist und Text der Verfassung steht.

Dies sind keine Abweichungen von normalen politischen Prozeduren, das ist ein formaler Bruch mit der Vergangenheit. Die Art und Weise, wie Politik jetzt betrieben und erfahren wird, hat eine völlig andere Dimension. Da die Popkultur besonders in den USA ein so fest eingewurzelter Aspekt des modernen Lebens ist, der nahezu alle Teile der Gesellschaft durchzieht, warum sollte sie jetzt verschwinden aus der Politik, wo sie eine Basis hier gefunden hat und die akzeptierte Form der Politik des Präsidenten geworden ist? Die einzige Hoffnung, dass die Popkultur trump'scher Prägung nicht die Politik der USA auf Dauer dominieren wird, besteht darin, dass in der nahen Zukunft eine popkulturelle Bewegung auf der Linken entsteht.

Sie müsste sich befreien – so wie Trump es machte „his way“ – von Hemmungen und Befürchtungen, dass ihre radikalen Positionen zu liberalen Werten, zu einem Wohlfahrtsstaat, zur Besteuerung großer Vermögen, zur Sorge für die Umwelt und vielen anderen politischen Themen, einigen Segmenten ihrer Anhänger zu progressiv erscheinen könnten, und sich klar und deutlich zu ihren Prinzipien für eine gerechte und offene Gesellschaft mit gleichen Chancen für jedermann bekennen. Das würde in der Tat eine wirklich populäre Politik sein, orientiert an den Bedürfnissen und ausgerichtet auf die Nöte und Wünsche des Volkes.

Ich sehe das tatsächlich schon im Entstehen in der Bewegung der Demokraten, die sich abgewandt haben vom bisherigen demokratischen Establishment und als „Democratic socialists“ sich aktiv und mit viel Energie einsetzen für eine neue Form und einen neuen Inhalt von Politik – aus dem Volk heraus, durch das Volk und für das Volk – die einzig wahre politische Popkultur. 🌊

#### Zum Autor

Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

#### Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (*in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen*). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>



Online bei uns zu bestellen:

[https://shop.humane-wirtschaft.de/werner\\_peters\\_generositaet](https://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet)  
oder per Bestellkarte hinten in dieser Ausgabe.

# Der Fluch der Globalisierung

Gero Jenner



*Ich lebe in Puch bei Weiz, einem kleinen Dorf in der Steiermark. Mancher Tourist, der seine Ferien hier verbringt, wird den Ort als verträumt bezeichnen, obwohl die Menschen hier keineswegs müßige Träumer sind, sondern im Gegenteil überaus arbeitsam. Das macht sich auf angenehme Weise bemerkbar: Häuser und Gärten sind gepflegt und zeugen von Wohlstand, die Abwesenheit von äußeren Umgrenzungen wie Hecken und Mauern lässt auf gute Nachbarschaft schließen. Gerade die einfachen Leute pflegen hier besonders freundlich und zuvorkommend zu sein. Fremden gegenüber herrscht Toleranz, was mir und meiner Familie zugute kam, als ich mich gegen Ende der Achtzigerjahre entschloss, Berlin zu verlassen und meinen Wohnsitz hier aufzuschlagen – etwa 40 km von Graz entfernt, der nächsten größeren Stadt.*

## Wohlstand ist hier keinesfalls selbstverständlich.



Noch bis vor einem Dreivierteljahrhundert liefen die Kinder barfuß zur Schule. Knechte und Mägde, die es heute längst nicht mehr gibt, waren allgegenwärtig und führten ein nicht nur ärmliches, sondern erbärmliches Leben. Eine heute achtzigjährige Nachbarin, deren Bruder im Krieg gefallen war, hatte als Kind noch den Ochsen zum Pflügen auf das Feld führen müssen. Dennoch reichte die Arbeit auf dem eigenen Grund gerade aus, um die Menschen nicht verhungern zu lassen. Niemand hier würde der „guten alten Zeit“ nachtrauern. Denn alles hat sich danach innerhalb weniger Jahrzehnte

grundlegend geändert: Man möchte sagen, die alte und die neue Zeit haben nichts mehr miteinander gemein.

Wenn ich mir vorstelle, die ganze Menschheit könnte in verträumten Dörfern leben, aber mit modernem Komfort, dann wäre das ein optimistischer Ausblick. Dann hätten wir Grund, mit unserem Leben zufrieden zu sein, denn hier scheint alles auf Dauer, auf leidliche Zufriedenheit und selbst auf Schönheit angelegt. Niemand käme hier auf den Gedanken, die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen, nach einem neuen Menschen zu rufen oder gar eine blutige Revolution zu beginnen. Zwar ist die Mehrheit mit ihrem Los heute sowenig zufrieden wie sie es in der Vergangenheit war, denn jeder bemisst seinen eigenen Stand und Vorteil an dem seiner Nachbarn, und da es stets jemanden gibt, dem es besser geht, sind dem eigenen Wünschen und Hoffen keine Grenzen gesetzt. Aber das sind die üblichen Geschichten von Neid und Konkurrenz, die seit Anfang der Welt bestehen und wohl auch nur mit ihrem Ende aufhören werden.

## Dennoch trägt die Idylle.



Schon vor Jahren hatte Helmut Schmidt mit Staunen vermerkt, dass die deutsche Landwirtschaft mit einem Betrag subventioniert wird, der ziemlich genau ihrer Wertschöpfung entspricht – ohne diese staatliche Hilfe wäre sie nicht überlebensfähig. Anders gesagt, ist es der Industriestaat Deutschland, der sich eine Landwirtschaft leistet, die es nicht mehr geben

würde, wenn die Bauern ohne diese Hilfe auskommen müssten. Man muss es in aller Deutlichkeit sagen, deutsche und österreichische Landwirte würde es kaum mehr geben, wenn die Industrie beider Länder nicht so leistungsstark wäre, dass sie den Bauern durch entsprechende Subventionen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ermöglicht. Dennoch versucht man, die Last zu reduzieren, indem man die kleinen bäuerlichen Betriebe dazu zwingt, sich zu immer größeren Zusammenschließen. Die Folge: Felder, die sich bis an den Horizont ausdehnen, und industrialisierte Massentierhaltung.

Wo beides nur schwer möglich ist, wie in der Bergregion, wo ich lebe, erobert sich der Wald weite Gebiete zurück, die einst bewirtschaftet wurden. Postämter schließen, Gemeinden und Polizeistationen werden zusammengelegt, öffentliche Verkehrsmittel stellen die Fahrten ein. Neuerdings verschwinden auch die Gasthäuser, die für das kommunale Leben noch bis vor kurzem von großer Bedeutung waren. In den kleineren Ortschaften bietet sich ein Anblick der Trostlosigkeit, da die Geschäfte reihenweise veröden. Die Menschen wandern in die größeren Städte ab. Das Land ist zwar nach wie vor schön, es macht immer noch den Eindruck bürgerlicher Wohlhabenheit, aber seit etwa zwei Jahrzehnten trat hier die Wende ein: Die Idylle befindet sich in einem gar nicht mehr so schleichenden Prozess der Entvölkerung.

## Das Selbstvertrauen der hiesigen Menschen

beruhte auf dem durchaus realen Gefühl, Herren ihres eigenen Schicksals zu sein. Dank ihres Fleißes haben fast alle (einschließlich der ehemaligen Knechte und Mägde) ihr eigenes Dach über dem Kopf und führen ein nicht nur gesichertes, sondern ein Leben, das im Vergleich zur Vergangenheit geradezu opulent anmutet. Dieses elementare Selbstvertrauen in den Erfolg der eigenen Leistung und Kraft ist heute nur noch in Teilen Europas und auch im reichen Norden nur noch in begünstigten Schichten der Bevölkerung zu finden. Das Selbstvertrauen ist abgewandert, es wurde ausgelagert in die aufstrebenden Staaten Asiens, vor allem nach China und Indien. Dort erleben die Menschen gegenwärtig, was bei uns nicht nur abgeschlossen, sondern in Teilen Europas sogar rückläufig ist, nämlich die Erlösung der Bevölkerungsmehrheit aus Jahrtausenden von Armut und Abhängigkeit.

## Warum ist den Menschen im Westen der Optimismus abhandengekommen?

Weil nicht nur die Landwirtschaft uns eine verblässende Idylle vor Augen hält, sondern – viel gefährlicher für die Zukunft – auch die Industrie, die doch die Basis unseres Aufstiegs und Reichtums ist. Die größten im Dax registrierten Konzerne Deutschlands sind längst nicht mehr Eigentum der einstigen Deutschland AG (also der führenden deutschen Banken), inzwischen gehören sie zu mehr als der Hälfte einer Internationale der Gläubiger. Die kann ihren Aktienbesitz jederzeit abstoßen und dadurch entwerten, wenn der Standort Deutschland (oder Österreich) nicht den verlangten Profit beschert. Dieser Fall ist jedenfalls dann gegeben, wenn Arbeiter und Angestellte zu hohe Löhne fordern oder der Staat eine in ihren Augen zu teure Wohlfahrts-, Bildungs- oder Gesundheitspolitik betreibt. Industrien wandern dann nicht nur in den Osten Europas ab, sondern oft verlassen sie den Alten Kontinent überhaupt. Der Staat steht solchen Entscheidungen ohnmächtig gegenüber, weil börsennotierte Unternehmen das Privateigentum ihrer Shareholder sind.

## Ulrike Herrmann, ein Shootingstar in der modeanfälligen Wirtschaftspublizistik

hat dazu andere Vorstellungen. Sie demonstriert mit ihren Thesen, dass es nicht nur populistische Politik, sondern auch eine populistische Wissenschaft gibt – jedenfalls in der immer schon für alle möglichen Ideologien anfälligen ökonomischen Theorie. Sie fordert eine Politik höherer Löhne wie andere höhere Renten, kürzere Arbeitszeit oder längeren Urlaub. Bravo! Die Botschaft ist einfach und leuchtet ein. Schließlich wird kein vernünftiger Mensch daran zweifeln, dass eine höhere Entlohnung vor allem des am schlechtesten gestellten Bevölkerungsteils oder dessen aktive Unterstützung, sofern ersonnen Armut bedroht ist, das Hauptanliegen einer auf sozialen Ausgleich bedachten Politik sein sollte. Eine Vielfalt von Untersuchungen belegt, dass eine in Arm und Reich zerfallende Gesellschaft der Nährboden für extreme Ideologien bis hin zum sozialen Aufruhr ist. Ein Populist kann gewiss sein, mit solchen Forderungen ein breites Publikum anzusprechen, weil die wenigsten danach fragen, ob ihre Verwirklichung unter den herrschenden Bedingungen überhaupt möglich ist. Die derzeitige italienische Regierung aus Politamateuren ist gerade im Begriff, ein Lehrstück in Sachen Realitätsblindheit zu zelebrieren. Während man das fehlende Geld zusammenkratzt, um ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine Flat Tax zu finanzieren, erhöhen die internationalen Anleger, in deren Händen sich die enormen Staatsschulden des Landes konzentrieren, den Risikoaufschlag, sprich die Zinsen. Dieser Aufschlag droht in kurzer Zeit so hoch zu werden, dass er ein Loch in das Budget reißt, das größer sein wird als die projektierten Wohltaten an die Armen des Landes.

## Deutschland und Österreich

liegen aufgrund ihres Erfindungsreichtums und ihrer Ingenieurskompetenz weit vor Italien, aber in wesentlicher Hinsicht gleichen sie dem südlichen Nachbarn. Die Internationale der Gläubiger bestimmt auch in ihrem Fall, wie weit die Wohltaten des Staates und die der Unternehmen (Löhne) gehen dürfen. Die Nationen Europas sind durch-

aus frei, wenn es darum geht, in die Extreme von Rechts oder Links abzuweichen. Antisemitismus und Fremdenhass oder umgekehrt Toleranz und demokratische Umgangsformen – die Gamme der Möglichkeiten zwischen Orban und Merkel wird hier nach wie vor auf nationaler Ebene bestimmt. Aber gerade dort, wo es um die materielle Wohlfahrt der Bevölkerung geht, ist jedes europäische Land zum bloßen Standort herabgekommen, dessen Schicksal nicht mehr dem eigenen demokratischen Willen gehorcht, sondern von außen bestimmt wird. Ulrike Herrmann hat recht, wenn sie nach einem stärkeren Staat ruft, der die Belange der Globalisierungsverlierer vertritt. Das Problem ist nur, dass in Deutschland wie Österreich beide Volksparteien der wirtschaftlichen Fremdbestimmung tatenlos zugesehen haben und die neoliberale Kommission an der Spitze Europas sie bis heute aktiv befördert.

## Der deutsche Kanzler Gerhard Schröder

hatte diese Fremdbestimmung viel klarer als die blauäugigen Populisten erkannt und daraus die Konsequenz gezogen. Bevor er die Agenda 2010 durchsetzte, galt Deutschland als Patient, genauer als „kranker Mann Europas“. Schröder entschloss sich zu einer Schrumpfkur für den Sozialstaat, d.h. er verbilligte ihn. Die Internationale der Gläubiger (welche über den größten Teil der Staats- wie der Unternehmensschulden verfügt) dankte es ihm. Danach ging es mit der deutschen Wirtschaft wieder bergauf. Unter den herrschenden Bedingungen der Abhängigkeit tat Schröder zweifellos das Richtige im rechten Moment. Er war nur leider der falsche Mann von der falschen Partei. Bis heute haben ihm die Sozialdemokraten nicht verziehen, dass es ein Kanzler des linken Lagers war, der den ersten Schritt zur Demontage der größten linken Errungenschaft, des Sozialstaats, vollzog. Schröder hat der deutschen Wirtschaft geholfen, aber der Sozialdemokratie ein Vermächtnis hinterlassen, das sehr wohl ein Todeskuss gewesen sein könnte.

Populismus besteht in der Unterdrückung von Fakten, wenn diese dem Wunschenken widersprechen. Selbst Wirtschaftswissenschaftler wie Heiner

Flassbeck und in seinem Gefolge Ulrike Herrmann haben sich bis zum heutigen Tag nicht zu einer offensichtlichen Erkenntnis durchringen können: Durch ihre Abhängigkeit von der Internationale der Gläubiger haben sich die Staaten des Westens in eine Falle begeben, aus der bloßes Wunschdenken sie nicht hinauszuführen vermag. Nicht einmal Forderungen von so elementarer Art wie eine höhere Besteuerung internationaler Unternehmen vermag der Einzelstaat durchzusetzen.

### Die Abhängigkeit war von langer Hand vorbereitet



Gerade die erfolgreichen Industriestaaten haben auf immer mehr ausländische Ressourcen zugegriffen. Öl und Gas werden weiterhin in wachsenden Mengen in die westliche Welt geschleust (nur die Vereinigten Staaten sind aufgrund heimischer Schiefergasförderung inzwischen in einer besseren Position). Bald genügte die eigene industrielle Produktion nicht mehr, um die Forderungen der Öl- und Gasförderländer zu begleichen, vielmehr war man gezwungen, ihnen immer größere Anteile an der eigenen Wirtschaft (den Aktien der führenden Unternehmen) einzuräumen – mit anderen Worten, ein immer größeres Mitspracherecht. Ich habe in früheren Schriften für eine Befreiung von dieser Abhängigkeit plädiert („Energiewende“, Popyläen). Ein solarversorgtes Europa könnte sich wieder zum Souverän der eigenen Wirtschaft machen. Doch das ist kein einfacher Schritt, denn er läuft den Interessen der Industrie zuwider, weil er ihrem Expansionsdrang Grenzen setzt. Über solche Vorschläge wird daher bis heute nur milde gelächelt. Ich habe deshalb gleichfalls vorausgesagt, dass an eine Eindämmung der Globalisierung nicht zu denken wäre, solange die USA, bis vor kurzem deren treibende Kraft, sich einer solchen Entwicklung entgegenstemmen.

### Inzwischen ist genau diese Kehrtwende eingetreten: die USA werden protektionistisch



Allerdings nicht etwa deshalb, weil die Wirtschaftstheoretiker eine neue Theorie aufgestellt hätten. Kapital sollte dort angelegt werden, wo es die besten Resultate erzielt – diese Textbuchwahr-

heit wird heute so wenig angezweifelt wie in der Vergangenheit, zumal ihr die Wirklichkeit ja weitgehend recht gibt. Auf diese Weise sind erst die Tigerstaaten und inzwischen auch die beiden Milliardenreiche Indien und China, vor allem Letzteres, zu einem verblüffenden Aufschwung gelangt. Was die staatlich betriebene Entwicklungshilfe niemals schaffte, das hat der private Kapitalismus gleichsam über Nacht bewirkt, indem er Technologien und Investitionen in Strömen dorthin fließen ließ, wo Menschen die Bereitschaft aufbrachten, unter härtesten Bedingungen und zu niedrigsten Löhnen zu ihrem eigenen Vorteil und für den ihres Landes zu arbeiten.

In einer idealen Welt könnte dies eine *Win-Win*-Situation für alle Beteiligten sein, in der Welt, wie sie ist, liegen Vorteil und Verlust weit auseinander. Wirtschaftstheoretiker pflegen Komplexität auszublenden, wenn sie in Widerspruch zu den schönen Formeln geraten. Die Amerikaner haben einen Großteil ihrer produzierenden Industrien ausgelagert – und mit ihnen die Technologien, denen das Land seinen Vorsprung und seinen Reichtum verdankt. Inzwischen ist ihnen bewusst, dass es allenfalls zwei, drei Jahrzehnte dauern wird, bis sie auf sämtlichen Gebieten (selbst dem militärischen) ihre globale Vormachtstellung verlieren, wenn die Entwicklung weiterhin so verläuft wie in den vergangenen Jahren. In China schießen neue Industrien in unaufhörlicher Folge aus dem Boden; China erweitert seine militärische Präsenz zu Land, auf dem Wasser und in der Luft, inzwischen ist es zu einer Weltraummacht geworden und zur Werkbank der ganzen Welt. Der atemberaubende Aufstieg dieses Landes steht in grellem Kontrast zu den Vereinigten Staaten, wo die einst führenden Industrien als traurige Rostgürtel den Amerikanern das mittelalterliche Gespenst des „*Memento mori*“ vor Augen führen. Wie jedermann wissen sollte, hat sich China noch bis vor kurzem mit hohen Zollbarrieren gegen ausländische Industrieimporte geschützt – es war das protektionistische Land -, während in führenden amerikanischen Supermarktketten wie Walmart ganze 90 Prozent des Angebots aus dem fernen Osten stammen. In Europa könnte es bald ähnlich sein, denn dorthin exportiert China inzwischen mehr Waren als in die USA.

Der eigentliche Unterschied zwischen den beiden Ländern besteht aber darin, dass das autokratische bis diktatorische China die große Masse der Armen aus ihrer Misere erlöste; deswegen revoltieren sie nicht gegen die Gängelung von oben, sondern sind mit dem Regime weiterhin einverstanden. Die US-amerikanische Elite hat es dagegen fertiggebracht, die Stellung der Mittelschicht zu erschüttern, sodass viele fürchten, in die Armut abzudriften. Deshalb sind die demokratischen Vereinigten Staaten heute von innerem Zerfall bedroht.

### Donald Trump ist in vieler Hinsicht ein Unglück für sein Land



und könnte es für die übrige Welt gleichfalls werden, aber eines hat er schärfer erkannt als die meisten seiner Rivalen: den Niedergang seines Landes. Seine Forderung „*America first*“ soll dazu dienen, diesem Missstand abzuhelpfen. Die Politik des Protektionismus stößt bei einer Mehrzahl von Amerikanern auf Zustimmung – auch im oppositionellen Lager. „*Viele Demokraten tendieren zum Protektionismus, auch wenn sie das nicht so offen sagen... Bernie Sanders, wäre er Präsident, würde, so der Harvard Professor Kenneth Rogoff, „nicht anders handeln.“*<sup>[1]</sup>

Was dieser Mann, der die Wahrheit nach Belieben verfälscht, wann immer sie ihm nicht passt, geflissentlich unterschlägt, ist freilich die Tatsache, dass die Deindustrialisierung der Vereinigten Staaten nicht das Werk feindseliger auswärtiger Kräfte ist, sondern von der wirtschaftlich-politischen Elite des Landes zum eigenen Vorteil betrieben wurde. 1991 wurde sie von Robert Reich in „*The Work of Nations*“ erst theoretisch abgesegnet, bevor der „*Washington Consensus*“ dann etwa zur gleichen Zeit eine offiziell gebilligte Heilslehre daraus machte. Amerikanische Unternehmen und ihre Gläubiger hatten entdeckt, dass sie außerordentlich viel mehr Profit machen konnten, wenn sie Produkte nicht mehr im eigenen Hochlohnland herstellen ließen, sondern sie in Billiglohnländer herstellen ließen. Auch für Europa hatte das ernste Konsequenzen. Nachdem die Amerikaner mit dieser Politik begon-

<sup>1</sup> Kenneth Rogoff in einem dem Handelsblatt vom 12. Oktober 2018 gegebenen Interview.

nen hatten, sah man sich hier gleichfalls zur Auslagerung gezwungen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

Die Wirkung war dieselbe wie in den USA: Amerikanische und europäische Arbeiter verloren ihre Posten an die Arbeiter in Fernost, die ihre Arbeit viel billiger verkauften. In den Staaten des Westens hat sich die Schere von Arm und Reich seitdem immer weiter geöffnet.

### Ulrike Herrmann hält eine einfache populistische Lösung parat

ähnlich derjenigen, wie sie derzeit von Italiens Politamateuren unter Triumphgeheul praktiziert wird: Lasst uns mehr Geld ausgeben! Lasst uns die Internationale der Gläubiger schlicht ignorieren! Ich pflichte Frau Herrmann bei, dass es einer grundlegenden Wende bedarf, und zwar auch in Deutschland, das im Augenblick noch so erfolgreich ist. Die deutsche Autoindustrie, die mit ihren großartigen Ingenieursleistungen in

den letzten Jahrzehnten so viel für den Reichtum des Landes tat, steht heute an einem Scheideweg. Benzin und Dieselaautos darf es in spätestens zehn bis zwanzig Jahren nicht mehr geben. Der Klimawandel lässt den fossilen Potlatsch nicht länger zu. Aber Elektroautos sind technologisch vergleichsweise primitiv, das können andere Länder genauso gut wie die Deutschen. Da diese die Forschung an Batterien, wo sie einst führend waren, inzwischen so gut wie aufgegeben haben, können andere es vermutlich sogar besser.

### Das sind Domsday-Reflexionen

Höhere Löhne für die benachteiligten Schichten wären das Gebot der Stunde, ebenso eine größere Handlungsfreiheit des Staates, die dazu die Voraussetzung bildet. Doch dazu müssten wir auf europäischer Ebene unsere Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen (aus dem Nahen Osten und aus Russland) zunächst einmal drastisch reduzieren. Anders gesagt, ist keine ernsthafte

Wende zu erwarten oder auch nur möglich, solange Europa nicht in möglichst kurzer Zeit den Übergang von fossiler zu solarer Energie betreibt. Die bisherigen Schritte auf diesem Weg sind, wie jeder wissen sollte, ganz und gar ungenügend.

So bleibt mir nichts anderes übrig, als die schöne Fassade einer Idylle zu genießen, die heute immer noch besteht und uns eine beinahe heile Welt vorgaukelt. 

Zum Autor  
Dr. Gero Jenner



Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>

## Elektronisches Bargeld

### Schweden startet Pilotprojekt

Die Redaktion

In der schwedischen Wirtschaft spielt Bargeld nur noch eine untergeordnete Rolle. Nur wenige Schweden nutzen es zur Zahlung. Im Einzelhandel sank der Anteil der Bargeldzahlung im Zahlungsverkehr auf 13%. Die verschiedenen Formen der Kartenzahlungen oder digitaler Zahlungsmittel sind angesehener. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der Anteil der Barzahlung im Handel bei rund 80%, gemessen an der Zahl der Transaktionen. Die Schwedische Reichsbank entschloss sich deshalb, auf die zurückgehende Beliebtheit des gesetzlichen Zahlungsmittels zu reagieren. Ab 2019 werden im Rahmen eines über zwei Jahre laufenden Pilotprojekts elektronische Geldbörsen getestet. Die freiwillige Abhängigkeit von Banken und Zahlungssystemanbie-

tern, in die man sich bei Kartenzahlungen oder E-Cash-Systemen bringt, wird auch bei der E-Krone vonnöten sein, denn diese staatliche Kryptowährung wird wie eine Prepaid-Geldkarte aufgeladen werden müssen. In Schweden haben, wie überall, nur Geschäftsbanken ein Konto bei der Reichsbank. Die Anonymität beim Bezahlen ist weltweit eines der bedeutsamsten Motive für die Nutzung von Bargeld. Mit der E-Krone wird das mit Einschränkungen gewährleistet sein. Zahlungen unter einem Gegenwert von 250,- € bleiben anonym. Die Schaffung dieser Grenze – ab 2020 soll sie auf 150,- € sinken – führt zu berechtigten Zweifeln an der Nichtverfolgbarkeit der Zahlungsvorgänge. Ob am Ende des Pilotprojekts die totale Abschaffung von Bargeld

durchgeführt werden wird, bleibt abzuwarten. Vieles wird vom Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer abhängen. Letzteres ist der Hauptgrund, weshalb weder in der EZB und erst recht nicht in der Deutschen Bundesbank über das Ende des Bargelds öffentlich und mit ernstesten Absichten gesprochen wird. 



# Als Finanzminister hatte ich Hunger – als Mönch bin ich satt<sup>[1]</sup>

**Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.**

1 Silvio Gesell aus dem Gefängnis Stadelheim in einem Brief an Jenny Blumenthal, 3. 6. 1919, Gesammelte Werke, Band 12

Aus Wikipedia: „Im April 1919 wurde Gesell von Ernst Niekisch in die Revolutionsregierung der Münchner Räterepublik nach München gerufen. Diese bot ihm zunächst einen Sitz in der sogenannten Sozialisierungskommission an und ernannte ihn – nach einem Vorschlag Erich Mühsams und Gustav Landauers – kurze Zeit später zu ihrem ‚Volksbeauftragten für Finanzen‘ mit Sitz in München. In dieser Zeit arbeitete Gesell mit dem Jura-Professor Karl Polenske von der Universität Greifswald sowie mit dem schweizerischen Arzt und Mathematiker Theophil Christen zusammen. Seine Amtszeit dauerte allerdings nur sieben Tage. Nach dem blutigen Ende der Räterepublik wurde Gesell inhaftiert. Dort teilte er die Zelle mit dem Dichter Gusto Gräser, dessen Revolutionsschrift er finanzierte. Nach mehrmonatiger Haft wurde er im Juli 1919 in einem Hochverratsprozess vor einem Münchner Standgericht aufgrund seiner Selbstverteidigungsrede freigesprochen.“

[https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio\\_Gesell](https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell)

## Aus dem Geleitwort zu Band 12 der Gesammelten Werke Silvio Gesells

Am 9. Juli 1919 sprach das Standgericht ihn, Theophil Christen und Karl Polenske von der Anklage des Hochverrats frei. Die Verteidigung hatte der Rechtsanwalt Dr. Gundelwein übernommen, auf dessen Anraten Gesells Verteidigungsrede nicht vor Gericht gehalten wurde. Sie erschien zusammen mit dem Verhandlungsbericht in der Broschüre „Die Freiwirtschaft vor Gericht“ von Richard Hoffmann. Rolf Engert hat weitere Einzelheiten der Verhandlung und der vorausgegangenen Haftzeit überliefert. [Richard Hoffmann, *Die Freiwirtschaft vor Gericht*, Erfurt 1920. Rolf Engert, *Silvio Gesell in München 1919, Hann.-Münden 1986.*] Im Staatsarchiv München ist zudem die Prozessakte erhalten geblieben. –

## Zitate aus der Verteidigungsrede Silvio Gesells:

**Shylock: Dies ist der Narr, der Geld umsonst auslieh! Acht auf ihn, Schließer!**

Meine Stellung zum Staat, soweit sie Bezug hat zur Anklage wegen Hochverrats, ist folgende: Ich erkenne ohne weiteres jede Macht an, die mich in den Straßen der Hauptstadt verhaften kann, mich mit Revolvern und Gewehrkolben bedroht, die das Volk zu Gewalttaten gegen mich aufhetzt, die es duldet, daß man mich mißhandelt, bespuckt, beschimpft, und die mich sodann einkerkert.

Solche Macht ist für mich unbedingt gültig und bleibt es solange, bis eine andere Macht mich mit Handgranaten und Minen oder sonstwie befreit.

Der König ist tot, hurra! So lebe der König!

Weil das meine Ansicht über die Rechtmäßigkeit einer Regierung ist, konnte ich am 7. April, als ich mit der Ernennung zum Volksbeauftragten überrascht wurde, mir sagen: So weit ich sehe, um mich herum, liegt die Macht in den Händen der Räteregierung. Möglich daß diese Regierung heute abend schon durch eine andere ersetzt wird. Das kostet ja nicht viel, es geht ja so unblutig, ich möchte sagen gemütlich zu. Ein Leutnant und zehn Mann würden allem Anschein nach genügen.

Die urstoffmäßige Unordnung ist zu groß, als daß das Regierende sich zu dem nötigen Kraftwirbel verdichten und der Regierung Richtung und Arbeitsziel vorschreiben könnte. **Außerdem drängt die Zeit zu Taten.**

Als ich mich am 7. abends ins Wittelsbacher Palais begab – es war das erste Mal –, um nach Herrn Niekisch zu fragen, wußte ich nicht, daß etwas Besonderes geschehen sei. Niekisch sagte mir, er habe mich für die Finanzen vorgeschlagen, und ich nahm die Wahl an. Gleichzeitig teilte er mir mit, daß Landauer, der meine Bestrebungen kannte und von dessen Anwesenheit

ich erst jetzt etwas erfuhr, die Wahl unterstützte.

Warum nahm ich die Wahl an? Sehnte ich mich nach dem Posten? Was konnte er mir bieten! Volksbeauftragter einer Räteregierung zu sein, deren Ziel wahrscheinlich meinen Bestrebungen geradewegs widersprach. Auf alle Fälle: Es war weder Sehnsucht nach der Büroluft, noch die Hoffnung auf Lohn. Diesen habe ich nicht nötig, und die Rolle, die ich in der Freiland-Freigeld-Bewegung spiele, scheint mir unendlich viel wichtiger als die eines von der Partei beherrschten kleinen Ministers. Im Deutschen Freiland-Freigeld-Bund wird nicht geflickt; dort arbeitet man an den Grundquadern des gewaltigsten Werkes aller Zeiten, und alle, die wir da arbeiten, sind uns dessen voll bewußt. Der Finanzminister Bayerns ist ein gar kleiner Mann, verglichen mit dem geringsten Maurergesellen an unserem Freiland-Freigeld-Dome.

Ein Gemisch von vielen Trieben bewog mich anzunehmen. Als "provisorisch" war ich ernannt, und als vorläufige Aufgabe betrachtete ich das Amt. Erstens hatte ich Wichtigeres zu tun, und dann war es mir unklar, in welche Richtung nun die Regierung durch die sogenannten souveränen Massen gedrängt werden würde. Immerhin, ich fühlte mich stark, sofern man mich arbeiten ließ, um in kurzer Zeit und in großen Zügen den Plan zur Neuordnung der bayerischen Finanzen zu entwerfen und so ein Muster für alle deutschen Bundesstaaten wie auch für die Reichsfinanzen zu schaffen. Außergewöhnliche Aufgaben waren zu erfüllen. Mit den bekannten Mitteln, mit Zigarettensteuern und dergleichen kam man da nicht aus. Die Ausgaben waren zwanzigfach, die Währung vollkommen verpfuscht, alle Warenpreise durch die Blockade und die Höchstpreispolitik aus ihrer natürlichen Rangordnung gerissen. Für die Entente müssen Auslandswerte, Devisen, viele Milliarden, aufgetrieben werden ohne Gegenleistung. Die Krieganleihen müssen verzinst werden. Der Zinsfuß stieg, und eine weitere starke Steigerung ist zu erwarten. Das bedeutet einen Kursrückgang aller festverzinslichen Papiere, der Krieganlei-

hen, in denen die Aktiven der Banken der kleineren Gewerbetreibenden angelegt sind. Diese 200 Milliarden kann man gestrost als schwimmend betrachten. In Berlin, von der Reichsbank, war nichts Gutes zu erwarten: dort lebt man noch ganz im Goldwahn, der von den Geldfürsten genährt wird. Dort hat man noch nichts gelernt. Der mit dem Goldwahn zusammenhängende Plan eines Abbaues der Papiergeldflut, der Inflation, und zwar eines langsamen, allmählichen Abbaues, auf den Havenstein sich immer noch, wie es scheint, etwas einbildet, steht noch unerschüttert vor der Gesamtheit der Gewerbetreibenden. Dieser Abbau aber bedeutet m. E. die wirtschaftliche Not, die wirtschaftliche Eiszeit, – unser aller Untergang. Dagegen mußte angekämpft werden wie gegen die Pest.

Für die sichere Leitung der Finanzen größer wie kleiner Staaten kommen die Gesetze des Zinses, des Geldes, des Wertverhältnisses zum Ausland, des sogenannten Schutzzolles, der Wirtschaftstörungen, der Arbeitslosigkeit, der Börsenmachenschaften, der Grundrente, des Wertzuwachses, der Bodenpreise usw. in Betracht, d. h. wenn sie überhaupt gelten.

Also nicht etwa irgend eine Wirtschaftslehre, von denen 12 aufs Dutzend gehen, keine graue Theorie, sondern die eine, die richtige lichtsprühende Theorie. Diese eine in Betracht kommende Lehre, die findet sich jedoch nicht so von ungefähr überall, wo man sie sucht.

Wenn also die Finanzminister auf die Benutzung der Wissenschaft bislang gänzlich verzichteten, so hat das seinen guten Grund. Es war eine unfruchtbare Wissenschaft; sie galt allgemein als das Schwerstverständliche, was der im Dunkel irrende Menscheng Geist zu Tage gefördert hat. Bekannt ist das Wort Beaconsfields: "Nichts hat mehr Verrückte gemacht, als die Liebe und die Währungsfrage." Dasselbe hätte man aber von jedem Sondergebiet dieser Wissenschaft sagen können.

### **„Es schlägt der Blitz befreiender Gedanken**

#### **Krachend in Mammons Tempel ein“**

sagt G. Blumenthal. Drei Zeitschriften vertreten die Freiland-Freigeld-Sache. Ich greife das Kapital nicht mit Gewalt an – mit Streik und Betriebshemmung, mit Sabotage. Ich greife es mit der einzigen Waffe an, die dem Proletariat angeboren ist, mit der Arbeit. Indem ich den Massen unverdrossene, ungehemmte,

durch die frohe Siegeshoffnung geförderte Arbeit empfehle, bringe ich den Götzen Zins zur Strecke. In einem Meer neuen Kapitals will ich den Zins ersäufen.

Freilich gehe ich auch scharf gegen die vor, die bisher dem Arbeiter den Gebrauch dieser Waffen verwehrt, die Schatzhaber (Kapitalisten), die den uralten Kniff anwandten, mit ihrem Gelde zurückzuhalten, sobald unter dem Drucke fleißiger, ungestörter Arbeit der Zinsfuß zu sinken begann.

Diesen seit 4000 Jahren immer von selbst einsetzenden künstlichen Hemmungen der Gütererzeugung, die man Krise nennt, mache ich ein Ende. Ein für allemal Schluß mit dem Zurückhalten des Geldes! Die Gütererzeugung soll dem Geldzins nicht mehr unterworfen werden. Die Arbeiter sollen nicht mehr bataillonsweise arbeitslos herumlungern, – bloß weil die Geldmacht es so zum Schutze des Zinses befiehlt. Diese Geldmacht wird durch das Freigeld gebrochen. Den Zins, den Mehrwert nach Marx, löse ich auf, und das Lösungsmittel ist der Schweiß der Arbeiter, die nicht mehr gegen ihren Willen der Arbeitslosigkeit verfallen sollen. In 10 bis 15 Jahren wird das Ziel erreicht sein.

Sang der Marxist: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“, so sage ich: „Alle Räder müssen laufen, soll das Kapital ersaufen.“

Das ist mein Ziel: Beseitigung der Krisen, der Arbeitslosigkeit; Der Schatzhaber (Kapitalist) soll nicht mehr willkürlich durch Zurückhalten seines Geldes die Arbeitsbetätigung unterbrechen können.

Der Werteschatz, das Kapital, hat nur einen Feind. Dieser ist nicht Marx, nicht Lenin, nicht Spartakus, nicht Grachus, nicht Lycurg, nicht Moses, nicht das christliche Sittengesetz, nicht das gesetzliche Zinsverbot, nicht die rohe Gewalt. Über all diese Mächte hat das Kapital bislang immer gesiegt, und meist kostete der Sieg den Untergang eines Reiches, eines Volkes. Babylon ging unter, Salomons Reich ging unter, Athen und Rom gingen unter. Und wenn wir jetzt untergehen sollten, so verschwände damit doch nicht die Ursache der Zinsknechtschaft, des Kapitalismus. Die Keime der kapitalistischen Seuche würden auch diesen Zusammenbruch wieder überdauern. – Der einzige Feind der Zinswirtschaft, der erste, der ihm mit Siegeszuversicht entgentreten durfte, das ist das Freigeld.

„Ich warne Sie vor Experimenten“, telegraphierte mir der Herr Reichsbankpräsident Havenstein – der Mann, der uns mit seiner Flut von 40 Milliarden Papiergeld die Preistreiberei, die Schieber- und Wucherprozesse, die Kriegsgewinne, die Riesenstreiks, die Not der Festbesoldeten brachte und damit am Zusammenbruche der inneren Front, an der Zermürbung der öffentlichen Moral, an der allgemeinen Verhetzung der Berufe, der Klassen, der Volksstämme mehr beigetragen hat als alle sonstigen Kriegsnöte. Wenn die Soldaten von der Urlaubsreise regelmäßig den schlechtesten Eindruck von der sittlichen Haltung des Volkes zur Front zurückbrachten und so den Glauben an ihr Volk verloren, so ist das zum größten Teil auf die alles zerfressende Reichsbankpolitik zurückzuführen. „Nervus rerum“ nennt man das Geld, den Nerv aller Dinge, die Moral eingeschlossen.

Havenstein wiederholt ein tausendmal gemachtes und tausendmal verfluchtes Experiment, und dann warnt er vor Experimenten, ausgerechnet mich, den ersten Vertreter der absoluten Währung! – Zum Lachen!

Experimentenmacherei in Verbindung mit Geheimniskrämerei, Mistbeet für Börsendifferenzen, die nach Milliarden rechnen, – das ist die Politik des Mannes, der aus der Tiefe eines Geldpapiersumpfes von 40 Milliarden mich dem bayrischen Volk gegenüber als Experimentenmacher erklärt und es zur Vertuschung der eigenen verpfuschten Politik gegen mich aufhetzt. Havenstein fürchtet die stetige Währung, an der man seine Puschereien würde ablesen können.

Alle herkömmlichen Mittel zur Gesundung der Währung versagen jetzt. Solange wir aber die Währung, diesen Drehpunkt der Volkswirtschaft, nicht zu einem starken Fels, einem „rocher de bronze“ machen, kommen wir nicht heraus aus dem Zustand der Streiks, der Empörung und der Gewalttaten. Wir stehen auf einem Vulkan von Papiergeld.

Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn – je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, wie wir es jetzt erleben, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, – bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.

Ich stelle die Forderung, – seit 30 Jahren tue ich das unermüdlich – daß die Reichsbank zur reinen Staatseinrichtung erhoben werde. Unbedingte Loslösung von der Börse, schärfste Trennung von allen verführerischen, privatwirtschaftlichen Belängen, – eine Notenanstalt soll sie sein, mehr nicht! Die Ausgabe von Banknoten soll nach scharf gezogenen Richtlinien erfolgen, die jede Willkür ausschließen, jedes Börsenwucherspiel im Keim ersticken, Krise, Krach, Geldstreik unmöglich machen. Die Leitung der Notenbank soll der öffentlichen Aufsicht dadurch zugänglich gemacht werden, daß die Einfachheit ihrer Grundsätze jedem durchsichtig wird. So wie ich den Plan entwerfe, würde sogar jede Hausfrau mit ihrem Haushaltsvoranschlag Havenstein wirksam zur Verantwortung ziehen können.

Es scheint eben eine unausrottbare Wahnvorstellung zu sein, die aus jedem Bankmann, jedem Geldwechsler und namentlich aus dem Bürokraten der Reichsbank auch einen Sachverständigen für Währungsfragen macht. Und doch ist gerade der Bankmann der einzige Bürger im Reiche, der berufsmäßig mit der Währung niemals in Berührung kommt. Die Währungsfrage entsteht durch den Gebrauch des Geldes als Tauschmittel. Der Bankmann, der niemals Waren kauft oder verkauft, dem das Geld nur Zahlungsmittel ist, lernt das Geld als Tauschmittel gar nicht kennen, so wenig wie der Kaufmann, der den ganzen Tag mit eisernen Gewichten umgeht, das Eisen dadurch kennen lernt. Würde ein Eisentechniker in schwierigen Fachangelegenheiten sich an einen solchen Gewichtshantierer wenden? Nun, ein Bankmann ist auch nur ein Geldhantierer, und von allen Bankleuten besitzt das Reichsbankdirektorium diese Eigenschaft am reinsten.

Was geht es den Bankmann an, ob der Getreidepreis steigt oder fällt, oder ob der Durchschnittswarenpreis, der Index des "Economist" sich verändert hat? Der Bankmann ist der einzige Gewerbetreibende, bei dem nicht nur das Soll, sondern auch das Haben aus Geld und Geldforderungen besteht. Ganz anders der Kaufmann, der Fabrikant, der Bauer. In seinem Jahresabschluß kommen alle Schwankungen der Währung, alle Berliner Puschereien unmittelbar zum Ausdruck, z. B. jetzt in Gestalt einer mächtigen aufgebauchten Summe für alle Posten auf der Habenseite.

Meine Lage hier ist recht merkwürdig, fast einzigartig. Ich habe Ihnen, m. H., den Beweis zu erbringen, daß ich Fachmann bin, und um Sie urteilsfähig zu machen, muß ich Sie erst ebenfalls zu Fachleuten heranzubilden und dazu Männer von ihrem Sockel reißen, die seit Jahrzehnten das höchste Ansehen als Fachleute genießen.

„Verbannt, was Ihr bisher angebetet; betet an, was Ihr bisher verbannt habt!“ muß ich Ihnen zurufen.

Es gibt aber unter den Streichen unserer Reichsbank auch solche, zu deren Beurteilung die Rechtsgelehrsamkeit genügt. Und da möchte ich Sie bitten, m. H., sich einmal als Rechtskundige die Inschrift anzusehen, die Herr Havenstein für die Banknoten verfaßt hat. Da steht: „Berlin, 1. Mai 1919“ – also ganz frisch! – „Die Reichsbank zahlt dem Inhaber bei Vorzeigung, ohne Legitimation 100 Mark.“

Beachten Sie, daß das Wort „zahlen“ von zählen herkommt, und daß ein Gegenstand nur dann zählbar ist, wenn er greifbar und auf irgendeine Weise durch Farbabtönung oder Flächenbegrenzung auch sichtbar ist. – Nun bitte, bemühen Sie sich zum Schalter der Reichsbank und lassen sie sich den greif- und sichtbaren Gegenstand zeigen, den die Reichsbank durch die Inschrift dem Inhaber zu „zahlen“, d. h. vorzuzählen verspricht! Der Kassenwart schlägt Ihnen die Tür wütend vor der Nase zu. – Die Inschrift bedeutet also, daß die Bank dem Inhaber die Note zurückgibt. Offenbarer Unsinn, Fälschung auf der wichtigsten Handelsurkunde; und zwar alles bewußt! Denn am 1. Mai 1919, als Havenstein da schrieb: Ich zahle jedem bei Vorzeigung dieses den hier angezeigten Betrag, da wußte er doch, was er schrieb. Den Tatsachen entsprechend müßte es hier heißen: „Diese von der Reichsbank ausgegebene Note hat gesetzliche Zahlkraft für 100 Mk. Wer sie einlösen will, wende sich an diejenigen, die Waren feil halten.“

Unsere Hochschulen sind von jeher auf dem Gebiete der Volkswirtschaft den Hochzielen verschlossen gewesen. Wer auf diesem Gebiete etwas lernen wollte, durfte keine Hochschule besuchen, der mußte die Volkswirtschaft erleben.

Sie merken, daß sie auf den Hochschulen nicht zum Licht geführt wurden. Sie erfahren es jetzt wie bitter ernst es Lujo Brentano meinte, als er sagte: „In der Volkswirtschaftslehre gelangt eine richtige Lehre erst dann zur Anerkennung, wenn sie

den Interessen einer mächtigen Partei entspricht, und nur solange, als diese mächtig ist; wird eine andere mächtiger, so gelangen auch die irrigsten Lehren wieder zu Ansehen, sobald sie den Interessen der Mächtigen zu dienen geeignet erscheinen ...“

Ich sagte zu Beginn, daß eine Mischung von mancherlei Trieben mich zur Annahme des mir angetragenen Amtes veranlaßt habe, eine Flut von Hoffnungen und Befürchtungen. Mehrere dieser Triebe habe ich genannt. Der Hauptgrund ist aber folgender: Ich bin Individualist, Eigenständler, lehne für den Menschen jede Bevormundung durch andere Menschen ab. Die Selbständigkeit, die Selbstverantwortung will ich verstärken, vertiefen. Keine Proletarier, nein, nicht einen; keine Knechte, keine Herren! Alle diese Abhängigkeiten will ich auflösen. Das Lohnverhältnis der Arbeiter zum Unternehmer will ich durch Sicherung ihrer wirtschaftlichen Unterlagen, durch Auflösung der Arbeiter-Reservearmee zu einem gewöhnlichen Handelsvertrag gestalten, bei dem keinem der beiden Teile ein Übergewicht verbleiben wird, und zu dessen Schutz es keiner besonderen Gesetze bedarf. Alles, restlos alles, was zum Schutze der Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung durch 1000 Bestimmungen und Polizeiverordnungen kümmerlich und lückenhaft erzielt werden kann, das und viel mehr schafft in aller Vollkommenheit die Auflösung der Arbeiter-Reservearmee. Der Begriff Arbeiter als eines, des besonderen Schutzes durch die Gesetze bedürftigen Menschen verschwindet mit dem Freigeld. Der Lohn ist dann einfach nichts als der Preis eines fertigestellten Arbeitserzeugnisses. Der Unternehmer, dem Gesetze des Wettbewerbes unterworfen, wird, weil es ihm selbst nützt, freiwillig alles das tun, was das Gesetz ihn heute zu tun zwingt. Wer es versäumt, findet dann einfach keine Arbeiter oder muß höhere Löhne zahlen. Auch Beamtenstellen im Staatsdienst sind auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Keine Anstalten und Anstaltmenschen, freie Menschen brauchen wir, – Menschen, die je nach Veranlagung an ihren Lastern zugrunde gehen oder an ihrer Tugend zur Gottheit streben. Ich will die Gesetze der natürlichen Auslese, die, wie Moses sich noch ausdrückt, den Ungehorsamen vor dem Angesichte Gottes ausrotten, in ihrer vollen, wundertätigen Wirksamkeit erhalten. Hier, in diesen heiligsten Einrichtungen der Natur, dulde ich keinen Eingriff der Menschenhand. – Hände weg!

Die Gemeinwirtschaft hebt den Wettstreit mehr oder weniger vollständig auf, und die Zinswirtschaft fälscht seine Bedingungen.

Alle horchen gleich aufs Höchste gespannt auf, wenn man ihnen in der Freiwirtschaft den Notausgang aus dem Kapitalismus und Kommunismus, aus Zinsknechtschaft und der Gebundenheit des Gemeinschaftsbetriebes zeigt. Die Arbeiter, und gerade die tüchtigeren, streben nach Freiheit; Zwang und Bevormundung haben sie genug zu kosten bekommen. So wäre es meinen Freunden verhältnismäßig leicht gewesen, den kommunistischen Staudamm zu durchstoßen und den Strom der Arbeiterbewegung in seinem natürlichen, durch Freiland und Freigeld geregelten Bett dem sozialistischen Ziel zuzuleiten.

Sie sehen, m. H., daß es für Sie nicht so leicht ist, hier zu richten und als Anwälte eines verschuldeten Volksstaates ihr Urteil ohne Voreingenommenheit abzugeben. Sie können doch unmöglich zugleich für Shylock und für seine Schuldner eintreten. Was aber noch toller ist: diesen widerstrebenden Belängen gegenüber können Sie sich nicht einmal neutral verhalten. Ich greife den Zins wirksam an, ich habe die verwundbare Ferse des Kapitals entdeckt. Wenn Sie mich verurteilen, wird Shylock sein Wort wiederholen können: "Dies ist der närrische Gesell, der Geld umsonst auslieh. Acht auf ihn, Schließer!" (Kaufmann von Venedig.) Sämtliche Börsenspieler und Wucherer, Schutzzöllner und Müßiggänger werden Ihnen begeistert zujubeln, und Sie werden sich der Liebkosung des Gesindels nicht erwehren können. Sprechen sie mich dagegen frei, so nehmen Sie Partei für den Finanzminister, für die Steuerzahler, für die besitzlose Arbeiterwelt, für die Bauern. Moses, Lykurg, Pythagoras, Licinius, die Kirchenväter werden Ihnen verständnisvoll zunicken, sich zum letzten Male im Grabe herum-drehen und nun endlich die ewige Ruhe finden.

Wie schwer ist es doch zuweilen dem Richter gemacht, unparteiisch zu bleiben!

**Die Zusammenstellung dieser Zitate erfolgte durch unsere Redaktion. Sie erscheinen unzusammenhängend, aber in selber Reihenfolge, im Band 12 „Silvio Gesell – Gesammelte Werke“ von Seite 17 bis 40.**

## Verhandlungsbericht

München, 9. Juli 1919. Beginn nachmittags 3 Uhr 40. Ende 9 Uhr.

Zusammensetzung des Standgerichtes: drei Zivil- und zwei Militärrichter. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Diesel. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Hahn.

Verteidigung: Rechtsanwalt Dr. Gundelwein.

Zuerst werden die Personalien des Angeklagten Silvio Gesell festgestellt.

### Staatsanwalt:

Ich klage an: Silvio Gesell, es gemeinsam mit anderen unternommen zu haben, die Verfassung des Bundesstaates Bayern gewaltsam zu ändern; Dr. Theophil Christen und Dr. Karl Polenske, dem Silvio Gesell zur Begehung des erwähnten Verbrechens durch die Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben.

Durch das vorläufige Staatsgrundgesetz vom 17. März 1919 war für den Bundesstaat Bayern eine Verfassung geschaffen. Mit dem Ziel und dem Zweck, diese Verfassung gewaltsam zu ändern und die gesetzmäßige Regierungsgewalt zu stürzen, wurde am 7. April 1919 in München für Bayern die Räterepublik ausgerufen. An deren Spitze stand der "revolutionäre Zentralrat Bayerns". Nach dessen Ansicht sollten "von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volke verantwortliche Vertrauensmänner als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten erhalten."

Als Volksbeauftragter für Finanzen wurde Silvio Gesell bestellt. Er hat dieses Amt bis zum Sturze der ersten Räteregierung, bis zum 14. April 1919, geführt und als Volksbeauftragter eine Reihe von Anordnungen getroffen, welche nur einer gesetzmäßigen Regierung zugekommen wären, und hat dadurch beigetragen, die Verfassung gewaltsam zu ändern.

### Vorsitzender:

Worin hat Ihre Tätigkeit bestanden?

### Gesell:

Meine Tätigkeit war eine sehr geringe. Ich erfüllte die laufenden Aufgaben auf ganz spießbürgerliche Weise, wie sie jeder andere auch erfüllt hätte. Daneben war meine Hauptaufgabe, ein Wirtschaftsprogramm für Bayern und gleichzeitig für das Deutsche Reich auszuarbeiten

### Vorsitzender:

Haben Sie sich dazu in der Lage geglaubt, wo die bayrischen Verhältnisse Ihnen doch fremd waren?

### Gesell:

Ja. Die bayrischen Verhältnisse sind genau so wie in der ganzen Welt. Die Schwierigkeiten sind die gleichen; was verschieden ist, ist untergeordnet. Die Hauptsachen sind überall gleich. Die wichtigsten Grundlagen sind die Lohn-Theorie, die Kapital- und Arbeitslosen-Theorie und die Grundrenten-Theorie. Wer sich darin stark weiß, der kann die Finanzen eines Landes oder einer Stadt führen

### Vorsitzender:

Glaubten Sie, daß in Bayern die Reformen zunächst allein durchgeführt werden könnten, wo es doch in weltwirtschaftlichem Zusammenhang steht?

### Gesell:

Was nicht im kleinen durchführbar ist, läßt sich auch nicht im großen durchführen. Bayern ist ein großer Staat, es kommt nicht auf die Zahl der Menschen an, sondern auf die Qualität der Menschen.

### Vorsitzender:

Worin bestand Ihre Tätigkeit?

### Gesell:

Meine Tätigkeit bestand in der Vorbereitung eines Finanzprogramms, das ich dem Zentralrat vorgelegt hatte. Bei dessen Begründung wäre es zum Klappen gekommen mit den Kommunisten. Wenn ich den Zentralrat für mich gewonnen hätte, wäre ich geblieben, und sonst gegangen. Daran wurde ich gehindert, weil ich abgesetzt wurde.

### Vorsitzender:

Haben Sie Ministerrats-Sitzungen beigewohnt?

### Gesell:

Nein. Ich bin nur zuweilen in der Zentralratsversammlung gewesen, weil man mich dorthin rief wegen Ausgabe von 100 Millionen neuer Banknoten; sonst war ich vielleicht eine Stunde dort.

### Vorsitzender:

Haben Sie bei Beschlüssen des Zentralrats mitgewirkt?

### Gesell:

Die politische Verfassung des Zentralrats interessierte mich nicht. Ob sie gestürzt

wurde, war mir ganz einerlei. Ich führte das Amt als ein Provisorium.

## **Vorsitzender:**

Ist Ihnen nicht bekannt geworden oder zum Bewußtsein gekommen, daß die Räteregierung durchgedrückt wurde gegenüber einer rechtlichen Regierung, daß die organisierte Arbeiterschaft bewaffnet wurde?

## **Gesell:**

In einer Versammlung hörte ich Landauer, wie er gegen die Bewaffnung der Arbeiter und Soldaten redete. Das ist nur kurze Zeit gewesen. Ich habe mich nicht beteiligt, ich war auch nicht ein einziges Mal bei einer Abstimmung anwesend.

## **Vorsitzender:**

Wußten Sie von der Unterdrückung der Presse, vom Verbot der Versammlungen, von der Festnahme der Geiseln?

## **Gesell:**

Hinterher habe ich von den Zwangsmaßnahmen erfahren. Beteiligt habe ich mich nicht.

## **Vorsitzender:**

Was wußten Sie über die Öffnung der Bankfächer und über die Tätigkeit des revolutionären Bankrates?

## **Gesell:**

Den revolutionären Bankrat wollte ich auflösen. Am Tage nach meiner Entlassung sollte das besprochen werden. Die Öffnung der Bankfächer war unnötig und schädlich.

## **Vorsitzender:**

Wie endete Ihre Tätigkeit?

## **Gesell:**

Am Sonntag arbeiteten wir am Finanzprogramm. Wir besprachen alle möglichen Formen für die große Vermögensabgabe. Dann erschienen Soldaten, die das Büro besetzten. Das war am 13. April, Palmsonntag. Die Soldaten ließen uns noch einmal heraus, weil wir sagten, wir hätten zu tun und wollten zum Essen gehen. Wir kamen zurück, um die Arbeit zu vollenden. Dann bekamen die Soldaten Auftrag, uns irgendwohin zu führen. Nachts wurden wir von den Kommunisten, die den Bahnhof gestürmt hatten, befreit und nach Hause gebracht. Wir schliefen, und am Vormittag gingen wir wieder ins Finanzministerium und arbeiteten weiter, bis wir vom Zentralrat die telephonische Mitteilung erhielten,

daß ich meines Amtes entsetzt sei. Wir packten unsere Sachen ein, die Bücher und die Papiere, und damit war alles beendet. Weiter habe ich mich nicht mehr um die Räterepublik gekümmert. Durch die folgenden Ereignisse erfuhr ich, daß es ein kommunistischer Zentralrat war. Gegen den konnte ich nichts machen, weil er den Generalstreik erklärte und die Versammlungsfreiheit aufhob. Es waren Leute unterwegs, Freunde von mir, die mir geholfen hätten; aber sie fanden dann kein Feld, sich zu betätigen. Es waren Dr. Schneider aus Bern, Herr Schwarz aus Schwarzenburg und Professor Polenske aus Greifswald. Sie gingen unverrichteter Dinge wieder heim, weil keine Möglichkeit zur öffentlichen Meinungsäußerung war.

## **Vorsitzender:**

In welcher Weise haben Dr. Christen und Professor Polenske sich betätigt?

## **Gesell:**

Herr Dr. Christen ist seit vielen Jahren mit mir befreundet. Er kennt gründlich meine Bestrebungen. Er hat sie in selbständigen Schriften bearbeitet und Teilfragen in mathematische Formeln gebracht und außerordentlich fleißig gearbeitet. Als ich zum Finanzminister ernannt war, begab ich mich nach Hause und fragte ihn, ob er mir helfen wolle als mein Privatsekretär. Er sagte ohne weiteres ja, ohne nach der Regierungsform zu fragen. Die Hauptsache war für ihn die Förderung der Sache. Er war nicht in amtlicher Stellung.

## **Vorsitzender:**

Hatten Sie nicht Beiräte? Christen und Polenske waren nicht kraft öffentlicher Anstellung, sondern private Mitarbeiter?

## **Gesell:**

Ja, private Mitarbeiter. Was ich zu bearbeiten hatte, waren so außerordentlich umfangreiche Dinge, daß ich froh war, Dr. Christen zu haben, der eine große Arbeitskraft ist. In irgendeiner Weise politisch ist er nicht tätig gewesen. Im Zentralrat wußte man nichts von seiner Tätigkeit im Finanzministerium. Polenske war in den letzten Tagen eingetroffen, vielleicht Freitag oder Donnerstag. Er war in Greifswald, kannte unsere Bestrebungen, und als er in der Zeitung las, daß ich im Finanzhause war, kam er hierher geeilt, um das Volk aufzuklären.

## **Vorsitzender:**

In der Broschüre nennt er sich Rechtsbeirat.

## **Gesell:**

Ja, er war privater Rechtsbeirat und Dr. Christen mehr Beirat auf wirtschaftlichem Gebiete.

## **Vorsitzender:**

Woher kamen die Mittel?

## **Gesell:**

Die Mittel, um das zu bestreiten, bekam ich vom Deutschen Freiland-Freigeld-Bund.

## **Vorsitzender:**

Sie bekamen kein Gehalt?

## **Gesell:**

Nein, auch Dr. Christen und Polenske nicht. Bis jetzt hat mir der Staat noch keinen Pfennig bezahlt. Wenn er es noch tun will, nehme ich es gerne an. Ich habe keine Forderung an Bayern gestellt.

## **Vorsitzender oder Staatsanwalt:**

Sind Sie sich nicht über staatsrechtliche Fragen klar geworden, wie es mit dem Ministerium Hoffmann stehe?

## **Gesell:**

Ich hatte keine Zeit, mich mit diesen Sachen zu befassen.

## **Vorsitzender:**

Das ist aber der Hauptpunkt der Anklage.

## **Gesell:**

Diese Anklage geht mich wenig an.

## **Vorsitzender:**

Haben Sie vom Ministerium Hoffmann nichts gewußt? Das stand doch in den Zeitungen.

## **Gesell:**

Ich kann nicht sagen, nichts gewußt. Daß im November das bayrische Volk den König gestürzt hat und das Königtum abgeschafft war, das wußte ich, und daß ich das ganze bayrische Volk für Hochverräter hielt.

## **Staatsanwalt:**

Das bayrische Volk hat aus allgemeinen Wahlen und auf allgemeiner Grundlage einen Landtag gewählt und ein vorläufiges Staatsgrundgesetz einstimmig angenommen. Auf Grund dieser vorläufigen Verfassung ist das Ministerium Hoffmann eingesetzt worden. Die Episode Eisner war abgeschlossen, das bayrische Volk hatte sich seine Vertreter gewählt,

und diese Regierung war nur gestürzt worden durch eine Räteregierung.

**Gesell:**

Diese Regierung war 3 Wochen alt. Ein Recht, das drei Wochen alt ist, ist kein Recht. Übrigens war es nur eine Notverfassung. Das sind Dinge, die meine Handlungsweise nicht im geringsten beeinflußt haben. Die Meinung, die ich mir nachträglich gebildet habe, gehört vielleicht nicht hierher, aber ich denke, der Zentralrat war überhaupt noch nicht beseitigt; unter ihm haben die Wahlen stattgefunden, und unter ihm tagte am 17. März der Landtag. Neben dem Landtag bestand also noch eine Nebenregierung, das war der Zentralrat. Mir schien alles chaotisch. Die Schießerei im Landtag bewies auch, daß nicht alles in Ordnung war.

**Staatsanwalt:**

Das war eben auch der Anfang der kommenden Ereignisse.

**Gesell:**

Die Revolution denke ich mir nicht darin, daß man den König absetzt und dann sagt, wir sind ein Volksstaat. Der Volksstaat muß sich erst einleben. Die Revolution ist ein Entwicklungsvorgang. Wir werden vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren davon reden können, daß die Revolution beendet ist. Und vielleicht muß dies ganze jetzige Geschlecht aussterben, bevor von einem Volksstaate gesprochen werden kann. Heute ist es noch so wie bei den Marken, wo man das Gesicht des Königs mit dem Gummistempel zum Volksstaat stempelt. Die Revolution wendet sich, je nach den wirksamen Kräften, nach links oder nach rechts.

**Staatsanwalt:**

Sie halten sich für unpolitisch. Sie haben aber ein Telegramm an das Reichsbankdirektorium gerichtet. Es muß Ihnen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Reichsregierung bekannt gewesen sein.

**Gesell:**

Die diplomatischen Beziehungen wurden amtlich als abgebrochen bezeichnet.

**Staatsanwalt:**

Wie erklären Sie sich das politisch?

**Gesell:**

Ich erkläre mir die Sache so, daß die Reichsregierung den Kampf gegen die Räteregierung aus Gründen politischer Natur aufnehmen wollte. Im Reiche fürchtete man den Bolschewismus, der in dem Namen Räteregierung angedeutet ist.

**Staatsanwalt:**

Sie wußten daß die Räteregierung mit dem Reiche gebrochen hat?

**Gesell:**

Ja, das wußte ich.

**(Es wird vorgelesen: Erstes Stück aus "An Alle" nicht bis zum Ende.)**

**Vorsitzender:**

Sie reden da von einem Währungsamt. Dachten Sie da an ein Währungsamt für Bayern?

**Gesell:**

Unter der Voraussetzung, daß Bayern längere Zeit vom Reiche abgeschlossen worden wäre, wäre das Währungsamt in Bayern notwendig geworden. Sobald wir es in München haben, wird es in Berlin gefordert. Man kann es nicht einführen, wenn nicht das Volk aufgeklärt ist. Dazu ist öffentliche Meinung nötig. Es ist eine Sache von eingreifender Bedeutung.

**Staatsanwalt:**

Sie haben ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, das sollte am 15. veröffentlicht werden. Sie haben es auch in der Versammlung im Löwenbräukeller verbreitet. Gleichzeitig ist die Verfügung über die große Vermögensabgabe verbreitet worden.

**Gesell:**

Ja, ich war aber nicht mehr Volksbeauftragter; denn am 14. April war ich schon abgesetzt worden.

**Staatsanwalt:**

Sie haben den Bruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich angedroht.

**Gesell:**

Durchaus nicht, sondern nur die Einstellung der Währung auf den festen Preisstand.

**Staatsanwalt:**

Sie haben also den Abbruch in bezug auf die Währung angekündigt. Damit haben Sie der Reichsbank angedroht, wenn sie nicht auf Ihre Experimente eingehe, Sie selbständig vorgehen wollten. Das bedeutet den finanziellen und wirtschaftlichen Ruin der Räteregierung.

**Gesell:**

Durchaus nicht. Durch dieses Telegramm wollte ich die Reichsbank einladen, die Währung nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu leiten.

**Staatsanwalt:**

Sie ist aber nicht darauf eingegangen, sie spricht von "Experimenten".

**Gesell:**

Sie wäre schon darauf eingegangen.

**Staatsanwalt:**

Warum hat sie es dann abgelehnt?

**Gesell:**

Sicherlich, weil sie die Sache nicht verstanden hat. Vielleicht sind auch andere Gründe vorhanden, warum sie es nicht verstehen will. Meine Arbeit war darauf gerichtet, aus dieser unglückseligen Papiergeldwirtschaft uns herauszuheben und zu zeigen, wie man das Geld zu verwalten hat, und das deutsche Volk zu veranlassen, der Reichsbank Richtlinien vorzuschreiben. Die Reichsbank arbeitet schon seit Kriegsausbruch mit Blankovollmacht.

**Staatsanwalt:**

Woher nehmen Sie das Recht in Anspruch, die Sache besser zu verstehen als die Reichsbank?

**Gesell:**

Der Bankier befaßt sich nicht berufsmäßig mit der Währungsfrage.

**Staatsanwalt:**

Die Reichsbank wird doch nicht von Bankiers geleitet?!

**Gesell:**

Doch. Das Reichsbankdirektorium besteht aus Bankiers. Das Reichsbankdirektorium ist ein Bankgeschäft und leitet als Bankgeschäft die Währung. Der Bankier kennt die Währung nicht. Er kennt das Geld nur als Zahlungsmittel, nicht als Tauschmittel. Der Bankier lernt das Geld kennen, etwa wie der Kaufmann das Eisen kennen lernt, wenn er es als Gewicht benützt.

**Staatsanwalt:**

Woher haben Sie die Befähigung, diese Sache besser zu verstehen als, sagen wir, die Beamten?

**Gesell:**

Ich beschäftige mich seit 30 Jahren mit der Frage.

## Staatsanwalt:

Es wäre wünschenswert, wenn der Angeklagte bei dieser Gelegenheit seinen Werdegang darlegen würde.

## Vorsitzender:

Wo waren Sie früher? Wie sind Sie darauf gekommen, sich mit der Währungsfrage zu befassen?

## Gesell:

Ich bin im Regierungsbezirk Aachen geboren. Ich habe die Elementarschule besucht, daneben von meinen Brüdern und von meiner Mutter Unterricht in anderen Fächern erhalten. Drei Jahr war ich Postbeamter, bin dann aus dem Postdienst ausgetreten, bin bei meinen Brüdern in Berlin in den Handel übergegangen, habe mich vorbereitet zum Einjährig-Freiwilligen-Examen. War Korrespondent in einer Goldleistenfabrik, in Spanien zwei Jahre tätig als Korrespondent fremder Sprachen. Nach Berlin zurückgekehrt, diente ich ein Jahr im 2. Garderegiment. Nach Braunschweig kam ich als Korrespondent einer Nähmaschinenfabrik. In Hamburg war ich bei einem Spediteur. Ich reiste nach Argentinien und machte mich selbständig in einem Geschäfte für zahnärztliche und Apothekerwaren. 1887 bis 1900 war ich in Argentinien, dann überließ ich das Geschäft meinem Bruder, der aus Belgien gekommen war.

## Vorsitzender:

Wie kamen Sie dazu, sich mit der Währungsfrage zu beschäftigen?

## Gesell:

Ich kam in Argentinien in schwierige Verhältnisse hinein, weil die Währung vollkommen verpfuscht war, ähnlich wie hier, da ging man nur gefühlsmäßig vor, nicht wissenschaftlich. Ich gab auch gleich Schriften heraus, schon 1891. Es waren drei Broschüren in deutscher Sprache: "Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat", "Nervus rerum", "Die Verstaatlichung des Geldwesens". Ferner drei Schriften in spanischer Sprache. Es war der Abbau der Preise geplant, den man jetzt vorhat und der in den Abgrund führt. Ich hatte auch eine Kartonagenfabrik, ich machte Schachteln für die ganze dortige Industrie. Als Folge des Abbaus der Preise gerieten die Industrien in Schwierigkeiten. Ich hatte keine Bestellungen mehr für meine Schachteln. In dieser Zeit verfaßte ich diese Schriften, um dem Volk zu zeigen, welche Schwierigkeiten sich aus dem Abbau der

Preise ergeben. Der Handel muß rechnerisch unmöglich werden, wenn die Preise ständig abwärts gehen. Ich wollte die Regierung veranlassen, nach meinen Vorschlägen zu handeln. Aber ich erreichte den Zweck nicht. Ich schloß meine Fabrik ab und liquidierte sie zum größten Erstaunen meiner Konkurrenten, die Sache war erledigt. Zwei Jahre darauf wurde die Regierung durch den vollkommenen Zusammenbruch der Wirtschaft veranlaßt, nach meinen Vorschlägen die Währung zu sanieren. Meine Voraussagungen waren wörtlich eingetroffen. Ich schrieb noch ein Buch "Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des Verkehrs". Dann bin ich nach Deutschland zurückgekehrt. Ich reiste in die Schweiz. Im Kanton Neuenburg erwarb ich ein Bauerngut. Ich beschäftigte mich mit Schriftstellerei. Durch meine berufliche Tätigkeit in Argentinien hatte ich mir die Mittel erworben, diese Lebensweise zu führen. Ich gab eine Zeitschrift heraus: "Die Geld- und Bodenreform". Ich beteiligte mich am Streit um das Nationalbankmonopol. Nach Argentinien mußte ich noch einmal zurück nach dem Tode meines Bruders und dort bleiben bis 1911. Ich schrieb dort die "Aktive Währungspolitik". Ich ging nach Berlin; dort beteiligte ich mich an der Herausgabe der Zeitschrift: "Der Physiokrat" und hielt Vorträge. Es bestehen jetzt drei Zeitschriften für meine Bestrebungen: Die "Freiwirtschaft" und die "Freistatt", außerdem "Der Physiokrat". Angriffe gegen meine Theorie hat noch niemand gewagt. Sie ist unangetastet. Telegramme, wo man mich lächerlich zu machen sucht: Ich warne Sie vor Experimenten – aber keinen sachlichen Einwand.

## Staatsanwalt:

Sie sandten auch ein Telegramm an Hoffmann, Sie stellten sich dieser Regierung zur Verfügung und dem Landtag?

## Gesell:

Als wir am 13. April im Bahnhof waren, übergab ich dem Leutnant zur Weiterleitung ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Hoffmann. Ob es befördert worden ist, ist mir nicht bekannt geworden.

## (Das Telegramm wird verlesen.)

Dr. Christen macht zunächst Angaben über seine Person. Ich war nicht im bayrischen Staatsdienst, ich war ausschließlich Privatsekretär, um Gesell zu entlasten.

## Vorsitzender:

Sie sind doch schon länger in Bayern?

## Dr. Christen:

Seit vier Jahren bin ich in München.

## Vorsitzender:

Haben Sie sich politisch irgendwie betätigt?

## Dr. Christen:

Politisch war ich nie orientiert. Ich halte die Wirtschaftsfragen für viel wichtiger als die Fragen nach der Regierungsform.

## Vorsitzender:

Die Wahlen zum Landtag waren Ihnen doch bekannt?

## Dr. Christen:

Ja. Aber die politischen Ereignisse interessierten mich überhaupt nicht. Auch für die Schweiz wären mir Änderungen der Verfassung ganz gleichgültig.

## Vorsitzender:

Wie erklärten Sie sich, daß der Landtag nicht mehr da war?

## Dr. Christen:

Die Leute, mit welchen ich gesprochen habe, konnten mir nicht sagen, durch welche Macht der Landtag beseitigt worden war – ich bin staatspolitisch ganz gleichgültig. Unsere Wirtschaftsreformen könnten unter einem König ebenso gut durchgeführt werden wie unter einer Demokratie oder einer Räteregierung. Wenn die Reichsbank so weiter wirtschaftet, sind wir verloren, gleichviel, ob ein König da ist oder eine Räteregierung.

Meine Herren! Herr Gesell ist nicht ein Mann der Wissenschaft, aber ein genialer Denker. Ich habe mir Mühe gegeben, seine Ideen exakt wissenschaftlich zu fassen. Vier Aufsätze von mir sind in den "Annalen des Deutschen Reiches" erschienen. Dort habe ich ausdrücklich zur Kritik aufgefordert. Diese Gedanken wurden totgeschwiegen, und ich glaube sagen zu können, daß sie richtig sind. Sie haben sich ja auch in Argentinien bewährt. Daraufhin sind Gesell und ich berechtigt, zum mindesten anzunehmen, daß diese Gedanken nicht widerlegt sind.

Der pythagoräische Lehrsatz ist in Argentinien gerade so richtig wie in Deutschland. Die Gesellschen Reformen sind von größter Bedeutung für Jahrhunderte. Die Währung ist nicht statisch zu verstehen, sondern dynamisch. Um Ih-

nen das klar zu machen, denken sie an die Flugmaschinen. Wer statisch denkt, sagt, die Maschine ist schwerer als die Luft, also kann sie nicht fliegen; aber das dynamische Prinzip kommt durch den Motor zur Geltung. Bis jetzt hat niemand einen Grund namhaft gemacht, der sich gegen Gesells Lehre anführen ließe. Sie ist hundertfach bewährt in der Geschichte. – Sind wir nicht Toren, wenn wir uns nicht wenigstens die Frage vorlegen, ob wir diese Ideen in die Tat umsetzen sollen? Gesell hat seit Ausbruch des Krieges die Reichsbank gewarnt. Es ist alles eingetroffen, wie er vorausgesagt, und wenn die Reichsbank so weiter wirtschaftet, kommen wir so weit wie in Argentinien. Ich stelle die Behauptung auf: Wenn ein Mensch in Deutschland fähig ist, die Wirtschaft zu retten, so ist es Gesell. Und daher fühle ich mich verpflichtet, mit ihm zu arbeiten. Ich habe mich an viele Männer in führenden Stellen gewandt, an das Reichsschatzamt, an Scheidemann, an Eisner, an Jaffe, an Haller. Niekisch war der einzige unter den führenden Männern, der die Bedeutung Gesells erfaßt hatte. Im März sagte ich zu ihm: Seien Sie doch so gut und machen Sie Ihren Einfluß geltend, daß Gesell die Möglichkeit bekommt, an maßgebender Stelle gehört zu werden.

**Vorsitzender:**

Was hielten Sie von der Räteregierung?

**Dr. Christen:**

Die Ausrufung war für mich ein „*fait accompli*“, eine vollendete Tatsache.

**Vorsitzender:**

Waren Sie sich klar über die Folgen, die eine Beteiligung an der Räteregierung durch Sie haben könnte?

**Dr. Christen:**

Beim Rückzug arbeitete Hindenburg auch unter den Soldatenräten weiter, weil er wußte: Ich bin der einzige, der das kann.

**Vorsitzender:**

Waren sie sich klar über die gewaltsame Umwälzung?

**Dr. Christen:**

Ob der Landtag mit Gewalt beseitigt oder von selber gegangen, weiß ich nicht. Ich bin ein unbedingter Gegner jeder Anwendung von Gewalt, und weil ich weiß, daß durch die falsche Steuerung der Wirtschaft das ganze Unglück über uns gekommen ist, glaubte ich auch auf diesem unbluti-

gen Wege eine Versöhnung herbeiführen zu können. Auf Grund unseres Aktionsprogramms hätten sich die feindlichen Brüder versöhnen können.

**Abgebrochen zum Eintritt in die Zeugenvernehmung.**

Sanitätsrat Dr. Scholl in München spricht sich anerkennend über Dr. Christen als Persönlichkeit, Arzt und Wissenschaftler aus und erwähnt eine Eingabe des Ärztebundes in München um Freilassung des Herrn Dr. Christen.

Univ.-Prof. Dr. Gustav Klein in München kennt Dr. Christen als einen durchaus ernst zu nehmenden Mann, der auf dem Gebiete der Röntgentherapie Weltruf genießt. Er sei Führer. „*Ich bin überzeugt, daß er die Freigeld-Freiland-Sache sehr tief nimmt und daß sie vielleicht sogar richtig ist.*“

Ernst Niekisch, Volksschullehrer in Augsburg, erzählt, daß er seit 1915 mit den Lehren Silvio Gesells bekannt sei. Im Laufe der Zeit habe er sich auf den Boden dieser Ideen gestellt. 1917 warb er in den sozialdemokratischen Blättern dafür. Als er erfuhr, daß von Landauer eine Sozialisierungskommission aufgestellt werden sollte, wollte er Gesell hineinbringen. „*Bevor mein diesbezüglicher Antrag vorbeschrieben wurde, kamen die Aprilereignisse. Ich wollte ein Telegramm an Gesell richten, der aber schon vorher eintraf. Köberl richtete im Zentralrat eine Anfrage an mich, warum ich mich an Gesell gewandt habe, der hier ganz unbekannt sei. Ich legte die Sache klar, worauf Köberl ausscheiden mußte. Gesell sind die politischen Dinge recht gleichgültig, wie mir schon in seinen Schriften aufgefallen ist. Er ist ganz und gar erfüllt von seinen Wirtschaftslehren und hat das Bestreben, diese Lehren zu verwirklichen. Ich glaube, daß es ihm an Verständnis für die einfachsten politischen Verhältnisse fehlt. In der Sitzung des Zentralrates vom 6. auf 7. April wurde die Frage erwogen, wem die Finanzen übertragen werden sollten. Landauer war für Silvio Gesell, ebenso Mühsam und ich. Silvio Gesell kam am 7. April ins Wittelsbacher Palais, ohne von diesen Dingen unterrichtet zu sein. Er war wie aus den Wolken gefallen, als er hörte, daß er Finanzminister werden sollte. Ich bin überzeugt, daß Gesell nicht rechtmäßig sei, denn meiner Ansicht nach war ja bis zum 17. März der Zentralrat die alleinige Regierung und der Landtag nicht souverän. Der Zentralrat war der Einberufer des Landtages. – Ich weiß, daß*

*Gesell darauf brennt, seine Gedanken zu verwirklichen, und daß er kraft seiner inneren Leidenschaft keine besonderen Untersuchungen mehr anstellt.*“

**Vorsitzender:**

Hat er Sie nicht gefragt: Wie kommt Ihr auf mich?

**Zeuge Niekisch:**

Nur ein Mann, der weniger Glut für seine Ideen hat, wird solche Fragen stellen. Ich halte ihn für ein Kind in politischen Dingen. Er hält sich für den gegebenen Mann in Finanzfragen. Er glaubt daran, daß ihn der Zentralrat gerufen hat. Auch bestand der Zentralrat schon unter der Regierung Hoffmann seit dem 21. Februar. Es wäre ihm ganz gleich, ob er unter dem Schah von Persien oder unter der Kaiserin-Witwe von China das Finanzwesen leitet!

**Trefzer, Fritz Wilhelm, Direktor des Eidgenössischen Versicherungsamtes in Bern:**

„*Ich betrachte es als eine große Ehre, für Silvio Gesell vor Ihnen Zeugnis abzulegen. Seine Lehren haben mich interessiert in bezug auf das Versicherungswesen, mit dem ich mich seit 30 Jahren beschäftige. Auf Grund der Lehren von Henry George und Marx habe ich die Lehren Silvio Gesells kennen gelernt und sie für sehr wichtig erkannt. Sie sind von großer Bedeutung auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Die privaten Versicherungsbeiträge beruhen auf Zahlungsverträgen für größere Zeiträume, bei denen es wichtig ist, daß die Kaufkraft des Geldes dieselbe bleibt.*“ –

Zeuge Trefzer berichtet ferner, daß er infolge seiner Arbeit im Sinne Gesells in eine amtliche Sachverständigenberatung berufen worden sei. Seine Anregung, die Währungsfrage bei der Schweizer Nationalbank einem besonderen Ausschuß zu überweisen, wurde angenommen.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, Prof. Dr. Stephan Bauer, schreibt: „*Ich bin überzeugt, daß die Verurteilung eines solchen Mannes den denkbar ungünstigsten Eindruck erwecken müßte.*“

Direktor Hans Keppler von der Arminia in München hat sich auch lebhaft mit der Lehre befaßt, die er für außerordentlich wichtig für das Versicherungswesen hält. Kommerzienrat Dr. Karl Zitzmann, Fabrikdirektor in Erlangen, der vormalige Chef von Dr. Christen, würdigte Dr. Christens Intelligenz und Charakter, kennt ihn seit Jahren, ist überzeugt, daß er nichts tun würde, was unmoralisch sei, und was er anpacke, nehme er ernst. Er gab seine Stellung in

der Firma Reiniger, Gebbert & Schall, wo er die Strahlenforschungsstelle geleitet und ein hohes Gehalt bezogen hatte, auf, um mit Herrn Gesell zusammenzuarbeiten. Am 7. April ist er ausgetreten.

Weißleder, Otto, Bergwerksdirektor in Eisleben, bezeichnet die Gesellsche Theorie als eine geniale Lösung eines ganzen Netzes von volkswirtschaftlichen Fragen. Was seine politische Haltung betrifft, hat Gesell sich keiner Partei verschrieben. Der Zeuge gehört dem Alldeutschen Verband an und tritt für Gesells wirtschaftliche Anschauungen voll ein. Er trat als Deutsch-Arier bei völkischen Verbänden für ihn ein, um die Zersetzung aufzuhalten.

Dr. Christen hebt hervor, daß Weißleder als Vertreter der deutschen Industrie die Bedeutung der Gesellschen Lehre für dieselbe erfaßt hat.

### Staatsanwalt:

**Ich stelle den Antrag, wegen der bezeichneten Verbrechen zu verurteilen: Silvio Gesell zu zwei Jahren Festungshaft, Dr. Christen zu einem Jahr drei Monaten, kostenfällig.**

### Aus der Rede des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Gundelwein:

„...Silvio Gesell ist kein Blender, kein guter Redner, kein Schwärmer und kein Phantast. Ein Erkennen, der sich in seinen Erkenntnissen getäuscht haben kann, ein Erkennen auf einem dornenvollen Weg, kein junger Faselhans, ein Mann von gereifter Lebenserfahrung, ein Mann, der viele Länder, Städte und Menschen gesehen, der dreißig Jahre lang in seiner stillen Studierstube wie im regsamen brausenden Leben volkswirtschaftliche Kenntnisse gesammelt und verarbeitet hat.

Ist Gesell dadurch, daß er als reiner Fachminister in eine ihm in ihren politischen Zielen gänzlich fremde Regierung eintrat, zum Hochverräter geworden? Das können Sie nicht annehmen. Dann müßten Sie auch annehmen, daß ein Frauendorffer, der ein Fachministerium annahm, das nur er zu leiten imstande war, in einer durch Hochverrat heraufgeführten Regierung ein Hochverräter ist. Dann müßten Sie auch annehmen, daß Hindenburg ein Hochverräter war, weil er sich den Soldatenräten zur Verfügung gestellt hat. Gesell hat sein Amt übernommen, wie diese beiden, nicht im Interesse einer Regierung oder einer Partei, sondern einzig und allein im Interesse der bayerischen Volkswirtschaft. Sie haben auch gehört, wie Gesell und Dr. Christen ihr Amt verwaltet und geführt haben, einzig dem

*Lande zu nützen und es vor Schaden zu bewahren. Es ist ihnen denn auch gelungen, soweit es in jener kurzen Zeit möglich war, den Wagen vor dem Umschlagen zu bewahren. Fürsorge für die Kriegsbeschädigten hatte er von je auf seine Fahne geschrieben. Der Abordnung, die ihn bat, sechs Millionen für Zwecke der Kriegsbeschädigten zu reservieren, hat er sogleich zugesagt. Sein Aktionsprogramm stellte an erster Stelle Forderungen für die Kriegsbeschädigten. Ihnen galt die Sorge dieses Mannes ... Druck von Freigeld hatte Gesell erst für später vorgesehen, wenn er das Volk durch Aufklärung für seine Ideen reif gemacht hätte. Er hat nur den friedlichen Wettstreit der Arbeit gewollt. Er wollte durch Aufklärung das Volk für diesen Wettstreit bereit machen. Jetzt galt es vor allem, die Papiergeldflut, gegen die er seit Kriegsbeginn mit der Reichsbank gekämpft, nach Möglichkeit einzudämmen. Die praktischen Maßnahmen, die er hier ausüben konnte, kann ich Ihnen im einzelnen nicht auseinandersetzen. Er ist zu allem nicht gekommen. Sein Telegramm an die Reichsbank ist, wie er sagt, nicht verstanden worden. Es ist nicht verstanden worden, weil man die ganze Lehre Gesells noch nicht genügend studiert hatte. Es sind Aufgaben, mit denen man sich ernstlich auseinandersetzen muß. Den Sinn hat man in den Zeitungen entstellt, indem man von Geldflut gesprochen hat. Zur Zeit, als Gesell seine große Vermögensabgabe angeregt hat, war er kein Minister mehr. Sie enthielt auch nicht mehr, als was jetzt vom Reiche geplant ist ...*

*... Gewinnen wollen sie die Menschen, indem sie sie überzeugen. So haben sie in der Betriebsräteversammlung vom 15. April ein Aktionsprogramm verbreitet, ein echtes Freigeld-Freiland-Programm, das die Wiederaufnahme der Arbeit, des Vollbetriebes der Volkswirtschaft regelt und das den Kommunisten ganz merkwürdig in den Ohren geklungen haben muß. Die Kommunisten haben Gesell nicht brauchen können, sie haben ihn schleunigst abgesetzt. Mit diesem Versuche, die auseinanderstrebenden Kräfte der Revolution auf sein Wirtschaftsprogramm zu einigen, war es nichts geworden. Damit war die Tätigkeit der beiden beendet. Nach diesem 15. April haben sie sich an der Politik so wenig beteiligt, wie sie es vor dem 7. April getan hatten. Man hatte ihre fachmännische Arbeit abgelehnt; Politiker waren sie nicht und wollten sie nicht sein. Sie lebten von da an bis zu ihrer Verhaftung als Privatleute ohne einen Gedanken an Flucht, zu der sie hundertmal Gelegenheit ge-*

*habt hätten, in dem sicheren Bewußtsein, mit ihrer volkswirtschaftlichen Hilfsarbeit nichts getan zu haben, was gegen das Gesetz verstieß. Die Reinheit und Selbstlosigkeit der beiden Angeklagten hat selbst der Herr Staatsanwalt zugegeben. Zeugen haben sie bestätigt. Leider ist es nicht gelungen, Ihnen eine genügende Anschauung zu geben von der Tragweite dieser großen Entdeckung der Dynamik des Geldwesens, die Dr. Christen in den Annalen des Deutschen Reiches, einer so angesehenen Zeitschrift, veröffentlicht hat; von der Bedeutung dieser Theorie, die Anhänger und Verfechter in allen politischen Lagern gefunden hat, bei Leuten aller Berufe und in den hervorragendsten Stellungen, als welche Sie den Herrn Direktor Trefzer des Eidgenössischen Versicherungsamtes in Bern, den Herrn Bergwerksdirektor Weißleder, hier gehört haben. Ich schweige ganz von jenen, die ich Ihnen noch hätte vorführen können, ich habe hier noch ganze Bände. Aber Sie haben zum mindesten eine Anschauung bekommen, wie diese Fragen lebendig sind in vielen Köpfen, wie diese Theorie die Geister bewegt.*

*Diese Theorie hat schon drei Zeitschriften: die ‚Freiwirtschaft‘, die ‚Freistatt‘ und den ‚Physiokraten‘. Eine Reihe von Vereinigungen in allen Städten hat sich in ihren Dienst gestellt, und zahlreiche Druckschriften und Vorträge haben weiteste Verbreitung in allen politischen Lagern ... Dreißig Jahre hat sich Silvio Gesell gegen die Allmacht des in der Reichsbank und in ihrer Goldverehrung verkörpertem Kapitalismus gestellt, hat er mit seiner Lehre nach dem Hochziele gestrebt, die Selbständigkeit, die Selbstverantwortung, das Eigentumsrecht zu stärken und zu vertiefen, eine Hochzucht, einen Wettstreit zu schaffen ohne rohe Kräfte, in friedlicher Betätigung, in Industrie und Kunst, in Wissenschaft und Gesetzgebung, im geselligen Leben. Diesem hohen, echt faustischen, deutschen Ziele stehen die beiden Hauptformen der heutigen Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus und der Kommunismus, gleich hemmend im Wege. Der Kommunismus, der den Wettstreit mehr oder weniger vollkommen aufhebt, und der Kapitalismus, der seine Bedingungen fälscht ... Gesell stellt einen besonders reinen Typus dar des Volksbeglückers, wie er nach seinen eigenen Worten eine Begleiterscheinung eines jeden Revolutionsprozesses ist. Die Eigenschaften, die diese beiden Männer in sich vereinigt haben, die allein vermögen, unserem armen Vaterlande wieder aufzuhelfen ...“*

**Der Vorsitzende gibt den beiden Angeklagten das Schlußwort:**

**Gesell:** Der Herr Staatsanwalt hat mir vorgeworfen, daß politische Unkenntnis einen Finanzminister unfähig mache. Ich behaupte, ein Parteimann kann überhaupt als Finanzminister nicht mehr in Frage kommen. Wie soll ein politisch eingestellter Mann zum Finanzminister taugen? Ein Parteimann kann nicht Volkswirtschaft treiben, und damit würden wir nie aus dem Wirrsal herauskommen. Daß man mich hier als politisches Kind betrachtet – wie Herr Niekisch getan hat – das ist durchaus nicht zutreffend. Ich möchte betonen, daß davon keine Rede sein kann. Ich gehe über die Personen hinweg und erkenne die Grundlagen der Politik. Ich habe eine tiefere politische Witterung als die gewöhnlichen Politiker, die sich mehr nach Personen richten als nach den politischen Triebkräften.

**Dr. Christen:** Um die Herren Richter nicht zu ermüden, habe ich meine Anschauung in neun Leitsätzen kurz zusammengefaßt, die ich bitte, verlesen zu dürfen:

1. Die Welt verdankt Silvio Gesell eine Entdeckung, von deren ungeheuren Tragweite für die Volkswirtschaft und das ganze Leben der Völker die meisten Sachverständigen heute noch nichts ahnen: die Entdeckung der Dynamik des Geldwesens.
2. Die Reichsbank geht noch heute nicht von dynamischen, sondern von statischen, also falschen Erwägungen aus und hat durch ihre systemlose Währungspolitik das ganze Wirtschaftsleben auf das schwerste geschädigt, alle Zahlungsverträge gefälscht und dadurch alle Schuldner, Gläubiger und Lohnempfänger gegeneinander verhetzt. Die hieraus entstehende allgemeine Unzufriedenheit ist eine der wichtigsten Ursachen für den unglücklichen Ausgang des Krieges.
3. Gesell hat seit Anbeginn des Krieges die Reichsbank auf ihre verhängnisvollen Fehler aufmerksam gemacht, sowohl durch Zuschriften als auch durch die Presse und durch Flugblätter, so lange, bis ihn die Zensur mundtot machte. Leider hat er umsonst gewarnt, und es ist alles so gekommen, wie er es vorausgesagt hatte.
4. Einen Kampf gleichen Sinnes habe ich mit dem Schweizerischen Finanzdepartement in Bern geführt, glücklicherweise mit etwas mehr Erfolg, da in der Schweiz keine Zensur hin-

dernd eingriff. Die Akten gestatte ich mir den Herren Richtern auf den Tisch des Hauses zu legen.

5. Um den naheliegenden Einwand zu entkräften, Gesell würde von der Wissenschaft nicht anerkannt, habe ich seine Dynamik des Geldwesens exakt mathematisch begründet und das Ergebnis in den Annalen des Deutschen Reiches veröffentlicht. Diese Abhandlung ist bis heute meines Wissens von keiner Seite angegriffen oder gar widerlegt worden. Die Sonderdrucke liegen bei den Akten des Herrn Staatsanwalts.
6. Auf Grund dieser Tatsachen festigte sich in mir die Überzeugung, daß Gesell der einzige Mann ist, der es vermag, die deutsche Volkswirtschaft vor der Katastrophe zu retten, in die sie durch die falsche Währungspolitik der Reichsbank hineingesteuert wurde.
7. Diese Überzeugung machte es mir zur Pflicht, alles anzubieten, um Gesell zu dem nötigen Einfluß auf die deutsche oder doch wenigstens auf die bayerische Finanzwirtschaft zu verhelfen. Unter allen einflußreichen Männern, mit denen ich in Verbindung trat, war Niekisch der einzige, der die ungeheure Bedeutung dieser Aktion erkannte und mir versprach, Gesell zunächst in die Sozialisierungskommission der Regierung Hoffmann zu berufen. Das war im März 1919.
8. Daß sowohl Gesell als auch ich die weitere Mitarbeit auch nach Ausrufung der Räterepublik nicht verweigerten, rechtfertigt sich durch unsere Überzeugung, daß die Rettung der bayerischen Volkswirtschaft vor dem sicher drohenden Untergang für den, der den Weg dazu kennt, eine unabwiesbare Pflicht ist und daß diese Aufgabe ungeheuer viel wichtiger ist als die Frage nach der Regierungsform. – Wäre es denn besser gewesen, wenn gleich anfangs einer der späteren Männer eingetreten wäre? Mit den Methoden der Reichsbank wird die Volkswirtschaft unter einer Monarchie ebenso ruiniert, wie unter einer Demokratie oder einer Räterepublik. Selbst in einer Räterepublik konnten wir dem bayerischen Volk aufs beste dienen, wenn Gesell das Steuer der Währung in die Hand nahm, um noch in letzter Stunde das Schiff von der Klippe abzuwenden, auf die es aufzulaufen drohte und an der es mit Sicherheit zerschellen wird, wenn man unsere Warnungen weiter in den Wind schlägt.

9. Auf diese Rettungsarbeit allein kam es uns an. Wir überlassen unseren Herren Richtern als billig denkenden Menschen, zu beurteilen, ob eine aus dieser Überzeugung unternommene Handlung ein Hochverrat ist.

**Vorsitzender:**

Das Urteil wird beraten und sogleich verkündet werden.

**Pause.**

**Vorsitzender:**

Das einstimmig gefaßte Urteil lautet:

**Silvio Gesell und Dr. Christen werden von der Anklage kostenlos freigesprochen. Das Urteil beruht auf folgenden Erwägungen:**

Die Verfassung des Freistaates Bayern beruht auf dem vorläufigen Staatsgrundgesetz, das am 17. März einstimmig angenommen worden ist. Durch dieses Verfassungsgesetz ist die Regierung einem Ministerrat übertragen worden; das ist die verfassungsmäßige Regierung, die bestanden hat. Demgegenüber haben allerdings schon längere Zeit Bestrebungen sich geltend gemacht, hier eine Räteregierung zu errichten. Vom 6. bis 7. April wurde gewaltsam die Verfassung geändert durch Ausrufung der Räterepublik. An dieser unrechtmäßigen, weil durch gewaltsamen Umsturz eingesetzten Regierung hat sich der Angeklagte Silvio Gesell insofern beteiligt, als er das Amt eines Volksbeauftragten für Finanzen übernommen hat und Christen als privater Mitarbeiter seine Tätigkeit dem Volksbeauftragten für Finanzen zur Verfügung gestellt hat. Die Anklage erblickt darin ein Verbrechen der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats. Sie nimmt an, daß die beiden wesentlich Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats geleistet haben. Es mußte gewußt und gewollt sein. Das Standgericht nimmt das nicht an. Die beiden Angeklagten haben glaubhaft angegeben, sie wären sich nicht bewußt gewesen, ein System zu unterstützen, das sich nur durch Gewalt an die Macht gebracht und durch Gewalt in der Macht erhalten hat. Das Gericht ist zu der Einsicht gelangt, daß sie, wenn sie sich dessen bewußt geworden wären, diese gewaltsam eingerichtete Regierung nicht mitgemacht hätten, daß sie an dieser unrechtmäßigen Regierung nicht teilgenommen hätten. Es liegt also kein Verbrechen nach dem § 81 des R.St.G.B. vor.

**Haben Sie verstanden?**

**Sie sind kostenlos freigesprochen.**



# Phänomen Massenmigration

## Über unverblünten Wirtschaftsnationalismus und die Paradoxien der Migrationsdebatte

Günther Moewes

*Seit 25 Jahren wird die Globalisierung kritisiert, unter anderen von mir. Vor allem, weil sie die Vielfalt von Natur und Kultur zerstört. Vielfalt ist eine Frage der Dimension. Nicht der globale Einheitsbrei mit dem punktuell überall gleichen Gemisch bedeutet Vielfalt, sondern die größtmögliche Unverwechselbarkeit von Regionen, Landschaften, und zugehörigen Bauweisen. Wobei sich letztere durch größtmögliche Vermeidung umweltschädlicher Transporte und weitest mögliche Berücksichtigung regionaler Materialien und Gegebenheiten auszeichnen müssten. Weiter wurde beschrieben, wie die Globalisierung vor allem durch ein internationales Meinungskartell aus Kapitalmärkten, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Thinktanks, Mainstream- und Instituts-Ökonomen, Weltwirtschaftsforum, Leitmedien und Lifestyle-Protagonisten betrieben wird. Immer zugunsten der Kapitaleseite und immer zulasten von Umwelt und Bevölkerungen, den sogenannten „Globalisierungs-Verlierern“ (Lit.). Meine Texte wurden meist als zu links kritisiert. Heute hat die Rechte zumindest die These vom „Meinungskartell der Eliten“ übernommen. Wie kommt das?*

Die Kategorien rechts und links seien überholt, hieß es spätestens seit Gerhard Schröders abfälligen Satz über die „Gesäßgeographie“. Der alte Sprachgebrauch, wonach links gleich progressiv und rechts gleich konservativ sei, war sowieso schon immer problematisch. Wenn der Zeitgeist restaurativ ist und die Welt sich rückwärts dreht, ist der Konservative, der sich nach alten, fortschrittlicheren Zeiten zurücksehnt, unter Umständen der Progressivere. Und umgekehrt. Ähnlich war es mit den Begriffen „bevölkerungsliberal“ und „wirtschaftsliberal“. In der Bonner Republik war dieser Gegensatz geringer als heute. Hamm-Brücher und von Lambsdorff konnten in der gleichen Partei sein.

Heute sind beides Gegensätze. Daran wäre die FDP fast kaputt gegangen.

Dennoch erklären diese direkten Soziologen Andreas Reckwitz glaubt heute, an die Stelle von rechts/links sei der Gegensatz zwischen „Kosmopoliten und Kommunitariern“ getreten. Früher war das alles einmal – wie so manches – klarer: Links war, wer Reformen zugunsten der Schwachen und Benachteiligten wollte. Rechts war, wer Privilegierte begünstigen wollte, (weil er glaubte, sie seien der Motor des Fortschritts) und das dann als „Reform“ auszugeben versuchte. Und die Mitte war und ist da, wo man sich weder für Arme noch für Reiche einsetzte, sondern einfach glaubte, wenn nur das Primat der Wirtschaft gelte, sei das gut für alle.

Mitte ist bequemer Mittelstand. Er bröckelt von Wahl zu Wahl. Nicht nur, weil die Konzentrationsmechanismen des Kapitals global und national immer mehr Superreiche und Superarme produzieren, sondern auch, weil er die Dimension noch nicht begriffen hat, in der sich die Superreichen auch seinen Wohlstand aneignen. Letzten Endes zu Lasten der Zukunft unseres Globus.

Es ist unsinnig, anzunehmen, dass die Ungleichverteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeit auf dem Weg über die Globalisierung überwunden werden kann. Globale Beweglichkeit und Organisierbarkeit ist eine Ureigenschaft des Kapitals und nicht der Bevölkerungen. Mobilität von Bevölkerungen war und ist vor allem wirtschaftlich erzwungenen Massenmigration. Heute ist sie zu meist Absicht und Folge des allzu beweglichen Kapitals. Man muss deshalb unterscheiden zwischen einem unsolidarischen Nationalismus, der sich gegen die jeweils anderen Länder richtet, und einem solidarischen, der sich gegen die Übermacht und die Auswüchse des globalen Kapitals wendet. Der erste wird unter dem Mäntelchen eines prinzipiell unsolidarischen Wettbewerbs durch

den neoliberalen Wirtschaftsnationalismus verkörpert. Das Kapital kann jedoch nur mit dem letzteren zur Vernunft gebracht werden, solange die sich ihm unterwerfenden Regierungen ebenfalls national agieren. Ein solcher solidarischer Nationalismus würde den alten Rechts-Links-Gegensatz aufheben.

In der Migrations-Debatte gehen nicht nur die alten Rechts-Links-Koordinaten durcheinander, sondern auch vieles andere. Vor allem irritiert, dass Kriegs- und politisch Verfolgte mit Wirtschaftsflüchtlingen und Arbeitsmigranten beharrlich in einen Topf geworfen werden. Ersteren Asyl zu gewähren, wird von Grundgesetz und Genfer Flüchtlingskonvention gefordert und ist darüber hinaus gewissermaßen Ehrensache. Nun behauptet die Bundesjustizministerin sogar, der Migrationspakt und sein Prinzip „Reguläre Migration fördern“ gelte ausdrücklich nur für Wirtschafts- und Arbeitsmigranten. Flüchtlinge seien dagegen Gegenstand des noch in Arbeit befindlichen UN-Flüchtlingspakts (s. Zitat Nr. 3). Sie verwechselt da wohl Massenmigration mit Individualreisen der Eliten. Auch zwei Drittel der vermeintlich antikapitalistischen Linkspartei wollen offene Grenzen „für alle“, also ausdrücklich auch für Wirtschafts-, Arbeitsmigranten und Fachkräfte. Ob sie noch nicht gemerkt haben, dass diese Enteignung und Schwächung der ärmeren Herkunftsländer genau im Interesse des Konzern-Kapitals ist (s. Zitat Nr. 12)? Dessen Interesse ist unverblümter Wirtschaftsnationalismus. D. h. unter dem Begriff „Globalisierung“ allen Schrott der Welt möglichst im eigenen Land herstellen. Möglichst hoher Transportaufwand und möglichst negative Handelsbilanzen und Arbeitslosigkeit für die jeweils anderen. Alles zu Lasten von Umwelt Klima und künftigen Generationen. Letzteres hat offenbar nicht einmal unsere Öko-Partei erkannt. Sie fordert fröhlich in einem der dichtbesiedeltesten Länder: Stopp des

Landschaftsraubes, bezahlbare Mieten und offene Grenzen für alle. Alles gleichzeitig. Das Boot sei noch nicht voll. Ob das wohl funktioniert?

„Was lässt sich aus der Einwanderung in die USA“ im 19. Jahrhundert heute „für Deutschland lernen?“ fragte der SPIEGEL 40/18 in einer Überschrift auf S. 46. Meine Antwort: Dass Deutschland heute 72-mal so dicht besiedelt ist wie die

USA damals, zehn Mal so dicht wie die USA heute, fünf Mal so dicht wie Schweden und doppelt so dicht wie Frankreich. Von den weltweit am dünnsten besiedelten Ländern wie Kanada und Australien ganz zu schweigen. Überlegungen zu objektiven Kriterien wie Besiedlungsdichte, bereits aufgenommene Migranten, Ressourcenvorkommen, Sozialprodukt usw. spielen jedoch im Migrationspakt keinerlei Rolle. 

### Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus.

Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013).

Webseite:

<http://www.guenthermoewes.de>

### Literatur:

**Schütze, Chr.:** Das Grundgesetz vom Niedergang. Arbeit ruiniert die Welt. München, Wien 1989

**Moewes, G.:** Weder Hütten noch Paläste. Architektur und Ökologie in der Arbeitsgesellschaft. Basel Boston Berlin 1995

**Moewes, G.:** Arbeit ruiniert die Welt. Humane Wirtschaft 01/2018 – ferner u. a. die Titel 64, 72, 80, 98, 169, 174, 183, 184 <http://www.guenthermoewes.de/veroeff.htm>

### Zitate:

- 1.) „Wir wollen die Erleichterung der regulären Migration“ (*UN-Migrationspakt, Originaltext*)
- 2.) „Ziel des UN-Migrationspaktes ist es, eine sichere und geordnete Migration zu fördern...Das schaffen wir nur, wenn wir mit den afrikanischen Ländern eng zusammenarbeiten“. (*EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos, Die Welt, 3. 12. 18, S. 6*)
- 3.) Aus einem Streitgespräch zwischen Bundesjustizministerin Katarina Barley und dem emeritierten Hamburger Rechtsphilosophen Prof. Reinhard Merkel in der Süddeutschen Zeitung, 8. 12. 18, S. 6: Merkel: „Als sein Fundament behauptet der Pakt, Migration sei, wenn sie nur regulär ablaufe, ein Segen für die Menschheit“. SZ: „Frau Barley, in der Tat: Genau so kann man den Pakt lesen.“ Barley: „Sie negieren all die Migration, die wir brauchen und auch haben wollen...zum Beispiel zum Arbeiten, zur Ausbildung, oder auch aus Liebe...Ich wünsche mir doch für meine Söhne, dass sie in den USA studieren, in Singapur arbeiten und sich in Brasilien oder Senegal verlieben können.“ Merkel: Das „apodiktisch auch für jede Massenmigration zu behaupten, ist Unsinn...Wer etwa sieht, dass Frauen in Schweden in 60 großstädtischen Gebieten abgeraten wird, dorthin zu gehen...“
- 4.) „Das sind schon sinnvolle Schritte...Nicht unproblematisch ist, dass der Pakt einen etwas allzu einseitig positiven Tonfall zugunsten Migration hat und die Probleme – insbesondere für jene, die unfreiwillig ihre Heimat verlassen müssen und den Verlusten der gut ausgebildeten Arbeitskräfte – weitgehend verschweigt.“ (*Theo Rauch, Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeographie, FU Berlin, Neues Deutschland, 10. 12. 18, S. 2*)
- 5.) „Dieser Migrationspakt ist einäugig. Er verspricht den Migranten vieles und lockt sie. Er schaut aber nicht darauf, was am Zielort geschieht. Bei uns in Neukölln denken die Leute weniger an Afrika als daran, wovon sie bis zum nächsten Ersten leben sollen.“ (Neuköllns Ex-Bürgermeister Heinz Buschkowsky, *Bild*, 4. 12. 18, S. 2)
- 6.) „Daraus werden Handlungsverpflichtungen für die Staaten abgeleitet, ohne zu sehen, dass hinter diesen auch deren Bürger stehen, mit eigenen Menschenrechten.“ „Information...ist keine Holschuld der Abgeordneten, sondern eine Bringschuld der Regierung“. (*Der Göttinger Völkerrechtler Prof. Frank Schorkopf, SPIEGEL 49/1. 12. 18, S. 44/45*)
- 7.) „Man hätte den Pakt viel stärker und früher offen diskutieren müssen...Wenn derartige Projekte nicht diskutiert werden, führt das zu einer gesellschaftspolitischen Vergiftung“ (*Initiative von CDU- und FDP-nahen Professoren. Die Welt, 29. 11. 18, S. 4*)
- 8.) „Ich finde es beschämend, dass es die AfD gewesen ist, die ihn (den Pakt) zur Befassung in den Bundestag gezwungen hat“ (*Rechtsphilosoph Prof. Reinhard Merkel, im o.a. Gespräch in der Süddeutschen Zeitung, 8. 12. 18, S. 6*)
- 9.) Der Migrationspakt ist seit Monaten und Jahren öffentlich beraten worden...Die AfD-Fraktion hatte Gelegenheit, mit nach New York zu den UN zu fahren“ (*Justizministerin Barley, Süddeutsche Zeitung, 8. 12. 18, S. 6*)
- 10.) „Die Redner der Regierungsparteien sind auf einmal in der unangenehmen Lage, eine Vereinbarung in höchsten Tönen loben zu müssen, die für sie selbst nur ein Kompromiss ist“ (*Die Zeit, 29. 11. 18, S. 4*)
- 11.) „Dass der Migrationspakt nicht rechtsverbindlich ist, bedeutet nicht, dass er wirkungslos bleibt. Das wird insbesondere an der im Entwurf vorgesehenen Einrichtung eines ‚Überprüfungsforums Internationale Migration‘ der UN-Generalversammlung deutlich.“ (*Der Mannheimer Staatsrechtler Prof. Jan H. Klement, Bild, 3. 12. 18, S. 2*)
- 12.) „Die Aufnahmegesellschaften werden als potenziell erziehungsbedürftig angesehen...Solidarität hat eine andere Qualität gegenüber politisch Verfolgten und Flüchtlingen als gegenüber denjenigen, die...hier für sich eine bessere materielle Existenz suchen...Ich würde dem Pakt so nicht zustimmen.“ (*Prof. Matthias Herdegen, Direktor an den Instituten für Völkerrecht und öffentliches Recht der Universität Bonn und CDU-Mitglied im Interview durch Stefan Aust und Helmar Büchel, Welt am Sonntag 27. 11. 18*)
- 13.) „In den Verhandlungen zum UN-Migrationspakt konnten sich Länder wie Deutschland durchsetzen, die einerseits auf ein Weiter-So ihrer verheerenden Flüchtlings- und Migrationspolitik setzen und zum anderen auf eine erleichterte Enteignung ...durch Abwerbung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern.“ (*Die in ihrer Partei in der Minderheit befindliche Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen, die als einzige Bundestags-Abgeordnete an den Verhandlungen zum Migrationspakt in New York teilgenommen hatte, in einem Positionspapier zusammen mit der Linken-Abgeordneten Heike Hänsel*).
- 14.) „Konkret enthält der Vertrag die Empfehlung an die Staaten, <unter voller Achtung der Medienfreiheit> einerseits eine <unabhängige, objektive und hochwertige Berichterstattung> zu fördern und andererseits eine allfällige öffentliche Finanzierung von Medien, <die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern>, einzustellen.“ (*Neue Zürcher Zeitung, 30. 11. 18, S. 13*)
- 15.) „Auf die Dauer kann Deutschland nur als Einwanderungsland überleben...Die bürokratische Vorprüfung, ob nicht auch ein Arbeitnehmer aus Deutschland oder dem EU-Ausland infrage käme, entfällt bis auf Weiteres“ (*Frankfurter Rundschau über das Fachkräftezuwanderungsgesetz, 21. 11. 18*)

# Problemfall Deutschland

## Buchrezension

Dietrich Heißenbüttel

Heiner Flassbeck, Paul Steinhardt: „Gescheiterte Globalisierung – Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates“, edition suhrkamp, Frankfurt a. M. 2018, 410 S., Paperback, € 20,00 ISBN 978-3-518-12722-3, [https://www.suhrkamp.de/buecher/gescheiterte\\_globalisierung-heiner\\_flassbeck\\_12722.html/](https://www.suhrkamp.de/buecher/gescheiterte_globalisierung-heiner_flassbeck_12722.html/)

„In den letzten Jahren hat sich eine Flut von Äußerungen über uns ergossen, die alle einen Tenor haben: Globalisierung und Digitalisierung überfordern die Masse der Menschen. Sie verunsichern die Bürger und Wähler, die sich daher vermehrt dem ‚Populismus‘ verschreiben“, stellen Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt im ersten Kapitel ihres Buchs „Gescheiterte Globalisierung“ fest. Das liest sich dann so: „Richard David Precht, Philosoph, Weltversteher, Autor und Entertainer, wiederum hat die Digitalisierung entdeckt, die den Menschen die Arbeit nimmt. Er wird nicht müde, davor zu warnen, dass uns ungefähr übermorgen die Arbeit ausgehen wird.“ Die Autoren zitieren Richard Freeman von der Harvard University: „Sobald Roboter und Computer etwas billiger erledigen können, nehmen sie den Menschen die Jobs ab – außer, diese seien bereit, weniger Lohn zu akzeptieren.“ Die Antwort von Flassbeck und Steinhardt: „Das ist falsch“ – ein Wort, das in ihrem Buch mehr als einmal auftaucht.

Ähnlich verhält es sich mit der Globalisierung. Der Freihandel sei gut, so die Grundvoraussetzung, die scheinbar keiner Begründung bedarf. Gleichwohl scheint er fast zwangsläufig harte Einschnitte nach sich zu ziehen: „Arbeit müsse billiger und Kapital teurer werden“, resümieren die Autoren das Mantra der Neoklassiker. „Inflexible Löhne in den Industrieländern würden unweigerlich Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, Verteilungskämpfe in den reichen alten Ländern würden das Kapital außer Landes treiben, weil es immer die Alternative gebe, sein Kapital in einem aufstrebenden Staat anzulegen.“ Sie räumen ein: „Vermutlich hat keine Theorie die internationale Diskus-

sion um die Folgen der Globalisierung so stark dominiert wie diese einfache, ja primitive Ableitung, die sich direkt aus der neoklassischen ‚Theorie‘ eines ‚Arbeitsmarktes‘ ergab.“ Doch diese Theorie, die sie nur in Anführungszeichen als solche bezeichnen wollen, sei nicht zu halten.

„Es hätte nicht der Wahl eines Präsidenten Trump bedurft, um zu sehen, dass der ökonomische und politische Liberalismus, der die gesamte Welt in den vergangenen vierzig Jahren mehr als jede andere Idee geprägt hat, kläglich gescheitert ist“, stellen Flassbeck und Steinhardt in der Einleitung fest: „Die Unzufriedenheit vieler Menschen, die in der Wahl eines offen reaktionären Präsidenten zum Ausdruck kam, belegt nicht nur die politische Unfähigkeit des Liberalismus, die nötige Balance zwischen Freiheit und Gleichheit zu wahren, sondern viel mehr noch seine Unfähigkeit, die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in komplexen modernen Gesellschaften in ihrer Interaktion angemessen zu deuten und darauf basierend tragfähige politische Konzepte zu entwickeln.“

Die USA erheben Schutzzölle und die Europäische Union steht mit Italien vor der nächsten, noch größeren Zerreißprobe: Zeichen eines Scheiterns, das Flassbeck schon vor zwei Jahren vorausgesagt hat. Er war zehn Jahre lang Chefökonom der UN Conference on Trade and Development (Unctad). Steinhardt hat sieben Jahre in führender Position für die Deutsche Bank gearbeitet. Die Autoren wissen, wovon sie reden, haben die Zahlenwerke im Kopf und kennen viele Akteure weit reichender wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Sie treten nicht für ein anderes Wirtschaftssystem ein. Aber sie kön-

## Gescheiterte Globalisierung

Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates

Von Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt

edition suhrkamp

SV

nen empirisch belegen und theoretisch begründen, dass und warum die neolibérale oder neoklassische Theorie nicht funktioniert.

Damit geraten sie in Kontrast zu den herrschenden ökonomischen Doktrinen. Man muss es in diesen Worten sagen, denn es handelt sich um ein Herrschaftswissen, das sich von faktischen Befunden oder neuen Erkenntnissen in keiner Weise beeindrucken lässt. „Die Marktwirtschaft ist für liberale Wirtschaftstheoretiker ganz offensichtlich ein normatives Ideal, dem die Realität anzugleichen ist.“ Steinhardt muss es wissen. Er hat promoviert zum Thema „Was ist eigentlich eine Marktwirtschaft?“ Er hat sich damit im bestehenden Wirtschaftssystem wenig Freunde gemacht. Ein Netzwerk von Kaderschmieden kontrolliert Ausbildungswege und Karrierechancen, sodass abweichende Meinungen niemals an entscheidende Positionen gelangen. Auch Flassbeck hat dies hautnah erfahren. Er war in der ersten rot-grünen Bundesregierung Staatssekretär unter Oskar Lafontaine, bis dieser nach einem halben Jahr zurückgetreten ist.

Sechzig bis siebzig Prozent der Exporte Chinas, so die Autoren, stammen in Wirklichkeit aus der nach China ausge-

lagerten Produktion westlicher Unternehmen. Zwingt diese Verlagerung aber in den hoch entwickelten Ländern zum Lohnverzicht? Nein, sagen Flassbeck und Steinhardt: Die Löhne in China sind nur deshalb so niedrig, weil sich anders der viel effizienteren Hochtechnologie der westlichen Länder nicht Paroli bieten lässt. Mit anderen Worten: ein Arbeiter in Deutschland verdient zwar viel mehr, aber entscheidend sind nicht die Löhne allein, sondern die Lohnstückkosten. Die aber sind, so Flassbeck und Steinhardt *„der Spiegel der Produktivität, die wiederum auf dem erwirtschafteten Kapitalstock eines Landes beruht.“* Die Behauptung, die hohen Löhne würden die Exportchancen der deutschen Wirtschaft schwächen, trifft angesichts der hohen Exportraten offenkundig nicht zu. Ebenso absurd ist es, einen befürchteten Arbeitsplatzverlust aufgrund der Digitalisierung durch einen Lohnverzicht kompensieren zu wollen, denn die Digitalisierung erhöht die Produktivität, steigert also das Einkommen einer Gesellschaft.

Das Gegenteil wäre richtig: Insbesondere Deutschland betreibt seit der Regierung Schröder eine Niedriglohnpolitik, die für einen Großteil der gegenwärtigen Krisen verantwortlich ist. Sie führt zu einem hohen Handelsbilanzüberschuss, der für Deutschland bedeutet, dass sich immer mehr Kapital ansammelt, das aber wiederum nur in den Export investiert werden kann, da wegen der niedrigen Löhne die Binnennachfrage fehlt. Die anderen EU-Länder weisen dagegen entsprechende Handelsbilanzdefizite auf, denn es können nicht alle zugleich mehr verkaufen als kaufen. Die dank der hohen Produktivität und der niedrigen Löhne konkurrenzlosen deutschen Produkte fahren insbesondere die südeuropäischen Länder der EU an die Wand, da die Konstruktion des Euro zugleich verhindert, dass diese ihre Währung abwerten können.

Das Buch richtet sich nicht unbedingt an den Laien, die ökonomische Beweisführung erfordert Grundkenntnisse in den Wirtschaftswissenschaften oder

zumindest den Willen, sich durchzubeißen, wenn auch Kurvendiagramme das Verständnis erleichtern. Flassbeck und Steinhardt lassen einige Grundannahmen der neoliberalen Lehre überhaupt nicht gelten: Der Arbeitsmarkt ist kein Markt, sagen sie, weil es Machtverhältnisse gibt, die das viel beschworene freie Spiel der Kräfte verhindern. Es entsteht eine funktionslose globale Ungleichheit: auf der einen Seite Armut, auf der anderen enorme Gewinne, und die Politik treibt diese Entwicklung nur weiter voran: *„Der Staat halbierte in den vergangenen zwanzig Jahren in Deutschland die Steuern für die Unternehmen, [...] gleichzeitig liefen die Unternehmensgewinne gut, weil der Exportkanal offenstand. Es entstand ein gewaltiger Billiglohnsektor, die soziale Unterstützung wurde drastisch reduziert.“* Der Liberalismus versagt auch global: Die Finanzmärkte produzieren falsche Preise, sagen die Autoren, wie sich unter anderem an der Finanzspekulation und Rohstoffpreisen zeigt.

Was also wäre zu tun? Als erstes müssten die Staaten aufhören zu sparen, denn die falsche Gleichsetzung von Staatshaushalt, Privathaushalten und Unternehmenshaushalten führt zum einen dazu, dass alle nur noch sparen wollen, was aber in Wirklichkeit nicht geht, da Geld nur angelegt werden kann, wenn auch jemand Kredite aufnimmt, also sich verschuldet. Zum anderen zeigt das Versagen der neoklassischen Modelle, dass die Wirtschaft eben nicht am besten funktioniert, wenn sie keinerlei Einschränkungen unterworfen ist, sondern im Gegenteil einer staatlichen Regulierung bedarf. Jegliches Wirtschaftsgeschehen braucht Regeln, die nur die – möglichst demokratisch legitimierten – Staaten setzen können.

Dies kann nur auf der Ebene des Nationalstaats geschehen. Auch wenn Flassbeck und Steinhardt keinerlei Sympathien mit nationalistischen Tendenzen zeigen, lässt die nüchterne Analyse keine andere Folgerung zu, da gerade das freie Spiel der Kräfte, also die Spekulation auf den Finanz-, Rohstoff-, Immo-

bilien- und weiteren Märkten die gegenwärtige Krise erst herbeigeführt hat. Der Staat kann und darf Geld drucken, sagen sie, er kann auch Präferenzen setzen, zum Beispiel für den Umweltschutz, der im freien Spiel der Kräfte zu kurz kommt. Erfolge lassen sich hier aber nur im globalen Maßstab erzielen. Wenn beispielsweise nur einige Länder auf Erdöl verzichten, werden die Preise auf dem Weltmarkt fallen und andere Länder konsumieren umso mehr. Erst wenn alle zusammen beschließen, den Verbrauch fossiler Brennstoffe einzuschränken, kann es Fortschritte geben. Dazu braucht es internationale Vereinbarungen, und wer könnte diese treffen wenn nicht Nationalstaaten?

Den Befürchtungen, ein ökologischer Wandel könnte eine Rezession und Arbeitsplatzverluste nach sich ziehen, erteilen Flassbeck und Steinhardt eine klare Absage. In ihrer Analyse handelt es sich schlicht um einen Strukturwandel, der immer mit Verlusten – etwa der Mineralölwirtschaft – aber ebenso mit Gewinnen in anderen Wirtschaftszweigen verbunden ist. Sie plädieren für demokratische Prozesse: Den Ruf nach dem starken Mann halten sie für ebenso gefährlich wie einen Abschied vom Staat. Vielmehr müsste Staat mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik, etwa mit Steuern oder Subventionen, das Wirtschaftsgeschehen im Sinne des Gemeinwohls steuern, ob es um eine Daseinsvorsorge oder um die Energiewende geht. 

**Zum Autor**

Dr. Dietrich Heißenbüttel



Geboren 1956 in Hamburg. Ausbildung zum Schreiner und Möbelerestaurator. Studium der Kunstgeschichte und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Stuttgart. Promotion in Kunstgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitet als Kunsthistoriker, Journalist und Übersetzer.

Website: <http://artwritings.de>

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

**Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.**

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <http://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de) oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

# Distributed Ledger-Technologie

Shaan Ray

Übersetzung: Andreas Bangemann

**Häufig werden die Begriffe "Blockchain" und "Distributed Ledger" synonym verwendet. Dieser Beitrag soll die jeweils spezifischen Eigenschaften analysieren.**

Ein distributed Ledger<sup>[1]</sup> (verteiltes Kassenbuch) ist eine Datenbank, die auf mehrere Netzknoten oder Rechengenäte verteilt ist. Jeder Knoten repliziert und speichert eine identische Kopie des Ledgers. Jeder Teilnehmerknoten des Netzwerks aktualisiert sich selbstständig.

Das bahnbrechende Merkmal der verteilten Ledger-Technologie ist, dass das Ledger nicht von einer zentralen Autorität gepflegt wird. Aktualisierungen des Ledgers werden von jedem Knoten selbstständig erstellt und aufgezeichnet. Die Knotenpunkte stimmen sich dann über diese Aktualisierungen ab, um sicherzustellen, dass die Mehrheit mit der erzielten Schlussfolgerung einverstanden ist. Diese Abstimmung und Vereinbarung über eine Kopie des Hauptbuchs wird als Konsens bezeichnet und wird automatisch durch einen Konsensverfahren durchgeführt. Sobald der Konsens erreicht ist, aktualisiert sich das verteilte Ledger selbst und die neueste, vereinbarte Version des Ledgers wird auf jedem Knoten separat gespeichert.

Distributed Ledger-Technologien reduzieren die Kosten von Vertrauen drastisch. Ihre Architekturen und Strukturen können helfen, unsere Ab-

1 Die Distributed-Ledger-Technologie (englisch für Technologie verteilter Kassenbücher) beschreibt eine Technik für vernetzte Computer, die zu einer Übereinkunft (Konsensus) über die Reihenfolge von bestimmten Transaktionen kommen und darüber, dass diese Transaktionen Daten aktualisieren. Es wird auch von dezentral geführten Kontobüchern<sup>[1]</sup> oder Transaktionsdatenbanken<sup>[2]</sup> gesprochen. Die von dem Distributed-Ledger verwalteten Daten können zum Beispiel der Kontostand einer Bitcoin-Adresse, der Zustand eines Smart Contracts oder die Herkunft eines Diamanten<sup>[3]</sup> sein. Die Technik gilt als wegweisend für die Verwaltung von Daten im Internet ohne proprietäre Plattformen.<sup>[4]</sup> (Wikipedia-Eintrag: <https://de.wikipedia.org/wiki/Distributed-Ledger-Technologie>)

hängigkeit von Banken, Regierungen, Anwälten, Notaren und Kontrollbeamten zu verringern.

Distributed Ledger stehen für ein neues Paradigma, wie Informationen gesammelt und kommuniziert werden, und sind kurz davor, die Art und Weise zu revolutionieren, wie Einzelpersonen, Unternehmen und Regierungen handeln.

## Blockchain-Technologie

Blockchains (Blockketten) sind eine Form der distributed Ledger-Technologie. Nicht alle distributed Ledger verwenden eine Kette von Blöcken, um einen sicheren und gültigen verteilten Konsens zu gewährleisten.

Eine Blockchain wird über Peer-to-Peer-Netzwerke<sup>[2]</sup> verteilt und verwaltet. Da es sich um ein distributed Ledger handelt, kann es ohne zentrale verwaltdende Behörde oder Server existieren, und seine Datenqualität kann durch Datenbankreplikation und Rechensicherheit aufrechterhalten werden.

Die Struktur der Blockchain unterscheidet sie jedoch von anderen Arten von distributed Ledgern. Daten auf einer Blockchain werden zusammengefasst und in Blöcken organisiert. Die Blöcke werden dann miteinander verknüpft und kryptographisch gesichert.

Eine Blockchain ist im Wesentlichen eine ständig wachsende Liste von Datensätzen. Seine reine Anhängselstruktur erlaubt es nur, Daten in die Datenbank aufzunehmen. Das Ändern oder Löschen von zuvor eingegebenen Daten aus früheren Blöcken ist unmöglich. Die Blockchain-Technologie eignet sich daher hervorragend für die Aufzeichnung von Ereignissen, die Ver-

2 Peer-to-Peer (P2P) (von englisch peer „Gleichgestellter“, „Ebenbürtiger“) und Rechner-Rechner-Verbindung sind synonyme Bezeichnungen für eine Kommunikation unter Gleichen, hier bezogen auf ein Rechnernetz. In einigen Kontexten spricht man auch von Querkommunikation. (aus Wikipedia)

waltung von Datensätzen, die Verarbeitung von Transaktionen, die Verfolgung von Vermögensteilen oder von Wahlen und Abstimmungen.

Kryptowährungen wie Bitcoin haben die Blockchain-Technologie revolutioniert. Der schnelle und starke Wechselkursanstieg von Bitcoin Ende 2017 und die daraus resultierende Medienraserei brachten Kryptowährungen in die öffentliche Wahrnehmung. Regierungen, Unternehmen, Ökonomen und Enthusiasten überlegen derzeit, wie sie die Blockchain-Technologie für andere Zwecke anwenden können.

## Fazit

Jede Blockchain ist ein distributed Ledger, aber nicht jedes distributed Ledger ist eine Blockchain. Beide Konzepte erfordern Dezentralisierung und Konsens zwischen den Knoten. Die Blockchain organisiert jedoch Daten in Blöcken und aktualisiert die Einträge über eine reine Anhängsel-Struktur. Distributed Ledger im Großen und Ganzen, und Blockchains im Besonderen, sind konzeptionelle Durchbrüche im Informationsmanagement und werden voraussichtlich in jedem Wirtschaftszweig Anwendung finden.

### Zum Autor

Shaan Ray (MBA)



Chef der Lansar Research Ltd., ein Unternehmen, das neue Technologien (Blockchain-Technologie, künstliche Intelligenz, additive Fertigung und das industrielle Internet) nutzt, um neue Produkte und Prozesse zu entwickeln. Er ist Blockchain-Enthusiast, der ausführlich über die Feinheiten der Blockchain-Technologie geschrieben hat.

Seine Texte sind unter <http://lansaar.com> zu finden.

Shaan auf Twitter: [@ShaanRay](https://twitter.com/ShaanRay)

# Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönlichen Meinungen. Wir bemühen uns, so viele Leserbriefe unterzubringen, wie möglich. Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

## Museum des Kapitalismus

Seit einigen Monaten gibt es in Berlin das „Museum des Kapitalismus“, Köpenicker Str. 172 in 10997 Berlin Kreuzberg.

<http://www.museumdeskapitalismus.de>

Ich habe es besucht und meine, dass da noch Einiges fehlt. Die kritische Haltung zum Kapitalismus ist deutlich. Die Sicht der Freiwirtschaft, die Rolle des zinstragenden Kapitals und die problematische Bodenrente sind nicht dabei. Den jungen Leuten, die Aufsicht führten, habe ich die Kleinschrift von Helmut Creutz „Kapitalismus – was ist das eigentlich?“ übergeben und auf sein Buch „Das Geldsyndrom“ verwiesen.

Ich empfehle, das kleine Museum zu besuchen. (Öffnungszeiten auf der Internetseite). Es könnte erreichbar sein, dass unsere Sicht zum Kapitalismus und unsere Vorschläge zu seiner Überwindung berücksichtigt werden. Eventuell lassen sich auch Bücher auslegen. Platz scheint mir noch vorhanden. Nutzen wir die Chance!

*Adolf Holland-Cunz, Steinbach-Hallenberg*

**Dieses Heft ist ein Leuchtturm,**  
der weit strahlt. (Heft 05/2018).

Das Vakuum nach Helmut Creutz habt ihr mit inspirierenden Konzepten zur Zukunft der Welt gefüllt, die weit über das Geldthema hinausgehen. So viele außergewöhnliche Analysen in einem Heft:

- Die Zukunft des Lebens von Charles Eisenstein,
- Die Zukunft der Wirtschaft von Pat Christ,
- Die Zukunft der Arbeit von Günther Mewes,
- Die Zukunft unserer Verfassung von Werner Peters
- Die Zukunft des Militärs von Friedrich Müller-Reißmann,
- Die Zukunft der Globalisierung von Gero Jenner.

Ich bin fasziniert von den aufgezeigten Auswegen aus der "Kolonisierung der Welt", wie du es im Editorial nennst. Herzlichen Gruß,

*Wolfgang Berger*

*Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. M. A. (Econ), Bad Bergzabern*

Zu „Die Entropie und das Geldes“ (05/2018)

In dem sonst guten Beitrag von Werner Onken über „Die Entropie und das Geld“ der Seite 14 vermittelt er zweimal (2. und 3. Spalte) den Eindruck, als könne der Zins und der Zinseszins das Geld vermehren. Das ist doch eine Formulierung, die viel Verwirrung erzeugt hat. Der Zins überträgt Ansprüche an den Markt vom Schuldner auf den Gläubiger, vom Produzenten und Konsumenten auf den Investor, aber er schafft kein neues Geld. Es wäre gut, wenn wir wenigstens in diesem Punkt Klarheit schaffen würden.

Dass die Autoren am Ende des jeweiligen Artikels vorgestellt werden ist gut. Die Leistung von Werner Onken für die Freiwirtschaft kann gar nicht hoch genug angesetzt werden. Meine Sorge ist, dass die kleineren Leistungen, auf die nicht verzichtet werden kann und ohne die es die Freiwirtschaft nicht mehr gäbe, als Antrieb für folgende Einsätze zu kurz kommen.

*Tristan Abromeit*



**Bestellschein:**  
Bitte per Fax an +49(0)9161 - 87 28 673  
oder im Briefumschlag  
senden an:

**HUMANE WIRTSCHAFT**  
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel  
gegen Rechnung:

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
ggf. Kundennummer: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_



**Bestellschein:**  
Bitte per Fax an (+49)9161 - 87 28 673  
oder im Briefumschlag  
senden an:

**HUMANE WIRTSCHAFT**  
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

- Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement  
gegen Rechnung
- Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Kundennummer (falls vorhd.): \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_



# BUCHEMPFEHLUNGEN

**Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)**  
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,  
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)



Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

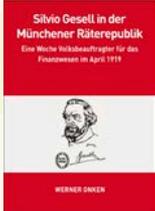
**Anmerkung des Verlags:** „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchgesehene Auflage

aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjenburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<http://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

**Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“**, Oldenburg 2018, 110 S., Softcover, 16,00 €, ISBN 978-3-933891-31-0



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Es geht in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie er die wirtschaftspolitische

Entwicklung der 1920er Jahre beurteilt, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug.

**Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:**

**Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.**

**E-Mail: [post@dieterfauth.de](mailto:post@dieterfauth.de)** (Lieferung frei Haus)

**NEU**

**Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“**  
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5



Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizienz-

händler – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: [www.oekoroutine.de](http://www.oekoroutine.de)

Zu beziehen im Shop: [http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz\\_oekoroutine](http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine)

**Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“**  
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6



Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruiniös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: [http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann\\_G\\_G\\_G](http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G)

**Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.**

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekt Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.  
*Eignet sich hervorragend zum Verschenken!*



**Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“** Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine ernstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

[http://shop.humane-wirtschaft.de/werner\\_peters\\_generositaet](http://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet)



# HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift



[www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)

D 6,50 EUR  
A 6,90 EUR  
CH 9,80 SFR



**1140-8-VM – Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom 2012“, korrigierte Auflage 2014, 484 Seiten, 16,80 €**

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf.

Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.



**1226-1-ME – Dirk Löhr, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Löhr et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, ISBN: 978-3-7316-1226-1**

**34,80 €**

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaublich geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriwelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsja-cke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.



**Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT**  
Einzelpreis 6,00 €

Nov./Dez. 06/2017 0517-6-HW  
Jan./Feb. 01/2018 0518-1-HW  
März/April 02/2018 0518-2-HW  
Mai/Juni 03/2018 0518-3-HW  
Juli/Aug. 04/2018 0518-4-HW  
Okt./Nov. 05/2018 0518-5-HW  
Jan./Feb. 01/2019 0519-1-HW

Ältere Ausgaben auf Anfrage.

### Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



**Flyer Postkartenformat**, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €  
**Bestellnr.: 0911-1-HW**

### DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



**DIN-Lang Flyer**, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €  
**Bestellnr.: 0910-4-HW**

**Jahres-CD: 18,00 €** Alle Ausgaben eines Jahrgangs!  
**Verfügbar von 2010 bis 2018** – auch zum Download!



2017: 4017-0-HW

2018: 4018-0-HW

**Das Einsteigerpaket für Aussteiger**

Alle fünf Ausgaben aus 2018 in einer Baumwolltasche  
**19,00 €**

**Bestellnr.: 0617-0-HW**

